Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 2. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf.— Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Zeitungspreisliste Seite 420

Nr. 223. **Magdeburg, Freitag den 23. September 1910.** **21. Jahrgang.**

Sozialdemokratischer Parteitag.

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittagsitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Verhandlungen um 3¼ Uhr.

Karl Liebknecht:

Ich bin von jeher ein Gegner jeder taktischen Engherzigkeit und Engbrüstigkeit gewesen und habe eine Taktik der unbegrenzten Möglichkeiten empfohlen, im gewissen Sinne auch nach rechts, natürlich nach meinem Herzen mehr nach links. Ich habe auch so wenig wie irgend jemand bestritten, daß Süddeutschland schließlich etwas andres ist als Norddeutschland. Wir freuen uns über die günstigeren Verhältnisse in Süddeutschland und benutzen sie bei jeder Gelegenheit als Argument im preußischen Landtag. (Hört, hört!) Aber es gibt Länder, die noch freier sind als Süddeutschland. Wenn die Begeisterung für den heutigen Staat sich progressiv mit der freieren Gestaltung des politischen Lebens vergrößert, dann müssen unsre Genossen in Frankreich und England schließlich vor Glückseligkeit rein aus dem Häuschen geraten. (Sehr gut.) Ich begreife auch die Ueberschätzung des Kontrastes zwischen Nord- und Süddeutschland. In der Bibel heißt es: Es zog ein Knabe aus — er hieß nicht David (Heiterkeit) —, um einen Esel zu suchen, und er fand ein Königreich. Mir scheint es, als ob manche ausgingen, ein Großherzogtum zu erobern, und vielleicht statt dessen einen Esel finden. (Unruhe bei den Süddeutschen.) Niemand hat etwas gegen die Ausnutzung der politischen Situation. Und wenn hier von kleinen Konzessionen und Lappalien gesprochen wurde, so soll damit nicht die praktische Arbeit der Badener herabgesetzt werden, sondern es soll das Kleine, das erreicht wurde, gemessen werden an der Größe unsrer Ziele. Die sogenannten Radikalen, das sind die eigentlichen Reformisten (Heiterkeit), die echten Reformisten, die realpolitischen Reformisten, die nicht vor dem Walde die Bäume übersehen. (Erneute Heiterkeit.) Das wesentliche ist immer, daß wir nicht die Quelle unsrer Macht übersehen. Das sind die Massen. (Stürmischer Applaus.) Die Quelle unsrer Macht liegt nicht im Parlament, und diese Quelle soll uns nicht verschüttet werden durch Geheimnistuerei, durch Diplomatisiererei.

Die Zukunft der Politik Deutschlands ist gewiß nicht Baden, sondern viel eher haben wir die Zukunft zu sehen in Norddeutschland. Es ist viel wahrscheinlicher, daß sich die Dinge durch

ständige Zuspitzung der Klassengegensätze

in ganz Deutschland so entwickeln werden, wie in Preußen, als daß es möglich sein wird, in dieser behaglichen Weise in den Zukunftsstaat hineinzugondeln, wie man in Süddeutschland glaubt. (Vielfaches Sehr wahr!) Man schlägt uns die Einsetzung einer Studienkommission vor. Aber die ganze Budgetsache hängt uns schon zum Halse hinaus. (Heiterkeit.) Wer sie bisher noch nicht kapiert hat, wird sie nie kapieren. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn es mit dem bayrischen Finanzgesetz so geht, wie uns heute gesagt wurde, so hat man allenfalls zu prüfen, wie der Nürnberger Beschluß angesichts dieses Gesetzes zu interpretieren sein wird. (Rufe der Badener: Aha! Na also!) Wenn wirklich einmal ein solcher Ausnahmefall eintritt, dann kann man ja fragen, ob nicht die Ausnahmebestimmung des Nürnberger Beschlusses Anwendung finden muß, um die es sich hier aber gar nicht handelt. Es ist nicht die Budgetfrage selbst, die den eigentlichen Grund der ganzen taktischen Auseinandersetzung bildet. Was hat all dem den Stachel gegeben? (Frank: der Unverstand!) Was hat so tiefe Empörung in der großen Mehrheit der Parteigenossen erzeugt? Der Disziplinbruch und die Hofgängerei und die Brüskierung der Gesamtpartei. (Stürmische Zustimmung.) Wir treiben gewiß

keine Disziplinreiterei,

ich persönlich am allerwenigsten. Aber hier handelt es sich nicht um irgendeinen beliebigen Beschluß, sondern um wiederholte Beschlüsse mehrerer Parteitage, die die Mehrheit als unverbrüchliche Beschlüsse betrachtet, und für die sie unbedingt Respektierung fordert. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich nicht um einen zufälligen, sondern um einen lange vorbereiteten, mit vollem Bewußtsein unternommenen Verstoß. Daß uns in der jetzigen Situation Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden, mußte mit Recht die größte Entrüstung hervorrufen. In Gegenwart der Gegner wird der Nürnberger Beschluß als bloße Formsache erklärt. Ein schlimmerer Verstoß gegen die Demokratie ist nicht zu denken. (Lebhafte Zustimmung.) Die Disziplin in der Partei ist keine erzwungene, sondern eine freiwillig übernommene, und gerade darum muß sie die schärfste sein. (Stürmischer Beifall.) Frank erklärt jetzt, daß die Badener bei der Abstimmung für das Budget eine unangenehme Empfindung hatten. In der ersten schon präparierten Erklärung hieß es umgekehrt, daß es ihnen leid tue, gegen das Budget stimmen zu müssen. Was tut ihnen nun mehr leid? Den größern Schmerz scheint ihnen die Abstimmung gegen das Budget zu bereiten. (Lebhafte Zustimmung.) Sie haben keinen Konflikt mit der Partei gesucht, aber sie haben den Konflikt mit der Partei nicht vermieden. Wir müssen uns darüber klar werden, daß es eine ungeheure Gefahr wird, wenn die ganze Sache einfach in der Weise abschließen würde, wie viele wünschen. Wenn dieser Disziplinbruch durchgeht, dann wird man in Zukunft überall auf die Parteitagsbeschlüsse pfeifen à la Baden. Darum können wir uns

mit der Mißbilligung nicht begnügen,

auf die stets nur gepfiffen wird. Wir sind es den großen Organisationen der Sozialdemokratie schuldig, daß wir etwas mehr als bloße Mißstimmung aussprechen. Eine Beleidigung der Süddeutschen soll darin durchaus nicht liegen. Hätten die Süddeutschen nur die einzige Erklärung abgegeben: von jetzt an werden wir uns wie alle andern Parteigenossen an die Parteitagsbeschlüsse binden, dann hätten wir die ganze Budgetdebatte nicht gehabt, und man hätte sich die heftigen Worte ersparen können. Da eine solche Erklärung aber nicht erfolgt ist, so hat man natürlich den Verdacht, daß diese Debatten nur geführt werden mit dem Hintergedanken, wenn wir aus Magdeburg heraus sind, dann können wir machen, was wir wollen. (Sehr wahr!) Fast täglich habe ich von meinem Vater gehört: Disziplin ist das wichtigste, unsre Partei muß stolz sein auf ihre Disziplin, ohne Disziplin kann man keinen politischen Kampf führen. Und nun muß man sehen, daß bei einer solchen Situation Parteigenossen nicht das geringste Empfinden haben für das, was sie getan haben, daß nicht ein Wort des Bedauerns von dieser Seite gekommen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir wollen keine Guillotine aufrichten, wir wollen nur, daß der Parteitag in einer Art authentischen Deklaration seine Ansicht dahin ausspricht, daß, wer nun wieder, so wie es hier geschehen ist, gegen grundlegende Parteitagsbeschlüsse verstößt, damit die Grenze überschreitet. In welcher Weise dann der Ausschluß stattfindet, ist eine Sache für sich. Wenn David unsern Antrag anders auslegt, so befindet er sich im Irrtum. Für die Zukunft muß ein Pentagramma aufgestellt werden.

Wir stehen in Preußen in einem Kampfe, so schwer wie ihn die Sozialdemokratie noch nie erlebt hat, in einem Kampfe, der für uns alle unübersehbare Konsequenzen, die wir aber nicht scheuen, persönlicher und sachlicher Art zeitigen kann. (Stürmische Zustimmung.) Sie können uns viel helfen bei unserm Kampf in Preußen, aber das wichtigste ist, sichern Sie die Einheit der Partei. (Stürmischer Beifall.)

Südekum:

Der erste Teil der Rede des Genossen Liebknecht war ein glänzender Beweis für die Notwendigkeit der Einsetzung einer Studienkommission. (Gelächter bei der Mehrheit.) Liebknecht muß selbst eingestehen, daß es Fälle gibt, über die man mit einer authentischen Interpretation der Nürnberger Resolution hinwegkommt, und andre Fälle, in denen man sie übertreten muß. Alles das sollte Sie doch bewegen, der schlichten ehrlichen und sehr gute Lösung [illegible] zuzustimmen, daß die Sache vom Fundament aus angepackt wird. Aber Zubeil, der keine Mördergrube aus seinem Herzen macht, sagte, und andre wiederholen es: Wir wollen Ruhe haben. Das ist der Standpunkt jenes Biedermanns, der in Berlin anschlagen ließ: Der König hat eine Bataille verloren. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. (Gelächter bei der Mehrheit.) Jawohl, der König hat eine Bataille verloren. (Ledebour: Brunnenvergiftung!) Ach, Ledebour, ich kenne Sie doch. (Ledebour: So sollten Sie mal in Nürnberg reden!) Das wird schon geschehen, beruhigen Sie sich nur. Glauben Sie nicht, durch den Galgen der Resolution Zubeil Ruhe zu bekommen. Bebel wird als erster

die Fahne der Rebellion

gegen diese Resolution erheben und muß sie erheben. (Zuruf: Abwarten!) Es wird nicht möglich sein, alle die verschiedenartigen einzelstaatlichen Verhältnisse in das Prokrustesbett der Beschlüsse von Nürnberg und Lübeck zu spannen. Die süddeutschen Genossen haben geradezu die Pflicht, die Sache nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Wer steht denn dafür, daß jeder Parteitag dieselbe Mehrheit haben wird? Dieser Parteitag ist ja auch schon sozusagen unter einem Ausnahmegesetz gewählt worden. (Lebhafter Widerspruch.) Wann war es denn bei uns Mode, Delegierte mit gebundenem Mandat auf den Parteitag zu schicken (Zuruf: Namen nennen!), damit sie sich nicht umstimmen lassen? (Zuruf: Beweise!) Sollte der Zusatzantrag Bebel auch nur ein einziges Mal Wirklichkeit werden, so würde die schwerste Erschütterung gerade des dann übrigbleibenden Teiles der Partei erfolgen. (Widerspruch der Mehrheit.) Große Teile Norddeutschlands teilen in der Sache selbst durchaus den Standpunkt der Süddeutschen. (Erneuter Widerspruch.) Was Sie wollen, führt nicht zur Einheit, sondern zur Kleinheit der Partei. Was Sie gegen die Studienkommission einnimmt, das ist die unglückselige Katastrophentheorie, die in der letzten Zeit in der radikalen Parteiliteratur eine Rolle gespielt hat. Diese Theorie ist Gift für die Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften. Weiter helfen uns nicht Katastrophen, sondern

die Katastrophe der Katastrophentheorie.

Rosa Luxemburg sagt den Badenern: Was braucht ihr für das Budget zu stimmen, es wird ja ohne euch auch angenommen — also eine Demonstration, wenn es nichts macht — und die Nürnberger Resolution will, daß wir für das Budget stimmen, wenn wir die Mehrheit haben. Das ist alles eine innere Unwahrhaftigkeit, ein Pseudoradikalismus, eine wortrevolutionäre Politik, ein Wortfetischismus. Die Süddeutschen sind die wahren Radikalen. (Lautes Lachen bei der Mehrheit.) Die Budgetverweigerer denken in Wirklichkeit gar nicht marxistisch, noch sozialdemokratisch, sondern arbeiten mit liberaler Phraseologie. Vergessen Sie nicht, daß die süddeutschen Massen mit gewaltiger Mehrheit hinter ihren Abgeordneten stehen. Will man den Dingen gerecht werden, muß man an die Dinge selbst herantreten. Davor schützen keine Resolutionen und auch nicht die Maßnahmen Zubeils, die an ihrer eignen technischen Unmöglichkeit scheitern werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Westmeyer (Stuttgart):

Von den Delegierten, der von den Abgeordneten Hildenbrand, Keil, Heymann, Dr. Lindemann parlamentarisch vertretenen württembergischen Wahlkreise bin ich beauftragt zu erklären, daß sie geschlossen für die Vorstandsresolution eintreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Wir haben kein gebundenes Mandat, aber Anhänger der Budgetbewilligung haben solche. (Stürmisches Hört, hört! und Rufe: Namen nennen!) Ich nenne Knapper und Wasner. (Lebhaftes Hört, hört!) Es handelt sich nicht mehr um die Budgetabstimmung, sondern um die prinzipielle Stellungnahme zum Klassenstaat. Der bürgerliche Demokrat Robert Blum hat einmal gesagt: Morgens beim Minister speisen und nachmittags dem Minister Opposition machen, verträgt sich nicht miteinander. (Stürmische Zustimmung.) Aber unsre Genossen im württembergischen Landtag haben nicht nur teilweise an Ministeressen teilgenommen, sondern sind liebwerte Gäste am Königshof gewesen. (Lebhaftes Hört, hört!) Budgetbewilligung, Hofgang, Ministeressen, das entspringt alles derselben Wurzel. Es ist unrichtig, wenn Hildenbrand sagte, ich wollte die ganze Fraktion knebeln, ich der einzige so viele hervorragende Geister! Nein, ich habe nur ausgesprochen, was die große Masse der Genossen denkt. (Widerspruch Hildenbrands.) Ich kenne Deine Kampfesweise, Hildenbrand. Du solltest doch so viel Rücksicht auf den Parteitag nehmen, wie Du beim Ministeressen gezeigt hast. (Mehrfaches Sehr richtig!) Wenn gesagt worden ist, daß hinter den badischen Genossen die badischen Parteiorganisationen stehen, so konstatiere ich, daß hinter den Abgeordneten in Stuttgart in dieser Frage die Organisationen nicht stehen. Der Wert der parlamentarischen Tätigkeit wird illusorisch gemacht, wenn die Abgeordneten die Axt an die Wurzel unsrer Kraft, an die Disziplin legen. Wenn die Disziplin untergraben wird, stürzen nicht nur die Organisationen zusammen, dann brechen unter den Trümmern die Mandate unsrer Abgeordneten zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Besonders erbittert hat die kalte Ueberlegung dieses Disziplinbruchs. Sie hat

den schärfsten Tadel

auch bei den Leuten gefunden, die sachlich auf dem Boden der Budgetbewilligung stehen. Es ist versucht worden, uns mit einer Mainlinie gruselig zu machen. (Frank: Wer hat das gesagt?) Das stand doch in den Zeitungen. Es heißt doch auch immer: wir Süddeutschen. (Frank: Gewiß.) Aber trotz der süddeutschen Landtagsfraktionen wird die Arbeiterschaft einig bleiben. Nur dann könnte die Situation kritisch werden, wenn der Parteitag selbst nicht die Kraft und den Entschluß findet, ganz energisch für diese Einheit einzutreten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Die in großer Anzahl vorhandenen Genossen in Süddeutschland, die für die Einheit der Partei tätig sind, verlangen einen klipp und klaren unzweideutigen Entschluß. Möchte in der Vertretung der Beschlüsse der Gesamtpartei nur der zehnte Teil der Energie gezeigt werden, die bekundet wird, wenn es gilt, gegen die Beschlüsse der Partei Front zu machen. (Sehr gut!) Nur von unten her, durch die Massen der Parteigenossen kann der Bewegung gegen Parteitagsbeschlüsse ein Ende gemacht werden. Dazu soll uns ein unzweideutiger, klarer Beschluß helfen, und deshalb bitte ich um Annahme der Resolution des Parteivorstandes mit dem Amendement Zubeil. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Ryssel (Leipzig)

beantragt Schluß der Debatte. (Beifall.)

Auer (München)

bittet, erst nach dem nächsten Redner Severing Schluß zu machen, damit die Parität gewahrt bleibt, und die gleiche Anzahl von Rednern für und gegen zu Wort kommt.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Hug (Baut)

erklärt, daß ihm durch den Schlußantrag unmöglich gemacht sei, darzulegen, daß er auf dem Boden der Süddeutschen stehe. (Bebel: Das wußten wir!)

Persönliche Bemerkungen.

Stadthagen: Frank glaubt einen Gegensatz konstruieren zu können — wenigstens könnte das von der liberalen Klystierspritzelogie so ausgelegt werden — zwischen der Auffassung von Bebel und mir. Er glaubte zur Unterstützung dessen ausführen zu können, ich hätte den badischen Genossen hündisches Benehmen vorgeworfen. Das trifft nicht ganz zu. Ich habe in der Versammlung, auf die er Bezug nahm, dargelegt, daß es nicht sozialdemokratisch, sondern hündisch ist, wenn man sagt, eigentlich müßten wir schon deshalb, weil die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigt angesehen wird, das Budget ablehnen, aber wir nehmen es an. Dabei hat mir vorgeschwebt die Selbsterkenntnis von Nationalliberalen, die in einer ähnlichen Lage erklärten: Hunde sind wir ja doch. (Große Unruhe bei den Süddeutschen.) Da ich aber sehe, daß das Wort hündisch Ihnen nicht paßt, bin ich gern bereit, dafür zu sagen: nationalliberal oder kompliziert. (Lachen bei den Süddeutschen.)

Wasner (Stuttgart): Genosse Westmeyer sprach von gebundenen Mandaten und erwähnte dabei auch mich. Ich habe die Sünden der württembergischen Landtagsfraktion nicht mitgemacht, nicht die Etatsabstimmung, nicht die Fahrt nach Friedrichshafen und auch nicht den Königsbesuch. (Bravo!) Ich stehe auf dem Boden des Programms und auf dem Standpunkt, daß Parteitagsbeschlüsse befolgt werden müssen. Ich habe aus diesem Grunde betont, daß ich die Stellungnahme der Badener bedaure. Ich bedaure das um so mehr, weil ich die Nürnberger Resolution als einen Fehler ansehe, da sie unsre Bewegungsfreiheit und Agitationstätigkeit hemmt. (Hört, hört! bei den Süddeutschen.) Ich bin einstimmig als Delegierter zum Parteitag gewählt worden, und erst nachträglich hat man angeregt, ich sollte beauftragt werden, für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses zu wirken. Das ist doch kein gebundenes Mandat. Ich glaube übrigens, wir wären zu einer andern Auffassung in der Budgetfrage gelangt, wenn nicht der badische Fall dazwischen gekommen wäre. (Sehr wahr!)

Knapper (Heilbronn): Westmeyer hat die objektive Unwahrheit gesagt, als er behauptete, daß ich ein gebundenes Mandat habe, wohl aber haben vor zwei Jahren die Freunde Westmeyers den Delegierten nach Nürnberg gebundene Mandate mitgeben wollen.

Kühn (Dresden): Gegenüber dem Genossen Heilmann stelle ich fest, daß wir in den letzten zwei Jahren gegen den Polizeietat gestimmt haben, und ich stelle weiter fest, daß im Dresdner

Stadtverordneten-Kollegium eine Gesamtabstimmung über den Etat überhaupt nicht stattfindet. Ich bin ferner von meinen Dresdner Mitdelegierten beauftragt worden, gegen die gestrigen Ausführungen Riems zu protestieren, die sich mit den Anschauungen der übergroßen Mehrheit der Dresdner Parteigenossen durchaus nicht decken.

Die Schlußworte.

Bebel:

Bevor ich sachlich in die Debatte eintrete, bin ich genötigt, eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich war leider am Schlusse der gestrigen Sitzung bereits abwesend, als Peus seine persönliche Bemerkung gegen mich machte, die mich zwingt, meinerseits kurz darauf zu antworten. Der Kollege Peus war darüber beleidigt, daß ich von dem Blatte, daß er redigiert, als einem „Blättle" sprach. Ich habe mir das hintennach sagen lassen, daß das für norddeutsche Genossen etwas beleidigend klingt, aber da ich sehr häufig längere Zeit in Süddeutschland lebe, kann ich konstatieren, daß man da von viel größern Blättern, als das des Kollegen Peus ist, von einem Blättle spricht. Das ist mir also nur so aus dem Munde geschlüpft und sollte natürlich nicht beleidigend sein. Peus hat sich weiter bitter beschwert, daß ich ihm vorgehalten habe, daß er zu ziemlich den gleichen Zeiten verschieden gesprochen hat. Peus ist schon häufig Gegenstand der Erörterung im Parteivorstand gewesen, und namentlich als der verstorbene Genosse Auer noch lebte, habe ich wiederholt mit diesem Unterhaltungen gehabt, ihm Blätter, die Peus herausgegeben hatte, vorgelegt und gesagt, das geht doch über die Hutschnur, da glaube ich doch, daß wir vom Parteivorstand einschreiten sollten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Sie wissen, wie Auer in solchen Dingen dachte; um nicht Konflikte hervorzurufen, beruhigte ich mich dann bei seinen Ausführungen. Es kamen die Reichstagswahlen von 1903. Peus lud mich ein, für unsern Kandidaten Kaeppler in Dessau zu sprechen. Ich ging selbstverständlich hin, denn wenn eine Reichstagswahl ist, dann

frage ich nicht, ob der Kandidat Revisionist oder Radikaler

ist. (Zuruf: Kaeppler ist gar kein Revisionist!) Ich habe also in der Wahlversammlung meinen Vortrag gehalten und danach sprach Peus. Ich war außerordentlich erstaunt, wie derselbe Peus, der kurz zuvor verlangt hatte, daß man die prinzipielle Einleitung zum Programm streichen möchte — (Peus: Ist ja nicht wahr!) — Das haben Sie doch verlangt! —, wie taktfest und einwandfrei er sich da verhielt.

Später ist er in seiner Haltung noch weiter gegangen. In diesem Moment habe ich gelesen, welch eigenartige Bemerkungen er über die Idee eines Zusammenhaltens nach rechts, mit den bürgerlichen Parteien, gemacht hat, und es fiel mir auf, daß er in Brandenburg, bei seiner Kandidatenrede auf der Konferenz, einen Ton anschlug, der zu dem, was ich gelesen hatte, gar nicht passen wollte, und ich dachte, na, er kann auch anders! Im übrigen ist ja bekannt, daß er sehr wunderbare Ausführungen macht. Ich habe hier eine Nummer des „Volksblatts für Anhalt" aus den letzten Tagen, und da schließt ein Artikel mit diesen Worten: „Nur die Sozialdemokratie und die Demokratische Vereinigung nehmen die Interessen der Lohnarbeiter wahr." (Hört, hört! Heiterkeit.) Ja, wozu hat denn ein Sozialdemokrat Reklame für die Demokratische Vereinigung zu machen? Ich habe vor dem Redakteur des Blattes „Das freie Volk", vor Herrn Dr. Breitscheid, großen Respekt. Er hat unter anderm über Budgetabstimmung und Blockpolitik Bemerkungen gemacht, von denen ich gewünscht hätte, daß sie in der Parteipresse gemacht wären, so treffend und so radikal waren sie. Ich muß zu unsrer Schande sagen, zum erstenmal in den 47 Jahren, solange wir die Partei haben, ist es möglich, von bürgerlichen Blättern zu sagen, daß sie die

Forderungen der Demokratie besser verstehen,

als ein Teil der Partei. (Bewegung.) Was in unsrer Presse vom Budget und Block hie und da gesagt wurde, läßt sich tatsächlich von dem bürgerlich-demokratischen Standpunkt nicht rechtfertigen. Nun haben Peus, Müller und David angedeutet, daß meine Bemerkungen der Kandidatur von Peus schaden könnten. Müller besonders hat gemeint, und ich nehme an, das bezieht sich auf mich, man solle sich mehr zurückhalten und

nicht den Gegnern Gelegenheit geben,

unsre Worte gegen uns selbst auszunutzen. Aber wenn die Rücksicht auf die Gegner so weit gehen soll, daß wir uns einen Maulkorb umhängen müßten, dann danke ich! (Bewegung und Zustimmung.) Sorgen die Genossen durch ihre Handlungen dafür, daß in einem solchen Moment wie dem jetzigen es nicht nötig ist, solche Kritik üben zu müssen! (Stürmischer Beifall.) Das ist ja sehr schön von den Revisionisten, in solchen Momenten zu kommen, man möge doch nicht debattieren, wir sind unschuldig, die Radikalen sind an allem schuld! (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe selbstverständlich ein großes Interesse daran, daß der Brandenburger Kreis wieder zurückerobert wird, aber wenn ich sagen soll, ob das gerade die Person Peus sein soll, da habe ich eine andre Meinung! (Große Bewegung; verschiedene Zwischenrufe: Aber, aber!) Ihr habt Euch immer noch nicht an den Bebel gewöhnt. Vielleicht wird's nie. (Ruf: Er soll sich an uns gewöhnen.) Da müßt Ihr andre Saiten aufziehen, ehe ich mich an Eure Handlungen gewöhnen könnte. Mit Euren Personen ist es natürlich anders. (Frank: Damit ist Peus' Wahl gesichert.)

Ich gehe nun zu den Ausführungen Franks über. Es war ja selbstverständlich, daß sich Frank die größte Mühe geben würde, seine wie seiner Freunde Haltung im badischen Landtag und ihre Gründe für die Budgetabstimmung hier auseinanderzusetzen. Ich bin dabei

außerordentlich enttäuscht

worden und ich habe auch auf dem Parteitag von verschiedenen Seiten Ausdrücke der Verwunderung hören müssen, daß Frank keine bessern Gründe vorzuführen wußte, als er uns vernehmen ließ. Heilmann meinte heute, die Verhandlungen hätten gar nichts Neues geboten. Das kann sein, wenn ich allerdings auch andrer Meinung bin. Aber bei so viel erörterten Fragen ist es allerdings schwer, etwas Neues vorzubringen. Von dem Anhänger der Budgetbewilligung hätten wir allerdings neue Gründe erwarten dürfen, weil die, die er vorgebracht hat, zu den

oft abgehandelten alten Kamellen

gehören, die die große Mehrheit der Partei niemals bestimmt haben, von ihrer Auffassung abzugehen. Da erzählt uns Frank von der Stellung der badischen Fraktion im Landtag. Nun, im Reichstag haben wir diese Stellung [illegible] im Seniorenkonvent vertreten und haben Kommissionsvorsitzende. Singer war lange Jahre Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission. Gegenwärtig ist [illegible] Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission und Südekum Vorsitzender der Zuwachssteuerkommission. Aber es ist uns keinen Augenblick [illegible] gekommen, das als eine besondere Bewilligung anzusehen, die uns zu einer andern Haltung der Regierung gegenüber verpflichtet.

Es kann sein, daß Baden eine ganze Reihe Fortschritte aufzuweisen hat [illegible]. In Süddeutschland ist der Verkehr auch mit den politischen Gegnern

ein ganz andrer, weit menschlicherer

als in Norddeutschland. Selbstverständlich [illegible] die Gefahr einer größeren Nachgiebigkeit [illegible] in Baden mehr als einmal [illegible] Fragen den Ausschlag gegeben. [illegible] im Süddeutschland [illegible]

Frank nahm Bezug auf das Schulgesetz. Die Meinungen über die einzelnen Vorteile gehen in der Partei auseinander.

Was Frank uns gestern aufgezählt hat, hält sich innerhalb der Grenzen, die ein Nationalliberaler bewilligen kann. (Sehr richtig!) Mit diesen kleinen Errungenschaften kann man nicht die Zustimmung zum Budget rechtfertigen. (Zuruf: Sie haben ja selbst das sächsische Budget oft bewilligt!) Fällt mir gar nicht ein, nicht einmal! Lesen Sie nur meine Reden im sächsischen Landtag, und Sie werden sehen, daß niemals Minister so heruntergehauen worden sind, wie damals durch den Bebel.

In der „Lörracher Volkszeitung" wird ausgeführt, das neue Schulgesetz hat bei der Bevölkerung und namentlich bei der Lehrerschaft keine gute Aufnahme gefunden. Es wird keine lange Lebensdauer haben. Das steht in der „Volkszeitung", Organ der werktätigen Klassen des badischen Oberlandes in Lörrach, und ist offenbar von einem Lehrer geschrieben worden. Wenn so Leute urteilen, die am allermeisten am Schulgesetz interessiert sind, so haben unsre Genossen wahrlich keine Ursache, wegen solcher Errungenschaften großes Hallo zu machen und der Partei anzukündigen, was sie errungen hätten, sei mustergültig. Das sind furchtbare Uebertreibungen. Ich kann

diese Politik nur nationalliberal

nennen. Diese Politik der Vertuschung und Abschleifung aller Gegensätze führt zur allgemeinen Versumpfung. (Sehr richtig!) Daß die badischen Parteigenossen hinter ihren Abgeordneten stehen, wußten wir. Sie haben ja auch nichts andres gelesen als die paar badischen Parteiblätter, die fortgesetzt die Massen im Sinne ihrer Politik bearbeitet haben. Es ist höchst bedauerlich, daß man sich hier in unsrer Partei einer so mangelhaften Information schuldig macht.

Dann hat Frank und eine Reihe andrer Redner Bezug genomen auf einen Satz in unsrer Resolution, in der von kleinen Konzessionen gesprochen wird. Quessel ging sogar so weit, zu sagen: Ja, Bebel, damit verleugnen Sie Ihr ganzes Lebenswerk. Man lasse doch die Kirche im Dorfe. Ich habe lediglich die kleinen Konzessionen in Gegensatz gestellt zu der grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft, die unsre Partei fordert, und für die keine Regierung eintreten kann. Ich unterschätze die kleinen Konzessionen nicht, aber man soll sie auch nicht überschätzen, man soll nicht kleine Konzessionen, von denen man früher kein Aufhebens gemacht hat, heute so hinstellen, als handle es sich um Wunder was für Errungenschaften. Wenn selbst ein Marx seinerzeit gesagt hat, die Eroberung des Zehnstundentags in England 1847 war nicht eine Reform, das war eine Revolution, dann werden Sie mir als Anhänger von Marx glauben, daß ich die Erfolge nicht geringer einschätze, obwohl eine Zehnstundenbill 1910 doch etwas ganz andres ist als 1847. (Lebhafte Zustimmung.) Im großen ganzen haben ja auch alle Redner, wenn auch der Ton sehr oft den gegenteiligen Eindruck hervorrief,

einmütig erklärt, daß wir praktisch zu arbeiten haben,

und das haben wir von jeher getan. Wir haben seinerzeit den Ausschlag für den russischen Handelsvertrag gegeben und dadurch die Herabsetzung der Getreidezölle von 5 auf 3,50 Mark erreicht, wir haben uns 1891 bemüht, die Gewerbeordnungsnovelle in unserm Sinne zu verbessern, aber als dann die sogenannte Verschlechterungskommission unter Führung des Freiherrn von Stumm unsre Verbesserungen wieder herausbrachte, da haben wir natürlich entschlossen dagegen gestimmt. So könnte ich Ihnen noch weitere Beispiele in Hülle und Fülle anführen. Worüber wir uns streiten, worüber wir auch in der Fraktion sehr häufig streiten, das ist das, ob das Maß von Konzessionen so groß ist, daß wir mancherlei Verschlechterungen durchgehen lassen können. Aber das sind keine ernsten Kämpfe, darüber entscheidet die Fraktion im großen ganzen einmütig, und die Frage Radikalismus oder Revisionismus hat in der

Reichstagsfraktion bisher noch gar keine Rolle

gespielt. (Lebhafte Zustimmung.) Nun hat Frank gemeint: In bezug auf den Prinzen Ludwig sind Sie aber reingefallen. (Heiterkeit.) Nein, ich bin gar nicht reingefallen. Daß Prinz Ludwig katholisch ist, weiß ich längst, daß er gut katholisch ist, weiß ich auch, und ich bin offen gestanden im Zweifel, ob ich das Glaubensbekenntnis in München oder das für, oder in Königsberg ergangene für besser oder für vernünftiger halten soll, wenn von Vernunft dabei überhaupt die Rede sein sollte. (Heiterkeit.) Es ist ja dementiert worden, aber das ist ganz gleich. Die Erziehung unsrer Prinzen und Fürsten im fortschrittlichen Sinne läßt ja überhaupt viel zu wünschen übrig. (Große Heiterkeit.) Das ist eine bekannte Tatsache, an der wir nichts ändern können, und darin sind wir ja auch ganz einig, daß wir weder Prinzen noch Fürsten an der Spitze brauchen. (Sehr gut!) Aber da Prinz Ludwig sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt und sogar — ich glaube, nicht einmal unsre Genossen haben das beantragt — nach jeder Volkszählung eine Neueinteilung der Wahlkreise verlangt hat, so habe ich damals gesagt:

Wenn wir einen Kaiser zu wählen hätten

und in der Wahl auf einen Fürsten beschränkt wären — denn im andern Falle würde ich ja selbst als Kandidat auftreten (Stürmische, minutenlang anhaltende Heiterkeit), ja, ich sage das deshalb, weil ich weiß, daß ich dann die Revisionisten und die Radikalen auf meiner Seite haben würde (Erneute große Heiterkeit) — also ich habe gesagt: wenn schon innerhalb des Fürstenkreises gewählt werden muß,

dann wähle ich den Prinzen Ludwig,

der ist mir viel lieber als ein Hohenzoller. (David: Na also!) Wundern Sie sich darüber? Auch Sie würden das tun. Darüber sind wir uns doch einig. Dann aber habe ich an den Ausführungen von Frank vollständig vermißt, wie sie selbst mit den sogenannten Errungenschaften — es waren ja welche darunter, obgleich die Wertschätzung bei mir eine ganz andre ist als bei Ihnen — ihre Zustimmung zum Budget rechtfertigen können. Ihr konntet Eure ganze parlamentarische Taktik so halten, wie Ihr sie gehalten habt, Ihr konntet dort, wo Euch das [illegible] es [illegible], wie wir es auch gehalten haben und wie wir es noch täglich im Reichstag machen. (Sehr richtig!) Es ist doch gar kein Zweifel, daß wir in sozialpolitischen Fragen, wenn unsre eigenen Anträge abgelehnt waren, oft mit dem Zentrum zusammen stimmen mußten, weil es weiter ging als die Nationalliberalen. So könnt Ihr im Landtag auch [illegible] man darf sich aber

nicht mit einer bestimmten Partei verbrüdern.

Ihr habt keine Gründe vorzubringen gewußt, um die Zustimmung für das Budget zu rechtfertigen, und was Euerm ganzen Verhalten einen so außerordentlich komischen Anstrich [illegible], indem Ihr monatelang für das Budget stimmen wolltet, Ihr dann nach einer Redewendung des Ministers, [illegible] dagegen zu stimmen, und [illegible], als der Minister auf die erregten Wogen ein paar [illegible] goß, wieder umgefallen seid. (Sehr gut!) Ihr habt ja förmlich

danach gelechzt, für das Budget zu stimmen.

Es war Euch äußerst unangenehm, dagegen zu stimmen, [illegible] wäre so Eure Haltung ganz unverständlich. Und da sage [illegible] keine Rückgrat[illegible] sondern eine Biegsamkeit, die ich allezeit [illegible] bekämpfen werde, solange ich lebe. [illegible] Das ist kein Standpunkt, wie er sich für Sozialdemokraten [illegible]. Wir müssen noch ein stärkeres Rückgrat haben als andre Parteien, [illegible] in den allerwichtigsten Fragen [illegible] jeder Wirrung fern. Es lag kein [illegible] für die praktische Arbeit vor, Ihr mußtet nach Lage der [illegible] und nach den Beschlüssen der Parteitage gegen das Budget stimmen, und der [illegible] bis heute noch nicht bewiesen, [illegible] entstanden wäre. Wäre [illegible] das nicht auch nur 24 Stunden lang erschüttert sein können, gegen das Budget zu stimmen. (Sehr gut!)

Nun sagt man,

man kann sich nicht binden.

Ja von 1901 bis 1908 sind wir ganz gut ausgekommen. Da haben die Bayern, die Badener und Württemberger gegen das Budget gestimmt, aber auf einmal waren alle drei übereingekommen, gestützt auf den letzten Absatz der Lübecker Resolution, dafür zu stimmen, und das machte den Nürnberger Beschluß notwendig, um die weiteren Zustimmungen zum Budget nach Möglichkeit zu verhüten. Kolb meinte, selbst die Frage der

Teilnahme an der Regierung

werde eines Tages aktuell werden. Eine Teilnahme an der Regierung ist selbst im Musterländle Baden nicht denkbar. (Sehr gut!) Wenn also der eine oder der andre die kühne Idee haben sollte, daß etwas herausschaut, wenn man für das Budget stimmt, dann täuscht er sich. (Lebhaftes Sehr richtig!) Im Klasseninstinkt und in der Wahrung der Klasseninteressen sind unsre Gegner immer noch die Gescheiteren. (Sehr richtig!) Kolb sprach von der Möglichkeit einer Teilnahme der dänischen Genossen an der Regierung. Unser lieber Gast Stauning hat mir eben noch bestätigt, daß die dänische Sozialdemokratie, auch wenn sie mit den dänischen Radikalen zusammen bei den letzten Wahlen die Mehrheit erlangt hätte, nicht in die Regierung eingetreten wäre. Unsre dänischen Parteigenossen haben eifrig die Radikalen unterstützt. Die Demokratie in Dänemark bedeutet etwas ganz andres als der Liberalismus in Deutschland. Mit ihr kann höchstens die kleine Gruppe verglichen werden, die von Breitscheid geführt wird.

Beim deutschen Liberalismus gibt es keine Grundsätze mehr.

Aber in ein Ministerium auch der dänischen Demokratie wollen unsre dortigen Genossen nicht eintreten. Sie wollen wohl ein solches Ministerium unterstützen, aber freie Hand behalten. Die Hinweise Kolbs auf Oesterreich und Frankreich treffen nicht zu. Mein Freund Jaurès hat ausdrücklich erklären lassen, daß er nicht erst durch die Amsterdamer Beschlüsse bestimmt worden sei, gegen das Budget zu stimmen, sondern daß er das aus eigner freier Ueberzeugung tue. Die Oesterreicher stimmen schlankweg dagegen. Die Engländer können uns — unser lieber Freund Keir Hardie nehme mir das nicht übel — nicht in allen Dingen als Muster gelten, einmal weil England ganz andre Verhältnisse hat und zum andern, weil es dort eine große sozialdemokratische Partei nicht gibt. Die dortigen Trade Unions würde Marx nicht mehr als Preisfechter des europäischen Proletariats bezeichnen. Seit 1870 geht die deutsche Sozialdemokratie dem internationalen Proletariat voran. Und so wird es weiter bleiben, wenn wir vernünftig sind. Gewaltiges haben die englischen Trade Unions geleistet, aber es können schwerlich unsre Gewerkschaften die englischen als mustergültig ansehen. (Zustimmung.) Ich hoffe ja, daß das sich ändern wird und das gewaltige englische Proletariat bald Hand in Hand mit uns marschieren wird.

Keil schlug einen Vermittlungsweg vor. Er bezeichnete als solchen den letzten Absatz der Lübecker Resolution. Keil hat dabei ganz übersehen, daß dieser Beschluß durch den Nürnberger Beschluß verbessert worden ist. (Keil ruft: Der ist falsch!) Genosse Keil, Sie halten für falsch, was die andern für richtig halten. Solange die Mehrheit aber auf dem falschen Standpunkt steht, müssen Sie sich fügen, anders geht es nicht. Der Standpunkt der

Resolution ist maßgebend,

damit muß man sich abfinden. In Nürnberg sagte Hildenbrand: Die Resolution macht uns die Arbeit im Landtag unmöglich. Ihr habt mittlerweile zwei Jahre sehr fleißig gearbeitet. Die Resolution hat Euch gar nichts geschadet. Und das nächste Mal werdet Ihr so viel Gründe gegen die Annahme des Budgets haben, daß Ihr es ruhig tun könnt. Ich muß es Euch Süddeutschen und den andern, die ebenso denken,

noch einmal mit aller Schärfe sagen:

Ihr überseht die Rolle der einzelstaatlichen Regierungen im Reich und im Bundesstaat. Die ganze Reichspolitik ist auch durch die süddeutschen Regierungen mit geschaffen worden. Wir können die Regierungen im Reichstag nicht zur Verantwortung ziehen. Das ist Eure Sache in den Landtagen. (Frank: Das ist auch geschehen!) Die Regierungen haben den Steuer-, Militär-, Marine-, Flotten-, Kolonialvorlagen und früher den Ausnahmegesetzen zugestimmt. Auch die kleinsten Regierungen konnten eine solche Politik bekämpfen und haben es nicht getan. Die Zölle sind durchlaufende Posten in den Staatsbudgets der Einzelstaaten. Solchen Regierungen könnt Ihr doch kein Vertrauen aussprechen. Von diesem Standpunkt aus könnt Ihr keinem Budget zustimmen. Wenn Ihr so motiviert, dann begreift das jeder Mensch, jeder Arbeiter.

Es geht alles,

wenn man es nur mit der nötigen Geschicklichkeit, der nötigen Gründlichkeit und dem nötigen Ernst betreibt. Täuscht Euch doch nicht! Die ungeheure Erregung, die diesmal bei den verschiedenen Rednern und bei den ganzen Debatten dieses Parteitags zum Ausdruck kamen, ist nichts weiter als die Widerspieglung der ungeheuern Erregung der Massen des breiten Volkes. Diese Massen begreifen es nicht, daß es Leute gibt, die Regierungen unterstützen, die sie am liebsten beseitigen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe oftmals den Eindruck, daß ein

Teil unsrer Führer nicht mehr versteht,

was die Massen zu leiden haben (stürmische Zustimmung), daß sie der Lage der Massen entfremdet sind. Das kommt unbewußt zur Geltung. Denkt daran, daß Ihr vor Eure Wähler kommen müßt und seht zu, daß es Euch nicht geht wie den törichten Jungfrauen in der Bibel. (Sehr wahr!)

Man hat verschiedentlich

von Spaltung gesprochen.

Ich bin fest überzeugt, daß kein Mensch im Saal an eine Spaltung denkt. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Ich habe als junger Mensch 9 Jahre für die Einheit der Partei gekämpft, bis wir sie endlich hatten. Kein Mensch wird mir zutrauen, daß ich in meinen alten Tagen etwas tue, von dem ich glaube, daß es zur Spaltung führen könnte. Wenn wirklich einzelne unter uns tollkühn genug sein sollten, an eine Spaltung zu denken oder gar eine Spaltung zu wünschen, ich weiß, die Spaltung kommt nicht,

die Massen machen sie nicht mit!

(Stürmischer Beifall.) Und wenn ein kleiner Kreis folgen sollte, es dauert keine paar Monate und wir haben sie wieder in unsern Armen. (Erneute stürmische Zustimmung.) Unsre Freunde in Süddeutschland, die gegen unsre Resolution sind, sollten sich einmal fragen, ob nicht auch in Süddeutschland seit dem Nürnberger Parteitag ein merklicher Umschwung der Stimmung eingetreten ist. (Widerspruch bei den Süddeutschen.) Nun, heute ist doch im wesentlichen Nordbayern gegen die Budgetbewilligung. (Widerspruch der bayrischen Delegierten.) Nürnberg ist entschieden dagegen. Es haben hier Stuttgarter und andre gesprochen, die damals auf einem ganz andern Standpunkt standen. Die hessische Minderheit gegen die Budgetbewilligung war niemals so hart wie heute. In Hannover sind Stimmen laut geworden, die früher ganz anders sprachen, die jetzt auch dagegen sind. Wenn man glauben würde, über alle diese Erscheinungen leichten Herzens hinweggehen zu können, dann täuscht man sich ungeheuer. (Sehr richtig!) Ich mache mich anheischig,

auch in Baden eine ganz andre Stimmung

hervorzurufen. (Zuruf: Macht's nur!) Ja, wir bringen es fertig, wenn es sein muß. (Große Heiterkeit.) Die badischen Proletarier müßten ja keine Proletarier sein, wenn es anders sein sollte. (Lebhafte Zustimmung. Frank ruft: Dann werden wir mal nach Berlin kommen! Große Heiterkeit.) Lieber Frank, nur nicht mit dem Budget, dann könnte es Ihnen schlecht gehen.

Heilmann hat sich beklagt, nichts Neues hier gehört zu haben. Er hält die langen Ausführungen Schippels für hochwichtig. Ich kann sie nach keiner Richtung hin akzeptieren. (Heilmann ruft: Darum eben Studienkommission!) Heilmann sprach dann von der großen Unaufmerksamkeit bei der Budgetabstimmung im Reichstag. Ich gebe Heilmann vollständig recht, daß im deutschen Reichstag, so wenig wie in einem andern, die Abgeordneten wie in der Kirche sitzen und angestrengt auf jedes Wort von der Tribüne lauschen, als wenn es der Quell der Weisheit wäre. Ich glaubte einmal auch, daß müßte so sein, aber schon in meinem ersten Bericht über den norddeutschen Reichstag habe ich gesagt, ich möchte, daß die Wähler zwangsweise 8 Tage auf die Tribüne geschickt würden. Sie würden dann eine ganz andre Auffassung vom Parlament bekommen. (Heiterkeit.) Die

Abstimmung über das Budget im Reichstag

wird ganz formlos vorgenommen. Der Präsident sagt, ich bringe die und die Positionen zur Abstimmung, ich werde sie aufrufen, und wenn niemand das Wort wünscht, so sind sie angenommen. Das ist auch ganz richtig. Aber bei der Schlußabstimmung sind alle Reichstagsmitglieder in Berlin auf dem Posten, und ich biete immer alles auf, damit wir vollzählig sind. Es ist schon ein gewisser feierlicher Akt, weil die Gegner wissen — namentlich

als wir eine starke Fraktion waren —,

daß sie die Abstimmung nicht versäumen dürfen, damit wir nicht vielleicht zufällig die Mehrheit haben. Da ist die Glocke stets durchs ganze Haus gegangen, und es wurde in dem vollen Hause recht feierlich abgestimmt. Wir sind sitzengeblieben, und es ist nicht wahr, wie Heilmann sagt, daß dies unbeachtet geblieben wäre. Regelmäßig war unsre Abstimmung der Gegenstand der Besprechung der ganzen bürgerlichen Presse, und den Tag würde die bürgerliche Presse preisen, wo wir für den Etat stimmen würden.

Genosse David meinte, ich hätte gesagt, die Partei könnte nationalliberal werden. Glauben Sie denn, Genosse David, daß ich es für möglich hielte, auch nur ein namhafter Teil der deutschen Sozialdemokratie könne nationalliberal werden. Ich habe gesagt, die Politik, die da getrieben wird,

ist eine nationalliberale

und ihr verdanken wir allerdings den ungünstigen Einfluß auf die Parteientwicklung, die unangenehmen Debatten. Wenn je eine Partei davor sicher war, daß sie nicht korrumpiert werden kann, daß sie nie einer bürgerlichen Partei zum Opfer fallen kann, dann ist es die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorge raubt mir keine Sekunde meines sonst sehr guten Schlafs. (Heiterkeit.)

Genosse Heilmann hat dann weiter versucht,

Lassalle zum Revisionisten

zu machen. Gewiß hat Lassalle die Abstimmung der Fortschrittspartei im preußischen Landtag gegen das Budget als liberale Feigheit gebrandmarkt. Ich unterschreibe heute noch nach 48 Jahren alle Ausführungen in „Was nun?" und über „Verfassungswesen" und kann der Partei dringend raten, jedes Wort dieser Broschüren auswendig zu lernen, dann werden unsre Debatten bedeutend kürzer sein. Heilmann hat nur die Begleitumstände vergessen anzugeben, von denen Lassalle ausgegangen ist. Genosse Heilmann, Sie haben zwar sehr kurze Haare, aber ich werde Sie schon zausen. (Stürmische Heiterkeit.) Lassalle ging davon aus, daß die Fortschrittspartei Bismarck einen Verfassungsbrecher nannte, der die Klage auf Hochverrat verdiente. Da freilich sagt Lassalle, genügt die Abstimmung gegen das Budget nicht; ihr müßt es durch die Steuerverweigerung zum Konflikt treiben,

selbst auf die Gefahr der Revolution.

(Lebhafte Zustimmung.) Die Liberalen sind heute nicht dieselben wie damals, sondern noch viel schlechter, und all die Hoffnungen, die Sie (zur Minderheit) auf den Liberalismus setzen, die schwimmen leider bachab, wie man in der Schweiz sagt. Ich habe es oft gesagt: wir müßten eine wirklich liberale Partei wünschen, aber sie ist eben nicht vorhanden, zu ihr fehlen die Leute und die Bedingungen. Schon der Klassenkampf und die Furcht vor der Sozialdemokratie verhindern die Bildung einer solchen Partei. Wie sind den Liberalen unsre Nachwahlsiege in die Glieder gefahren! Wenn wirklich 1911 diese Siege sich auf ganz Deutschland übertragen sollten, dann werdet Ihr sehen, mit welch bleichen Gesichtern und schlotternden Gliedern unsre Liberalen herumlaufen und wozu sie fähig sind. (Bewegung und Beifall.)

Heilmann hat weiter gesagt: warum bringen wir diese Frage nicht vor das

Forum der Internationale?

Nun, die Amsterdamer Resolution ist die Uebertragung der Dresdner Resolution, und sie erklärt ausdrücklich, daß die Partei die Mittel für Gesetze und Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft verweigert. Die Deutschen sind es übrigens nicht gewesen, die die Amsterdamer Resolution veranlaßt haben, und Kolb irrt sich, wenn er das behauptet. Die Sache ist von Guesde ausgegangen. Die Internationale hat gesprochen und der Bescheid hat auch bestimmend gewirkt auf eine Reihe von Staaten, die hier in Frage kommen.

Die hier aufgeworfene Frage der Gemeindebudgets und der bayrischen Landratsbudgets

gehört nicht zur Frage des Landesbudgets,

denn es handelt sich hier um Verwaltungskörperschaften, die nicht gesetzgebende Funktionen haben, sondern denen wesentlich Verwaltungsangelegenheiten zugewiesen sind.

Gegen die von Quarck vorgeschlagene

Teilung der Resolution

habe ich nichts einzuwenden. Nach Quessel soll ich es offen gelassen haben, ob die Frage eine taktische oder prinzipielle sei. Aber es kann gar keine Frage sein, daß die Nürnberger Resolution vom Parteitag als eine prinzipielle betrachtet worden ist. Quessel sagt, die Hessen werden die Resolution ablehnen. Das ist ihr gutes Recht. Wenn er aber sagt, daß sie sich eventuell nicht an die beschlossene Resolution halten würden — nun, das wollen wir abwarten. Drohen könnt Ihr, so viel Ihr wollt. (Frank: Das tut ja niemand!) Es kommt aber auf Euer Handeln an, und da wollen wir sehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die vorgeschlagene

Studienkommission

betrifft, so bin ich ganz verwundert, daß Euch nach 15 Jahren auf einmal das Bedürfnis nach einer solchen Kommission kommt. (Frank: Wir haben wenigstens die Hoffnung, daß sie zu einem andern Ergebnis kommt!) Nun, mit der Hoffnung fallt Ihr ja rein, das steht fest. (Heiterkeit.) Auf einmal nehmt Ihr Bayern veraltete bayrische Gesetze fürchterlich ernst. Vollmar und Grillenberger in Frankfurt hatten eine ganz andre Meinung, und Ihr bayrischen Abgeordneten habt ja diesmal auch gegen das Budget gestimmt. Bevor Ihr die Mehrheit in der bayrischen Kammer habt, seid Ihr und ich gestorben. Also wozu zerbrecht Ihr Euch den Kopf darüber? Aber wenn die Regierung, trotz der Ablehnung des Etats durch die Kammer, das Budget in Kraft setzen sollte, dann würde ein so gewaltiger Sturm im ganzen Volk ausbrechen, daß die Regierung klein beigeben würde. Wozu sollen wir wegen Eurer speziellen bayrischen Verhältnisse eine Studienkommission einsetzen? Soweit die Budgetfrage uns alle interessiert, ist sie uns klar. Von den Unterzeichnern des Antrags auf Einsetzung einer Studienkommission haben manche sich gewiß gesagt: ja, Studienkommission, warum nicht, das machen wir mit. Und die andern haben sich gesagt, das ist ein schlaues Mittel, die Sache um die Ecke zu bringen, da kommen wir diesmal zu keiner Entscheidung. Die, die in gutem Glauben unterschrieben haben, sind den andern, den Schlauern, zum Opfer gefallen. (Oho! bei den Süddeutschen.) Es ist doch kein Fehler, schlau zu sein. (Heiterkeit.) Ich habe mit großem Schrecken gehört, Ihr wollt den ganzen Vorstand in die Kommission nehmen? (Zuruf: Das will nur Klemente!) Glücklicherweise bekommt Ihr keine Mehrheit für das Attentat, das Ihr gegen uns ausüben wollt. (Heiterkeit.) Würde der Antrag angenommen, so würde die ganze Welt

über die Sozialdemokratie lachen,

die auf fünf Parteitagen tagelang über die Sache debattiert und dann eine Studienkommission einsetzt, um zu prüfen, ob wir nicht früher dumm waren. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen, machen Sie das Ding für sich fertig. (Heiterkeit.) Sie sind ja eine Masse intelligenter Leute. Setzen Sie eine Kommission ein, bringen Sie uns das nächste Mal das Material, und dann sehen wir uns die Sache an. Aber heute lassen wir uns auf die Sache nicht ein, das paßt uns nicht in den Kram. (Aha! bei den Süddeutschen.) Natürlich, alles, was ich nicht will, paßt mir nicht in den Kram. Das ist doch selbstverständlich. (Zuruf des Genossen David.) Ja, studieren Sie nur; während Sie studieren, haben Sie keine Zeit, andre Geschichten zu machen. (Große Heiterkeit.) Genosse David hofft auf die Nationalliberalen. Die Vertrauensseligkeit ist mir einfach unbegreiflich. Ich glaube nicht, daß wir eine Mehrheit gegen die Lebensmittelzölle aufbringen, wenn nicht aus uns selbst heraus.

Selbst die Freisinnigen sind heute unzuverlässig,

und die Nationalliberalen haben bekanntlich den ganzen Zolltarif auf dem Gewissen. Ich erinnere an die Gewaltaktion im Winter 1902 und an die Rolle des Herrn Bassermann. (Sehr richtig!) Und die Freisinnigen! Der kluge und geschickte Bankdirektor Siemens von der Freisinnigen Vereinigung hat einmal erklärt, das preußische Junkertum hat Staat und Gesellschaft die größten Dienste geleistet, der Staat hat die Verpflichtung, dieser Gesellschaftsschicht die Existenzmöglichkeit zu geben. (Hört, hört!) Das war die Auffassung eines der ersten Bourgeois in Deutschland, und diese Auffassung ist bei allen nationalliberalen Kapitalisten vorhanden, die in den Junkern die kommandierenden Generale sehen, die Männer mit den Säbeln, die gegebenenfalls zu kommandieren haben, daß auf Vater und Mutter geschossen wird, die die Gesellschaft zu verteidigen haben, für die die Herren Liberalen ihren eignen werten Körper für zu schade halten. Die Junker sind die richtigen Leute, um Thron und Altar und Gesellschaft zu schützen, und von diesen Liberalen erwartet man etwas! Und weiter, wenn die Zölle wegfallen, entsteht ein Minus von vielen hundert Millionen für die Militärausgaben. Das Minus muß gedeckt werden, es müßten direkte Steuern kommen, und fürs Zahlen sind auch nicht die Nationalliberalen. Nein, Genosse David, Sie sind sonst ein gescheiter Mensch, aber hier irren Sie gewaltig. Die einzige Partei, die die Lebensmittelzölle beseitigen könnte, das wären wir. Aber dazu müßten

wir auf mindestens 200 im Reichstag steigen,

und daran glaubt jetzt kein Mensch. Einmal kommt es ja gewiß, ich werde mich freuen, wenn ich es erlebe, denn bei dem Kampfe möchte ich dabei sein. Alles andre waren ja nur Vorpostengefechte. Aber ich fürchte, dieser große Kampf wird noch viel länger auf sich warten lassen, als wir annehmen dürften. Gewiß sind die preußischen Zustände nicht die Folge der kapitalistischen Entwicklung, aber die Junker sind die Hauptstütze für den Kapitalismus, und der Kapitalismus die Hauptstütze für die Junker. Die Junker im Osten, die Schlotjunker im Westen, die Großbanken in Berlin, die Kohlenmagnaten in Schlesien, alle reichen sich brüderlich die Hände. Die herrschenden Klassen tun nichts, was ihnen schadet.

Gestern hat Zubeil Ausführungen gemacht, die der gesamte Parteivorstand ganz außerordentlich bedauert. Er hat den Süddeutschen vorgeworfen, daß sie Mittel für ihre Arbeit bezogen haben. Dafür sind wir da, wenn wir Gelder haben, daß wir sie geben. Ich kann mir und meinen Kollegen im Parteivorstand das Zeugnis geben, daß wir noch niemals Geld verweigert haben, weil es sich um Revisionisten handelt. Im Gegenteil, wir geben in solchen Fällen sogar eher als in andern, um nur ja nie einen solchen Streit aufkommen zu lassen. (Sehr richtig!) Ueber die „Münchener Post" mag sich Genosse Müller einmal beim Genossen Cohn erkundigen. Es wäre mir überhaupt lieber gewesen, das wäre gar nicht zur Erörterung gekommen. (Zuruf bei den Süddeutschen: Uns auch!) Noch niemals hat der Parteivorstand bei Unterstützung eines Blattes aus Parteimitteln eine Bedingung in bezug auf die Haltung gestellt. (Zuruf bei den Süddeutschen: Hat auch niemand behauptet!) Ja, in dem Worte „wir sind unabhängig" konnte drin liegen, daß andre nicht unabhängig wären.

Die ganze Parteipresse ist unabhängig,

und die „Münchener Post" hat diese Unabhängigkeit vom Parteivorstand mehr als einmal bewiesen, so bei dem Zwist mit den „Vorwärts"redakteuren, und jetzt wieder. Objektiv war ihre Haltung gerade nicht. (Widerspruch bei den Süddeutschen.) Sie hat drei Artikel für die Budgetabstimmung gebracht und keinen einzigen dagegen. Die Widerlegung des Kautskyschen Artikels wurde aufgenommen, vom Kautskyschen Artikel selbst wissen heute noch die „Münchener Post"-Leser gar nichts. Aehnliches ist ja auch anderswo passiert. Es ist

manches in unsrer Parteipresse geschehen,

was ich früher nicht für möglich gehalten hätte. (Sehr wahr!) Es war eine bittere Enttäuschung in meinen alten Tagen. In keiner Weise habe ich gesagt, die Bayern wären nicht in der richtigen Weise für das allgemeine Wahlrecht eingetreten. Ich habe mit unserm verstorbenen Grillenberger viel länger zusammen gekämpft als Ihr alle, die Ihr da seid. Aber Euch in Bayern ist doch das allgemeine und gleiche Wahlrecht wie die

gebratene Taube in den Mund geflogen.

Das Zentrum hat es durchgesetzt. (Müller: 14 Jahre haben wir darum gekämpft!) Gewiß, aber Euer Kampf hält doch mit dem norddeutschen Kampf keinen Vergleich aus. Euch kamen die günstigen Umstände, die Haltung des Zentrums zugute. Euern Eifer, Euern Fleiß kenne ich und habe ihn stets anerkannt, und ich muß mich dagegen verwahren, als wenn ich unserm treuen alten Parteigenossen Grillenberger einen Makel anhängen wollte. (Lebhaftes Bravo! bei den Süddeutschen.) Südekum hat sich auf Marx berufen — sogar Genosse Kolb hat sich auf Marx berufen. (Heiterkeit.) Was muß der arme Marx heute alles aushalten. Ich habe mein lebelang

weder auf Marx noch auf Engels geschworen.

Ich habe meine Meinung ihnen gegenüber stets vertreten, wie einstmals meine Briefe beweisen werden, wenn sie herauskommen werden. Ich glaube nicht an die andern Götter, und so auch nicht an unsre Götter. (Heiterkeit.)

Nun zum Schluß über den

Zusatzantrag

zu unsrer Vorstandsresolution. Das Amendement erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die unsrer Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen. Der Parteivorstand hält diesen Antrag für unannehmbar. (Oho!) Bitte, für unannehmbar. Ich gebe hier im Namen meiner Genossen vom Parteivorstande die schriftliche Erklärung ab:

„Der Parteivorstand bittet, die Resolution 93 zurückziehen zu wollen. In der Sache selbst besteht zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit. (Hört, hört!) Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird, und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind." (Hört, hört!)

§ 23, der von allen Richtungen der Partei beschlossen worden ist, wo kein Mensch an Vorgänge wie diesen gedacht hat, lautet: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn er durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder des Parteitags das Parteiinteresse schädigt."

Alsdann kann ein solcher Antrag gestellt werden. Aber nach den weiteren Ausführungen des Organisationsstatuts nur von einer Parteiorganisation, nicht nur von der, welcher der Betreffende, gegen den der Antrag sich richtet, angehört, sondern jede Parteiorganisation im Deutschen Reich kann einen solchen Antrag stellen. Die Sache selbst kann aber nur in dem Kreise, in dem der Angeschuldigte wohnt, entschieden werden. Es tritt alsdann ein Schiedsgericht zusammen, bestehend aus sieben Personen, wovon beide Teile je drei wählen und den Vorsitzenden der Parteivorstand ernennt. Dann wird das Verfahren, wie üblich, in solchen Sachen eingeleitet, wobei selbstverständlich der Betreffende in ausgiebiger Weise zu Worte kommt.

Es heißt weiter im Statut: „Unterläßt es der Angeschuldigte innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens 4 Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen. Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens 4 Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein."

Mit andern Bestimmungen können wir also nicht rechnen. Es heißt in der schriftlichen Erklärung des Parteivorstandes weiter:

„Nach unsrer Auffassung ist der Antrag 93 formell bedenklich. Wird derselbe angenommen, so ist damit keineswegs, wie die Antragsteller anzunehmen scheinen, der betreffende Parteigenosse aus der Partei ausgeschlossen. Die Organisation kennt kein „Außerhalbderparteistellen"; außerhalb der Partei steht nur, wer auf Grund des § 23 ff. aus der Partei ausgeschlossen wird. Der Antrag erfüllt nach unsrer Meinung nicht den beabsichtigten Zweck. Er führt nur zu fortgesetzten Kontroversen und möglicherweise zur Anrufung der bürgerlichen Gerichte. Aus diesem Grunde bitten wir wiederholt, den Antrag zurückzunehmen, wobei wir noch einmal betonen, daß sachlich zwischen der Auffassung des Parteivorstandes und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit besteht."

Es ist nach unsrer Auffassung gar kein Zweifel, daß, wenn ein solcher Beschluß gefaßt würde, der Parteitag damit gegen seine eigne Organisation verstieße; er beschlösse etwas, was er nicht beschließen kann. Er darf keinen Staatsstreich machen, er würde ja damit den Genossen jede Möglichkeit nehmen, sich zu verteidigen. (Sehr richtig! b. d. Südd.) Es ist doch auch in dem Lübecker Beschluß zugegeben, daß in zwei Fällen die Möglichkeit vorliegt, für das Budget zu stimmen. Nach Annahme des Antrags 93 würde das gar nicht in Betracht kommen, die Leute säßen draußen, hätten kein Wort zu sagen, könnten gar nichts begründen. Alle Juristen, mit denen ich heute über die Sache sprach, sind felsenfest überzeugt, daß, wenn das geschähe, eine

Berufung an die bürgerlichen Gerichte möglich

wäre, und daß die größte Wahrscheinlichkeit bestünde, daß das bürgerliche Gericht gegen einen derartigen Beschluß entscheiden würde. (Hört, hört!) Damit würden wir uns also geradezu bloßstellen in einer Weise, wie wir es nicht tun können. Deswegen möchte ich dringend bitten, folgen Sie dem Vorschlag des Parteivorstandes und ziehen Sie Ihren Antrag zurück. Stimmen Sie in möglichster Einmütigkeit für unsre Resolution. Lehnen Sie anderseits den Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission ab. Im übrigen hoffe ich, daß, wenn diese Beratungen zu Ende sind, wir in alter Freundschaft miteinander nach Hause gehen werden. (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)

Haase (Königsberg, zur Geschäftsordnung):

Da durch die Erklärung Bebels die sachliche Uebereinstimmung des Parteivorstandes mit den Antragstellern der Resolution Wer Dresden ist, da somit diese Resolution, die bereits von der Mehrheit der Parteitagsdelegierten beantragt ist, also die Zustimmung der großen Mehrheit des Parteitags gefunden hat, da aber in dieser wichtigen Frage nicht um Formalitäten gestritten werden soll, so ziehen wir, nachdem die Erreichung des Zweckes der Resolution 93 sichergestellt ist, hiermit diese Resolution zurück. Das habe ich im Namen Zubeils und sämtlicher Mitantragsteller zu erklären. Ich überreiche diese Erklärung zu Protokoll.

Franks Schlußwort:

Genosse Aurich hat mir mitgeteilt, daß er nicht zu denjenigen gehört habe, die persönliche Angriffe gegen die badische Landtagsfraktion gerichtet hätten. Ich nehme deshalb gern Gelegenheit, hier zu erklären, daß meine Ausführungen über ihn nicht zutreffen. Ich freue mich, daß er Wert darauf legt, daß das hier konstatiert wird. Stadthagen hat in einer persönlichen Bemerkung seine Ausführungen im wesentlichen zugegeben. Er hat mitgeteilt, daß er tatsächlich von dem Benehmen der badischen Landtagsfraktion gesagt habe, sie sei

nicht sozialdemokratisch, sondern hündisch.

Er hat mit der Beweiskraft, und Ueberzeugungskraft, die ihm innewohnt, dann ausgeführt, er habe mir dem Wort „hündisch" etwas anders sagen wollen. (Stadthagen: Nein, nein!) Er sei bereit, es dahin zu ändern, daß er sage, nationalliberal oder kompliziert. Genosse Stadthagen, Sie dürfen die Versicherung von uns annehmen, die Empfindung, die wir über Sie, über Ihre Erklärung und Ihre Rede haben, reicht an Empörung nicht heran.

Es kann sein, daß unsre Gründe nicht neu waren, aber wir legen mehr Wert auf Wahrheit als auf Neuheit. Im übrigen haben wir doch

nach Neues vorgebracht.

In Nürnberg beriefen wir uns auf den Inhalt einzelner Budgetposten, namentlich auf die Erhöhung der Arbeiterlöhne und der Beamtengehalte. Diesmal gaben wir die politische Situation als Grund an. Das sind, wie Bebel zugeben wird, verschiedene Dinge.

Ich freue mich darüber, daß Bebel im Gegensatz zu so vielen Rednern von gestern und heute in seinem Schlußwort gezeigt hat, in wie vielen

großen Fragen wir im Grunde einig

sind. Er hat erklärt, daß er die Bedeutung der kleinen Konzessionen nicht unterschätzt. Mit uns ist er der Meinung, daß zu Unrecht der Sozialdemokratie Negation vorgeworfen wird. Es kommt der Zeitpunkt, wo sich durch das Wachstum einer Partei neue Pflichten ergeben, wenn wir infolge unsrer Größe die Macht haben, die von uns kritisierten Zustände zu ändern und zu bessern. Wann dieser Zeitpunkt gekommen ist, darüber können wir uns in Ruhe und Kameradschaftlichkeit unterhalten.

Bebel hat auch noch einmal die monarchische Frage gestreift, und ich freue mich aufrichtig, daß sein Kaiserkandidat Prinz Ludwig von Bayern noch nicht alle Hoffnung aufzugeben braucht. (Heiterkeit.) Ich bitte aber, uns Badener nicht zu benachteiligen und, damit es wenigstens zur Stichwahl kommt, auch den badischen Thronfolger Prinz Max zu berücksichtigen (große Heiterkeit), denn er hat sich auch für ein besseres Wahlrecht ausgesprochen, ist für Berücksichtigung der untern Klassen eingetreten und hat sich sozialer erwiesen als Zentrum und Liberale, aber diese Dinge sind nicht so unbedingt aktuell, daß wir wegen dieser Alternative uns gegenseitig Unannehmlichkeiten zu sagen brauchten. (Heiterkeit.)

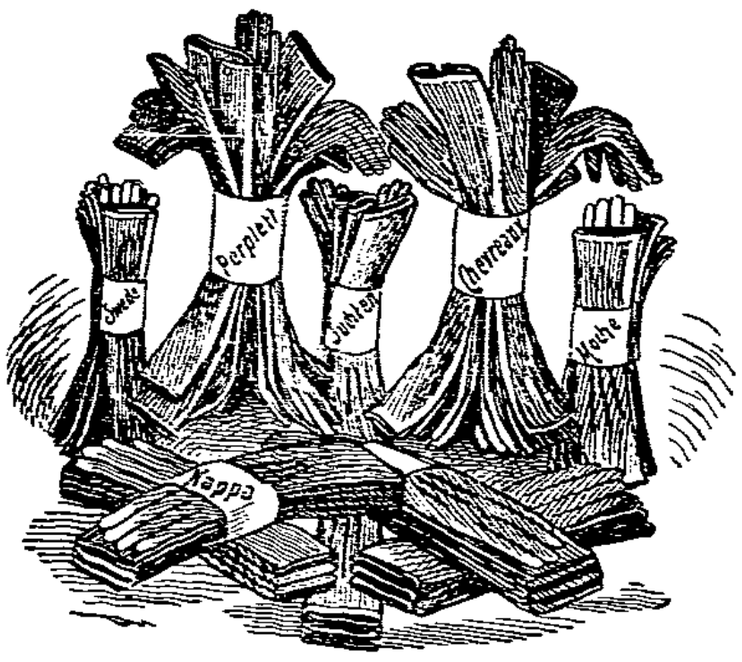
(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

H. Lublin

Mein diesjähriger

Großer Handschuh-Verkauf

ist in jeder Beziehung beachtenswert!

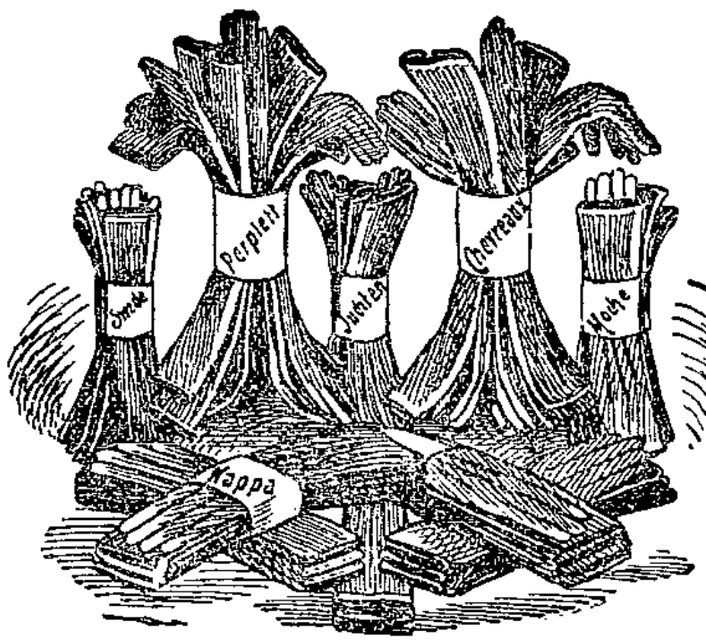


Schwedisch Leder imitiert, für Damen mit 3 Perlmutterknöpfen, moderne Straßenfarben Paar **85** Pf.

Damen-Glacés Lammleder, m. 2 Druckknöpfen, farbig, schwarz, weiß Paar **85** Pf.

Ziegenleder Damen-Glacés, mit 2 Druckknöpfen, mod. Farben Paar **1.85**

Herren-Glacés Lammleder, mit 1 Druckknopf . . . . . Paar **90** Pf.



Ein Posten

assortierte Paare

Damen-Glacés mit 2 Druckknöpfen in farbig, schwarz und weiß . . . . . Paar **65** Pf.

Herren-Glacés mit 1 Druckknopf in farbig, schwarz und weiß . . . . . Paar **65** Pf.

Damen-Leder-Handschuhe

Suède mit 3 Perlmutterknöpfen, extra sortiert . . . . . Paar **1.10**
Glacé-Lammleder mit 2 Druckknöpfen, schwarz, weiß, farbig . . . . . Paar **1.45**
„Perpler" Lammleder, mit 2 Druckknöpfen, modernes Farbensortiment . . . . . Paar **1.75**
„Spezial" Ia. Lammleder, vorzügliche Fabrikate, moderne Straßen- und Theater-Farben Paar **2.25**
„Suchten" bestes Fabrikat, mit 2 Druckknöpfen, in lila, marine, grün, rot, braun, grau Paar **2.00**
„Mocha" ganz gefüttert, samtartiges Leder, 2 Druckknöpfe, modernes Farbensortiment . Paar **3.75**

	8	10	12 Knopf
Lange Glacés Mousquetaire, weiß, Lammleder	2.25	2.75	3.25

Herren-Leder-Handschuhe

Glacé-Lammleder 1 Druckknopf, farbig, schwarz, weiß . . . . . Paar 1.
Schwedisch Leder imitiert, 1 Druckknopf . . . . . Paar 1.
„Norman" Lammleder-Glacés 1 Druckknopf . . . . . Paar 1.
Halbstepper-Glacés sortierte Qualität . . . . . Paar 1.
Rappa Ganzstepper 1 Druckknopf . . . . . Paar 1.
Echt Wildleder-Ganzstepper grau, braun, weiß . . . . . Paar 2.
Ziegenleder erstklassiges deutsches Fabrikat, 2 Druckknöpfe . . . . . Paar 3.

Stoff-Handschuhe

Damen-Trikothandschuhe farbig, schwarz . . . . . Paar **25** Pf.
Damen-Trikothandschuhe Prima Qualität, 2 Druckknöpfe, schwarz und farbig . . Paar **45** Pf.
Damen-Trikot, imitiert schwedisch 2 Druckknöpfe, moderne Straßenfarben . . Paar **75** Pf.

Herren-Trikothandschuhe mit Druckverschluß . . . . . Paar 40
Herren-Trikothandschuhe extra stark, mit Druckverschluß . . . . . Paar 58
Herren-Trikothandschuhe Leder-Imitation . . . . . Paar 75

Eine besondere Gelegenheit

zum Einkauf

billiger wollener Kinderstrümpfe, schwarz bunt geringelte, zurückgesetzte Dessins, fehlerfreie gute Qualitäten

Für das Alter	1	2	3	4—5	6	7	8—9	10—11	12—14
Halbwolle Kammgarn, plattiert	25	30	35	40	45	55	65	75	85 Pf.
Reine Wolle, Kammgarn	30	35	40	50	60	70	80	90	100 Pf.
Prima Kammgarn, reine Wolle schwarz bunt, leder bunt	40	50	60	70	80	90	100	110	120 Pf.

Sportwolle zum Anfertigen von Golfsocken und Mützen in weiß und farbig

Vorlagen mit Anleitung gratis!

Pfund **4.00 5.00**

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 223. Magdeburg, Freitag den 23. September 1910. 21. Jahrgang.

Fortsetzung des Parteitagsberichts.

Drittter Verhandlungstag.

Schluß der Nachmittagsitzung

Frank (fortfahrend):

Ich freue mich weiter darüber daß Bebel die

Nürnberger Resolution nicht auf die Gemeinden

ausdehnen will. Nur gab er eine falsche Begründung für eine richtige Taktik. Sind die Gemeinden wirklich nur ein Anhängsel des Klassenstaates, wäre es für uns ein doppelter und dreifacher Grund, ihre Etats abzulehnen. (Sehr richtig! b. d. Südd.) Es gibt übrigens große Blätter, die in der Gemeindefrage anders denken, als Genosse Bebel. Die „Leipziger Volkszeitung" zum Beispiel. Neulich erfuhr ich von einem charakteristischen Falle aus der nächsten Nähe von Berlin, wo man doch nicht mehr nötig hat, Studien zu machen. (Heiterkeit.) In Werder erwies sich die Notwendigkeit, für ein Organ des Klassenstaates, den Polizeidiener, eine neue Hose anzuschaffen (Heiterkeit), wofür 6 Mark gefordert wurden. (Erneute Heiterkeit.) Und die braven Genossen, die in diesem Rathaus tätig sind (Ledebour: Das ist ja ein Hohn auf diese Debatten!) — lassen Sie mich doch aussprechen —, die braven Genossen also haben die 6 Mark, natürlich mit schwerem Herzen, bewilligt, und der Polizeidiener hat die neue Hose bekommen. Und nun das prinzipielle Nachspiel, Genosse Ledebour. Im Wahlverein sagten die Genossen, ihr habt gegen die Nürnberger Resolution verstoßen.

Sie sehen, zu welchen Konsequenzen wir kommen, wenn wir uns an den Wortlaut halten, und man sieht, daß die Aufklärung über diese Frage doch nicht ganz so gegenstandslos ist.

In Dänemark können unsre Genossen nicht den gewaltig feierlichen Akt der Ablehnung des Budgets durchführen, weil es nämlich dort gar keine Gesamtabstimmung gibt. In England nehmen sie es an, in Belgien werden sie es wahrscheinlich annehmen, wenn sie mit den Liberalen die Mehrheit haben, in Oesterreich lehnen sie es ab, aber sie stimmen für die Dringlichkeit, damit die andern es annehmen können. (Hört, hört! b. d. Südd.) Nachher schicken sie dann eine schön marxistische Begründung. Ja der Adler, der fehlt uns. (Heiterkeit und Zustimmung.) In der Schweiz, die Bebel doch so gut kennt, stimmen die ganz besonders radikalen Berner Genossen für das Budget. (Hört, hört!)

Bebel hat jetzt erwähnt, daß wir, um die Caprivischen Handelsverträge zu retten, für die in ihnen enthaltenen Zollsätze gestimmt haben, ohne damit unsre prinzipielle Haltung gegenüber den ganzen Zöllen aufzugeben. So haben wir die Verbesserungen des Klassenwahlrechts in den Gemeinden akzeptiert, ohne darum auf unsre Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zu verzichten.

Die erdrückende Mehrheit gerade der geordneten Vertretung unsrer Genossen in Baden hat sich auf unsre Seite gestellt, und das waren die Genossen, die die Verhältnisse kennen, die am eignen Leib erfahren werden, ob unsre Politik aufwärts oder abwärts in den Sumpf führt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Bebel meint, wir dürfen das nicht überschätzen, denn wir hätten in Baden die Presse zur Verfügung. Da kann man erwidern: In Berlin werden Hunderttausende allein durch den „Vorwärts" über unsre Parteiverhältnisse orientiert. Wenn Bebel glaubt, die Badener Arbeiter dadurch umzustimmen, daß er nach Baden kommt, unterschätzt er ihre Urteilsfähigkeit. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) In Berlin hat einmal über dieselben Parteistreitfragen eine Versammlung mit 5000 Zuhörern einem der Jungen — ich glaube, es war Bruno Wille — zugejubelt, und dann hat eine andre Versammlung mit 6000 Teilnehmern Bebel zugejubelt. (Bebel ruft: Da war aber Wille dabei!) Im stillen Kämmerlein wird auch der Radikalste zugeben, daß es nicht an den Personen, sondern

an den Verhältnissen liegt,

wenn die Süddeutschen mit solcher Einmütigkeit andrer Meinung sind als Sie. (Ruf bei den Norddeutschen: Die Einmütigkeit ist ja gar nicht vorhanden.) In Baden erkennen selbst die Gegner der Budgetbewilligung im übrigen die Haltung der Fraktion an.

Quarck wirft uns ungenügende Agitation gegenüber der Gemeinde- und Städteordnung vor. Nach meiner Meinung ist diese Agitation energisch, planmäßig und erfolgreich betrieben worden. Was würde man sagen, wenn wir den preußischen Genossen ihre Agitation vorschreiben wollten? Wer solche Rüffel erteilt, wie Genosse Quarck, der muß erst den Befähigungsnachweis dafür erbringen, daß er selbst die richtige Taktik einzuhalten weiß. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Von den Bemerkungen Lehmanns will ich nur einen Punkt hervorheben, damit nicht morgen schon in der Zentrumspresse daraus eine Kette von Verleumdungen erwächst. Er ist das Opfer eines boshaften Klatsches geworden, wenn er behauptet, es sei schon ausgemacht gewesen, daß die Nationalliberalen später die Budgetablehnung rechtfertigen würden. Dies zu sagen halte ich mich von dieser Stelle aus auch den Gegnern gegenüber für verpflichtet. (Sehr richtig! bei den Badenern.)

Es liegt uns wahrlich fern,

unsre Erfolge herauszustreichen.

Wir befinden uns infolge der Debatten in der Zwangslage, diese Sachen vorzutragen und wir haben uns auf das Notwendigste beschränkt. Das Großblockabkommen bei den Wahlen ist von keiner Seite bemängelt worden. Für den Reichstag existiert diese Frage ja nicht. Bebel hat der Meinung Ausdruck gegeben, es können Fälle eintreten, wo trotz der Nürnberger Resolution eine Fraktion gezwungen ist, sich der Stimme zu enthalten, weil sie glaubt, daß sie sonst die Interessen der Partei schädigt. Ich nehme gern Kenntnis davon, daß Bebel zugibt, es kann zwingende Fälle geben, in denen man das Bekenntnis zum Kampfe gegen den Klassenstaat, wie es in der Budgetverweigerung liegt, nicht zum Ausdruck bringt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Es ist natürlich auf aller Lippen die Frage, was soll geschehen,

wie soll die Lösung der Dinge sein?

Da will ich vor allem an die Spitze setzen das eine, daß in der ganzen Debatte gestern und heute weder vom Korreferenten noch von einem Diskussionsredner weder versteckt noch offen eine Drohung ausgesprochen ist (Sehr wahr! bei den Süddeutschen), und wenn Westmeyer hierher gekommen ist in der Absicht, gegen Drohungen zu polemisieren, dann hat er sich an die falsche Adresse gewandt. (Zuruf: Quessel hat gedroht!) Wenn Sie aus den sanften Worten von Quessel eine Drohung herausgehört haben (Heiterkeit), dann sind Sie wirklich viel sensibler als wir Süddeutschen alle. Von einer Seite habe ich allerdings eine Drohung gehört; ich nehme an, daß Westmeyer ein treuer Leser der „Neuen Zeit" ist, und dort hat der Pfeil-Artikel davon geredet, daß man vom Gesamtstamm der Partei einen Zweig loslösen müsse. (Hört, hört! bei den Süddeutschen.) Das wird wohl Westmeyer vorgeschwebt haben. Wir dagegen halten es für selbstverständlich, daß die verantwortlichen Personen in der Partei alles tun werden, um zu vermeiden, daß unsre herrliche Bewegung solche Rückschläge erleidet. (Lebhafter Beifall.)

Nun ist nur ein Weg gezeigt,

der eventuell mal zum Frieden führen könnte

und der sicher auch jetzt sofort den Waffenstillstand gewährleistet hätte. Das war der Vorschlag auf Einsetzung einer Kommission. Man hat den Vorschlag verlacht, aber die Debatte hat so viel Beweise dafür erbracht, daß noch keine Klarheit über diese Dinge herrscht, daß ich mit Spinoza sagen möchte: Ignorantia non est argumentum — Unwissenheit ist kein Beweismittel. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Wenn Bebel meint, wir können doch nicht jetzt nach 16 Jahren erst an die Untersuchung der Frage herantreten, dann sage ich: Sie haben heute ein Beispiel aus dem Leben gehabt, aus dem hervorgeht, daß die nächstliegenden Dinge am leichtesten zu übersehen wären. Sie haben gesagt, daß der Inhalt der Verfassungen der Staaten nicht allen Genossen bekannt ist. Haben wir es nicht erleben müssen, daß

208 Genossen über die Verfassung der eignen Partei im unklaren

sind (Sehr gut! bei den Süddeutschen), haben wir nicht gesehen, daß die, die uns über die Pflichten der Disziplin belehren wollen, selbst mit einem Antrag gekommen sind, der mit den Pflichten der Disziplin, wie wir sie verstehen, nicht in Einklang zu bringen ist. (Erneutes Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Bebel hat Ihnen das viel besser und klarer bewiesen, als ich es tun könnte. (Dittmann: Er hat es nicht bewiesen!) Ja, Dittmann, wenn Sie nicht durch Bebel zu überzeugen sind, durch mich lassen Sie sich nicht überzeugen. (Heiterkeit.) Aber ich nehme dann wenigstens an, daß Sie, ohne überzeugt zu sein, im Sinne von Bebel stimmen werden. (Große Heiterkeit.) Haase hat erklärt, es werde des Eindrucks nicht ermangeln, daß feststeht, wieviel Genossen im voraus diesen Antrag unterschrieben haben. Da muß ich doch feststellen, daß der weitaus größte Teil der Unterschriften unter dem Antrag stand, bevor Bebel als Vertreter der Anklage und bevor einer der badischen Genossen zu seiner Verteidigung das Wort bekommen hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Nun frage ich Sie, es waren ja, glaube ich, mit Ausnahme von mir, alle Parteijuristen unter diesem Antrag. (Heine: Ich nicht! Heiterkeit.) Nein, Sie kommen nicht in diesen Verdacht (Heiterkeit) — was würden Sie

von einem bürgerlichen Richterkollegium halten,

das in den Gerichtssaal kommt nicht bloß mit einem fertigen, sondern auch mit einem formell unterschriebenen Urteil? (Große Unruhe bei der Mehrheit. Ledebour ruft: Lag etwa die Resolution Bebel nicht vor?) Was würden Sie davon halten, wenn der geistvolle Begründer dieses Antrags zugeben müßte, daß der Dolus eventualis eine Rolle gespielt habe. Wenn Sie einen der Süddeutschen gefragt hätten, bevor Sie Ihren Antrag unterzeichnet haben, dann hätte er förmlich Sie angebettelt, Sie sollten ihn unterschreiben, weil nach außen hin nichts die Situation so beleuchtet, als wie die Tatsache, daß ein so großer Teil des Parteitags

ohne die Angeklagten zu hören,

das schärfste Urteil über sie ausspricht. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Sie haben sich jetzt bei dem Rückzug, den der Genosse Haase zu decken versuchte (Haase: Es war doch kein Rückzug!) — es war ein Rückzug des Antrags; was haben Sie denn gemeint, Genosse Haase? (Heiterkeit bei den Süddeutschen. Dittmann: Wir können den Antrag ja wieder aufnehmen. Beifall.) — Ich weiß, daß Sie den Antrag wieder einbringen können. (Dittmann: Provozieren Sie doch nicht!) Soll denn die ganze Tätigkeit auf den Parteitagen darin bestehen, daß Sie in Situationen, wo die Parteigenossen einig sind, dann wieder alte Anträge einbringen? (Große Unruhe. Zuruf: Wir haben den Antrag eben nur aus Disziplin zurückgezogen!) Wenn Sie sich dadurch provoziert fühlen, daß ich in schlichter, einfacher Weise

die Tatsachen erzähle,

dann kann ich Ihnen allerdings nicht helfen. Haase hat sich darauf zurückgezogen, daß ja der Parteivorstand mit der Tendenz des Antrags einverstanden sei. Was will denn das besagen? Glauben Sie, daß es in der Welt jemals eine Situation gibt, die genau der andern gleich ist? Glauben Sie, daß eine Budgetabstimmung von heute unbedingt der in 2 Jahren gleichen muß? (Dittmann: Hört, hört!) Ach, Dittmann, Sie klammern sich in Ihrer rein äußerlichen Auffassung der Dinge an die Frage, ob ein Ja oder ein Nein ertönt. Was jetzt die Lage nach Zurückziehung des Amendements entscheidet, das ist die Tatsache, daß die Genossen, die das Unglück haben, in den Landtagen zu sitzen, wieder unter dem gleichen Rechte stehen, wie die andern Parteigenossen. Stellen Sie sich die Verhältnisse vor, wenn Ihr genialer Zusatzantrag angenommen würde! Die statutarischen Bestimmungen würden zur Farce herabgewürdigt. (Beifall bei den Süddeutschen.) Die klugen Genossen, die den Antrag zurückgezogen haben, und die damit die Abgeordneten wieder auf den Boden des allgemeinen Parteirechts gestellt haben, haben sich das Verdienst erworben, daß sie die Partei vor einer Blamage bewahrt haben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit, Gelächter bei der Mehrheit.)

Wir wollen Recht und keine Gnade.

Wir denken wie jene Frau, die wegen Holzdiebstahls vor den Amtmann geführt wurde. Der sagte: ich will dich nicht bestrafen, aber das nächste Mal kostet es 5 Rubel. Nichts da, sagte die Frau, ich stehle mei Holz und zahle mei Straf'. (Heiterkeit und Unruhe. Dittmann ruft: Was soll das heißen!) Das soll Ihnen beweisen, daß Sie nicht sagen sollen, wir haben die Leute diesmal geschont, sie hätten eigentlich hinausgeworfen werden müssen. Wir wollen, daß Sie uns Recht geben. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Wir wollen, daß Sie uns Recht sprechen, will ich sagen; das erste war natürlich aufrichtiger gemeint.

Im Verlaufe seiner Ausführungen hat Haase in seiner liebenswürdigen bestrickenden Art uns gesagt, man habe auf eine Erklärung von unsrer Seite gewartet. Ich habe mit meinen Freunden nicht darüber geredet. Vielleicht wären sie Haases Liebenswürdigkeit erlegen, wenn ihnen Haase nicht mit der gezückten Resolution der 300 entgegengetreten wäre. Von diesem Augenblick an war eine solche Erklärung natürlich eine Unmöglichkeit. Heute sage ich Ihnen im Namen der Süddeutschen: Selbstredend haben wir das größte Interesse an der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei. (Beifall.) Wir werden in dieser Richtung das Unsrige tun, aber

keiner von uns kann Ihnen heute erklären,

was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist eine Frage der Verhältnisse. (Große Unruhe.) Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe. Ich hoffe, daß die Genossen, denen es Ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr zur Arbeit gegen den Feind übergehen! (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Die Frage der Abstimmung.

Haase (Königsberg, zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die Abstimmung auf morgen früh zu vertagen. Frank hat sein Schlußwort zu Angriffen auf Zubeil und andre benutzt. Diesen muß Gelegenheit zur Beratung über die Schritte zur Richtigstellung gegeben werden.

Mit Einwilligung des Parteitags gibt Vorsitzender Dietz dem österreichischen Genossen Schrammel das Wort zu einer Richtigstellung.

Schrammel: Wir Oesterreicher haben, wenn wir für die Dringlichkeit des Budgets gestimmt haben, nur für die Vornahme der Abstimmung, aber nicht für das Budget selbst gestimmt. Das ist etwas ganz andres, als für das Budget zu stimmen, ohne die Zustimmung unsrer Genossen im Reiche zu haben. Wir werden nicht selbständig handeln, sondern uns immer den Beschlüssen fügen, die für diese Angelegenheit gefaßt werden. (Bravo!)

Persönliche Bemerkungen.

Peus (Dessau): Bebel hat heute aus einer Nummer des „Volksblattes für Anhalt" eine Aeßerung von mir entnommen, in der ich anerkenne, daß auch die Demokratische Vereinigung für die Arbeiter eintritt, wenn man es im weitesten Sinne des Wortes faßt. Gerade Bebel selbst hat übrigens den Dr. Breitscheid sehr herausgestrichen und man hat sich in mehreren Wahlkreisen und in Berlin selbst die Wahlhilfe von Breitscheid sehr gern gefallen lassen. Ich habe im „Volksblatt" so gut wie in Brandenburg erklärt, daß ich einen Block von Bebel bis Bassermann für Blödsinn halte. Bebel hat dann seiner Meinung für mich als Kandidaten für Brandenburg-Westhavelland Ausdruck gegeben. Bebel mag mancher Kandidat nicht gefallen. . . .

Vorsitzender Dietz: Das geht uns gar nichts an, ob dem oder jenem die oder jene Kandidatur gefällt oder nicht.

Peus (fortfahrend): Wenn in meinem Wahlkreis nach meiner offiziell aufgestellten Kandidatur ein Genosse sich herausnehmen würde, öffentlich so über mich zu sprechen, wie Bebel das getan hat, so würde das im Wahlkreis als grobe Disziplinlosigkeit empfunden werden. (Zustimmung und Widerspruch.) Vorläufig haben nur die Wahlkreise über die Kandidaten zu entscheiden. (Bebel: Sehr richtig!) Und ich habe viel zu großen Respekt vor der Demokratie der Sozialdemokratie (Sehr gut! und Widerspruch), als daß ich annemen könnte, daß die Aeußerungen Bebels irgendwelchen Erfolg haben könnten auf die Stimmung des Wahlkreises, in dem ich seit 20 Jahren arbeite und seit 14 Jahren kandidiere.

Braun (Königsberg): Ich weiß nicht, ob ich zur Kategorie der Dummen oder der Schlauen unter den Unterzeichnern der Resolution 94 gehöre. Ich möchte ja sonst lieber in die Kategorie der Schlauen eingereiht werden, aber in diesem Zusammenhang muß ich dieses Kompliment als sehr zweifelhaft mit allem Nachdruck ablehnen. Zählt Bebel mich auch zu denen, die die Leimrute ausgelegt haben? . . .

Vorsitzender: Erkundigen Sie sich doch bei Bebel privatim! (Große Heiterkeit.)

Braun (Königsberg): Hätte es Bebel privatim gesagt, hätte ich ihm privatim meine Meinung gesagt. Er hat es aber öffentlich gesagt und so muß ich auf öffentliche Richtigstellung dringen. Ich kann in meinen und in Katzensteins Namen erklären, daß wir nicht im entferntesten daran denken, uns etwa mit unserm Vorschlag im Gegensatz zum Vorstand zu stellen, oder die Entscheidung zu verschleppen. Ich will vielmehr über die Vorstandsresolution hinausgehen und in Zukunft solchen Debatten vorbeugen. Die Auseinandersetzungen werden selbst mit der Abstimmung über die Vorstandsresolution noch nicht beendet sein. (Zurufe: Sie reden ja zur Sache!) Die Studienkommission soll dafür sorgen, daß spätere Erörterungen fruchtbarer werden. Gehen Sie heute nicht darauf ein, vielleicht später einmal. (Beifall.)

Haase (Königsberg): Frank hat den Unterzeichnern der Resolution 93, also auch mir vorgeworfen, daß wir bereits mit einem fertigen Urteil in den Saal gekommen wären, bevor noch die Referenten ihre Ausführungen gemacht hatten. Frank muß wissen, daß diese Darstellung der Wahrheit widerspricht, und er hat diese Bemerkungen auch nur gemacht, weil er sich davon gewisse Wirkungen nach außen hin verspricht. Unser Antrag ist nicht anders zustande gekommen wie der Minderheitsantrag und die Vorstandsresolution. Für den Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission wurden auch Unterschriften gesammelt, bevor der Gegenstand in Verhandlung gezogen wurde. (Karl Liebknecht: Bevor wir mit dem Unterschriftensammeln begonnen haben.) Ich kann beweisen, daß wir uns vorher nicht gebunden haben. Frank kann sich erkundigen und er wird das bestätigt finden. Unser Antrag verstößt nicht juristisch und technisch gegen das Organisationsstatut. Er ist der Ausdruck einer moralischen Verurteilung, aber er fordert keinen Ausschluß. Wir tun, was zuletzt die Nationalliberalen in Sachsen taten und sagen: Wenn Ihr Parteitagsbeschlüsse nicht achten wollt, dann könnt Ihr Euch selbst nicht mehr als Parteigenossen betrachten. Das ist ja das große Unglück, daß wir eine so große Anzahl von Leuten haben — ich meine hier nicht unsre badischen Freunde —, die immer noch Parteimitglieder bleiben, obwohl sie zur Freude der Gegner Anschauungen propagieren, die alles andre eher als sozialdemokratisch sind. (Demonstrativer Beifall, Händeklatschen. Ruf: Ruf: Das ist nicht persönlich, das ist Wiedereröffnung der Debatte!) Um seine schwache Stellung zu verdecken, hat Frank die Behauptung aufgestellt, wir hätten mit der Zurückziehung unsres Antrags einen Rückzug angetreten. Frank hat dabei übersehen, daß Bebel in der von ihm verlesenen Erklärung an uns die Bitte gerichtet hat, unsern Antrag, der nur die moralische Verurteilung ausspricht, nicht aufrechtzuerhalten, weil der gesamte Parteivorstandsachlich mit uns einig und derselben Meinung sei, und daß es in derselben Erklärung im Anschluß daran weiter heißt, daß die Voraussetzungen des § 23 gegeben wären, wenn die Genossen sich noch einmal über Parteitagsbeschlüsse hinwegsetzen. Wir haben also weder einen Rückzug angetreten noch treffen uns die eingangs besprochenen Bemerkungen Franks. (Beifall bei der Mehrheit.)

Bebel: Peus hat gemeint, es sei eine Disziplinwidrigkeit von mir, wie ich mich in bezug auf seine Person als Kandidat für Brandenburg ausgesprochen habe. Ich habe nicht die Kandidierung getadelt und den Genossen natürlich nicht das Recht abgesprochen, den Genossen Peus als Kandidaten aufzustellen. Ich habe nur mein persönliches Urteil ausgesprochen, und dies darf ich doch wohl abgeben. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Genossen eines Kreises einmal einen Mann aufstellen würden, von dem im Falle seiner Wahl die Möglichkeit anzunehmen wäre, daß

er der Partei Verlegenheiten bereiten oder sie in peinliche Situationen bringen könnte, dann hat jeder Parteigenosse das Recht, dies öffentlich auszusprechen. Dies trifft aber für Peus nicht zu. Ich habe meine Objektivität gegen Peus unter anderm dadurch bewiesen, daß ich 1889 und 1903 eine Reihe Versammlungen in seinem Wahlkreis abgehalten habe. — Dem Genossen Braun kann ich erklären, daß ich bei meinen Ausführungen an seine Person gar nicht gedacht habe. Ich weiß, daß er aus ganz korrekten Ursachen heraus seinen Antrag stellte. Ich habe ja auch nur gesagt, daß ein Teil der Unterzeichner wirklich sich etwas von der Studienkommission verspricht. Ein andrer Teil denkt allerdings durch den Antrag die Entscheidung über die Vorstandsresolution beiseitezuschieben und dann schön heraus zu sein. (Heiterkeit.) Aber das ist doch keine Beleidigung, sondern sogar ein Kompliment (Heiterkeit), das soll doch bedeuten, daß die Genossen geriebene Burschen seien. (Erneute Heiterkeit.)

Frank: Es tut mir leid, daß sich Haase aus der Ruhe, die ich sonst an ihm schätze, durch mich hat bringen lassen. Er hat zwar nicht mit meiner Genehmigung, aber mit meiner hiermit erteilten nachträglichen Erlaubnis gesagt, daß ich blauen Dunst nach außen hin machen will, weil ich gesagt habe, daß der größte Teil der Unterschriften unter seinen Antrag gesetzt worden sei, ehe ich gesprochen habe. Er hält uns vor, daß die Stimmen für unsern Antrag auch im voraus gesammelt wurden. Ueberlegen Sie sich, ob es dasselbe ist, ob sie eine Studienkommission verlangen oder einen Antrag stellen, durch den schon heute eine bedeutende Anzahl Parteigenossen um die Achtung der übrigen gebracht werden soll. Ich habe ein Interesse daran, den falschen Glauben bei den Delegierten und vor der Oeffentlichkeit zu zerstreuen, als ob die Delegierten, nachdem sie Bebel und uns gehört hatten, es noch für notwendig gehalten hätten, den Antrag zu stellen, der uns moralisch verurteilen sollte. Wenn der Antrag eingebracht wäre, um kundzugeben, daß wir im Irrtum, auf falschem Wege gegangen seien, dann hätte ich gesagt: Sie vergessen, daß wir doch später wieder hinausgehen müssen, um Schulter an Schulter mit den andern Genossen zu arbeiten, daß wir gemeinsam weiterkämpfen müssen und daß wir einen Bruch nicht wollen. Genosse Haase, ehe man die moralische Verurteilung von Parteigenossen beantragt, muß man diese doch erst fragen, was wollt Ihr tun? Ich weiß nicht, wie die Antwort gelautet hätte, aber das weiß jeder, daß unter uns ebenso Genossen sind wie unter Euch, die den allerdringendsten Wunsch haben, der Partei solche Debatten zu ersparen und die entschlossen sind, alles zu tun, das zu erreichen. (Bewegung und Beifall.)

Haase: Es gibt keinen bessern Weg, als daß Frank das tut, was alle Demokraten tun, nämlich daß er sich fügt. Nachdem Bebel und Frank gesprochen hatten, haben die Antragsteller aufs sorgsamste beraten, ob ein Grund vorliegt, von dem Antrag abzugehen. Wir haben uns die freie Entschließung vorbehalten und in mehreren Besprechungen auf Grund Ihrer Darlegungen unsre Entschlüsse gefaßt.

Bebel: Warum sollen wir die Abstimmung nicht vornehmen? Wir wollen doch endlich mit der Sache zu Ende kommen.

Vors. Dietz: Es liegt der Antrag vor, die Abstimmung auf morgen zu verschieben. Es sind zwei namentliche Abstimmungen vorzunehmen. Trotzdem empfehlen wir, die Abstimmung noch heute zu vollziehen, weil Bebel und noch mehrere andre morgen abreisen. Ich werde eine Pause von 15 Minuten eintreten lassen und dann die Sitzung wieder eröffnen.

Da von verschiedenen Seiten eine längere Pause verlangt wird, werden die Verhandlungen von 7¼ Uhr bis auf ¾8 Uhr vertagt.

Die Abstimmungen.

Um 8¼ Uhr eröffnet der Vorsitzende Dietz wieder die Verhandlungen. Durch das Zurückziehen der Anträge 7, 27, 47, 57, 60 und 67, die alle auf die Aufhebung des Nürnberger [illegible] hinausliefen, ist es jetzt möglich geworden, die Resolution des Parteivorstandes vorweg zur Abstimmung zu stellen. Es werden

drei namentliche Abstimmungen

stattfinden. Zunächst wird über den ersten Absatz des Antrags 90 namentlich abgestimmt werden, dann über den Rest des Antrags und ferner über die Resolution, wie sie sich nach diesen beiden Abstimmungen gestaltet hat. Dann ist noch über Nr. 94 abzustimmen.

Vorsitzender Klühs:

Von dem Genossen Zubeil ist folgender Antrag eingelaufen:

„Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort, daß er sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitags vorbehält, beantragen wir folgenden Satz der Erklärung des Genossen Bebel, die Bebel namens des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben:

Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 30 des Organisationsstatuts gegeben sind."

(Bewegung.)

Vorsitzender Dietz:

Wir haben die Debatte geschlossen, haben die Schlußworte entgegengenommen und sind in die Abstimmung eingetreten. Nun ist es Sitte, daß in der Abstimmung neue Anträge nicht gestellt werden können. Da wird mir jeder einzige Parteigenosse recht geben. (Sehr richtig!) Wenn nach Schluß der Abstimmung ein solcher Antrag gestellt würde, läge es ja in der Hand des Parteitags selbst, ihn zuzulassen, dann müßte aber darüber eine Diskussion eröffnet werden. Das kann man ohne eine Diskussion nicht machen. (Rufe: Einverstanden!)

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den

ersten Absatz des Antrags 90.

Er wird mit 260 Stimmen gegen 106 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmen:

Auer (München), Beims (Magdeburg), Binder (Ludwigshafen), Therese Blase (Mannheim), Böhle (Straßburg), Böhmer (Löbau), Böttger (Mannheim), [illegible] (Nürnberg), Brey (Hannover), Cohn (München), Eduard David (Berlin), Diener (Mühlheim a. R.), Dietz (Stuttgart), Dreesbach (Bielefeld), Engler (Freiburg), Ernsting (Minden), Evers (Hildesheim), Faißt (Hornberg), Fischer (Hannover), Edmund Fischer (Dresden), Dr. Frank (Mannheim), Geiß (Mannheim), Göhre (Berlin), Gölzer (Kempten), Frau Grahn (Hannover), Helene Grünberg (Nürnberg), Hasenzoll (Erbach), Haugenstein (Nürnberg), Hauschildt (Altona), Heine (Berlin), Heilmann (Chemnitz), Held, Hildenbrand (Stuttgart), Hörsing (Beuthen), Hoffmann (Celle), Hoffmann (Bielefeld), Hoffmann (Breslau), Huber (Ludwigshafen), Huber (Landshut), Hug (Bant), Jung (Rüsselsheim), Kahn (Mannheim), Keil (Stuttgart), Klühs (Magdeburg), Knapper (Heilbronn), Knieriem (München), Korn (Singen), Körner (Ludwigshafen), Kolb (Karlsruhe), Dorothee Kaßner (Magdeburg), Leinert (Hannover), Leopold (Erlangen), Lesche (Hamburg), Levi (Mannheim), Loch (Worms), Maier (Heidelberg), Mauerer (München), May (Hannover), Miß (Mühlheim), Möller (Harburg), Müller (Karlshorst-Berlin), Müller (Schopfheim i. B.), Müller (München), Neu (Lambrecht), Neukirch (Breslau), Peus (Dessau), Pfeiffle (Mannheim), Profit (Ludwigshafen), Dr. Quarck (Frankfurt a. M.), Queßel (Darmstadt), Reese (Linden), Riem (Dresden), Rößler (Altenburg), Seel (Mainz), Severing (Bielefeld), Süßkind (Mannheim), Schneider (Straßburg), Spindler (Döbeln), Stolten (Hamburg), Stockinger (Pforzheim), Sturmfels (Groß-Umstadt), Schlicke (Stuttgart), Schliestedt (Linden), Schmitt (München), Schmidt (Fritz), Scholich (Breslau), Dr. Südekum (Berlin), Timm (München), Thielemann (Osnabrück), Tönsböhn (Recklinghausen), Treu (Nürnberg), Ulrich (Frankfurt a. M.), Ulrich (Offenbach), Vogel (Fürth), Vogt (München), Walter (Höchst am Main), Wasner (Stuttgart), Weill (Straßburg), Wetzker (Bochum), Willi (Karlsruhe), Witti (München), Wittich (Frankfurt a. M.), Ziemer (München), Zorn (Fürth).

Vorsitzender Dietz:

Die absolute Mehrheit nach der Präsenzliste beträgt 198. Ich bemerke, daß einige Delegierte wegen dringender Geschäfte, zum Teil, weil sie Versammlungen abhalten müssen, heute nicht hier sind; diese Genossen können nachträglich zu Protokoll erklären, wie sie gestimmt haben würden.

Nunmehr wird die namentliche Abstimmung über die

Absätze 2, 3 und 4

der Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission vorgenommen. Diese drei Absätze werden bei 372 Abstimmenden

mit 301 gegen 71 Stimmen angenommen.

Mit ja stimmten:

Albrecht, Apel, Arendsee, Arnswald, Bagder, Bahrdt, Bartel, Bartels (Wernigerode), Bartels (Hamburg), Baudert, Bebel, Beckmann, Beeck, Beims, Bethke, Beyer, Bieligk, Binißkiewicz, Bischoff, Blumtritt, Bock, Böhm, Böhme, Böhmer, Bohl, Bohm, Borgmann, Braun, Brecour, Bromme, Brühne, Brückner, Busold, Bühler, Bull, Bunge, Castan, Dautz, Davidsohn, Deutsch, Diefenbach, Diener, Dietz, Dietze, Dißmann, Dittmann, Dietrich, Dobrohlaw, Döhnel, Donalies, Drescher, Dröner, Ebert, Eckardt, Eichhorn (Berlin), Emmel, Ernst, Eschke, Faure, Fauth, Fahrenwald, Feldmann, Ficker, Richard Fischer (Berlin), Fischer (Hannover), Fischer (Duisburg), Fischer (Gera), Focke, Fleißner, Frank (Berlin), Fritzsch, Geck, Geyer, Gewehr, Giebel, Göldner, Gottleber, Grahn, Grauer, Graupe, Greiner, Grenz, Große, Gruner, Grütz, Haase, Haberer, Hackelbusch, Hänisch, Hahn, Hanisch, Hasenzoll, Haug, Haugenstein, Hauschildt, Haußmann, Heckel, Heinrich, Heinrichs, Hengstbach, Henke, Hennig, Hense, Hentsch, Herzschold, Hoch, Hönisch, Hörsing, Hoffmann (Hamburg), Hoffmann (Celle), Hoffmann (Breslau), Hofmann (Saalfeld), Hopfe, Horn (Stettin), Horn (Lindenau), Hübener, Hunschede, John, Jakobsen, Jung, Jungnickel, Jürgensen, Kaden, Katzenstein, Kern, Keil (Wilkau), Kiß, Klees, Klühs, Klement, Knauf, Knoth, Könen, Köpke, Knoche, Kraußer, Kröger, Krüger (Wandsbek), Kaßner, Krause, Krüger (Königsberg), Kunert, Lachenmaier, Lachmann, Langer, Lex, Leber, Ledebour, Lehmann (Mannheim), Lehmann (Leipzig), Leid, Leopold, Lepitz, Leutert, Lewerentz, Limbertz, Linde, Liepmann, Lipinski, Lippold, Litfin, Löwigt, Luscher, Lüth, Luxemburg, Martin, Mucker, Mantke, Mann, Meisel, Mehrens, Mende, Metzger, Meyer, Michelsen, Milow, Mittag, Möller, Mücke, Müller (Mögelin), Müller (Berlin, Parteivorstand), Müller (Leipzig), Müller (Plauen), Müller (Berlin 3), Muth, Neukirch, Niendorf, Oertel, Olion, Pätzel, Pannekoek, Panzer, Pappenheim, Pawera, Pfannkuch, Peter, Pötzsch, Pollender, Quarck, Rauch, Rante, Reeber, Reese, Reiwand, Reitze, Rieger, Rieke, Ritter, Rizert, Robleder, Roth (Hamburg), Roth (Werdau), Rosenfeld, Rößler, Rudolph, Rubl. Rüssel, Sachse, Sailer, Sauer, Seel, Seelmann, Seidel, Sußheim, Sperka, Spindler, Staab, Starosson, Stegner, Steinföhr, Stiefenhofer, Stolten, Stolle, Stolpe, Strobel, Stubbe, Stadthagen, Schadow, Schmalfeldt, Schäfer, Schliestedt, Schulten Schmidt (Herford), Schmidt (Bilbel), Schmidt (Berlin 6), Schmidt (Linden), Schnelle, Schnirch, Schönfelder, Scholich, Schöckel, Schöbel, Schindhelm, Schulz (Berlin), Schulz (Wittenberge), Schumacher, Schwarz, Schwartz, Schwemmke, Schööflin, Teichmann, Thelen, Thiele (Guben), Thiele (Halle), Thiel (Tempelhof), Tönnies, Thielemann, Treu, Ulm, Ulrich (Frankfurt), Unkel, Vogel, Vogtherr, Wagner (Mölln), Wagner (Braunschweig), Walter (Höchst), Walter (Laubegast), Wassermann (Fürstenwalde), Wassermann (Schöningen), Wasner, Weber, Wellmann, Wengels, Wenzel, Werner, Westkamp, Wetzmeyer, Wicklein, Wiese, Wiesner, Wilde, Wilk, Winter, Wittich, Witzke, Wizorowski, Woldt, Wurm, Zietsch, Zentgraf, Zetkin, Zietz, Zorn, Zubeil.

Mit nein stimmten:

Auer, Binder, Blase, Böhle, Böttger, Brey, Cohn, David, Dreesbach, Engler, Ernsting, Evers, Faißt, Edmund Fischer (Friesnitz), Frank, Ludwig, Geiß, Göhre, Gölzer, Grünberg, Heine, Heilmann, Held, Hildenbrand, Hoffmann (Bielefeld), Huber (Ludwigshafen), Huber (Landshut), Hug, Kahn, Keil (Stuttgart), Knapper, Knieriem, Korn, Körner, Kolb, Leinert, Lesche, Levi, Loch, Maier, Mauerer, May, Müller (Dithmarschen), Müller (Schopfheim), Müller (München), Neu, Nimmerfall, Peus, Pfeiffle, Profit, Queßel, Riem, Severing, Süßkind, Schneider, Stockinger, Sturmfels, Schlicke, Schmitt (München), Schöne, Südekum, Timm, Tönsböhn, Ulrich (Offenbach), Vogt, Weill, Wetzker, Willi, Witti, Ziemer.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die

unveränderte Resolution im ganzen.

Sie wird

mit 289 gegen 80 Stimmen angenommen.

Das Resultat wird von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Von den Delegierten, die bei der Abstimmung über den ersten Absatz mit nein gestimmt haben, stimmen nunmehr mit ja:

Böhmer (Löbau), Diener (Mühlheim), Dietz (Stuttgart), Engler (Freiburg), Gustav Fischer (Hannover), Frau Grahn (Hannover), Hasenzoll (Erbach), Hörsing (Beuthen), August Hoffmann (Celle), Paul Hoffmann (Breslau), Jung (Rüsselsheim), Dorothea Kaßner (Magdeburg), Möller (Harburg), Doktor Quarck (Frankfurt), Reese (Linden), Rößler (Altenburg), Seel (Mainz), Spindler (Döbeln), Stolten (Hamburg), Schliestedt (Linden), Schmidt (Fritz), Vogel (Fürth), Walter (Laubegast), Ulrich (Frankfurt a. M.).

Hierauf wird der Antrag 94 (Einsetzung einer Studienkommission) mit großer Mehrheit abgelehnt.

Um 10¼ Uhr schlägt Dietz Vertagung vor. Der Parteitag beschließt aber, nachdem Emmel und Haase dies befürwortet haben, den

neuen Antrag Zubeil

noch zu erledigen.

Frank:

Meine Freunde sind bereit, Ihnen jedes Entgegenkommen zu zeigen und keinerlei formelle Schwierigkeiten zu machen. Wir sind aber der Auffassung, daß die Behandlung des Antrags Zubeil im Widerspruch mit der Geschäftsordnung, mit den bisherigen Gepflogenheiten und mit dem Parteistatut steht. Der Antrag des Herrn Zubeil (Zurufe: Herrn?) würde sich erübrigen, wenn Sie von folgendem Notiz nähmen. Der Antrag beginnt mit den Worten: „Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in dem Schlußwort, der sich und seinen Freunden die Stellungnahme zum Beschluß des Parteitags vorbehält." Diese Erklärung habe ich niemals abgegeben, ich habe vielmehr gesagt: „Wir haben selbstverständlich das allergrößte Interesse daran, daß die Partei einig und geschlossen bleibt. Wir werden nach jeder Richtung des Umfangs uns, um dafür zu sorgen, daß das geschieht, aber keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in Budgetabstimmungen der nächsten Jahre." (Rufe: Na also!) Ich sagte weiter: „Das ist eine Frage der Verhältnisse." Ich hoffe nun, daß die Genossen, denen es Ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr zur Arbeit übergehen gegen den Feind. Wir sind der Auffassung, daß unsre Worte nicht im Widerspruch stehen mit der Nürnberger Parteitagsresolution. (Beifall b. d. Südd., Lachen bei der Mehrheit.)

Vorsitzender Dietz:

Nach der Geschäftsordnung muß der Antrag Zubeil zur Verhandlung kommen, wenn er von mindestens 20 Delegierten unterstützt ist. Ich stelle die Unterstützungsfrage. Die Unterstützung reicht aus. Es würde nun zu entscheiden sein, ob der Antrag sofort beraten werden soll. (Die Mehrheit entscheidet sich für sofortige Beratung.)

Frank

beantragt Vertagung auf Donnerstag.

Vorsitzender Dietz

macht darauf aufmerksam, daß eben die sofortige Verhandlung beschlossen ist.

Frank:

Wenn Sie darauf bestehen, dann werden meine Freunde an einer Verhandlung dieses Antrags, der nur eine Wiederholung des zurückgezogenen Antrags Zubeil ist, sich nicht beteiligen.

(Die Süddeutschen verlassen unter großer Unruhe des Parteitags den Saal.)

Haase (Königsberg)

begründet den Antrag Zubeil: Die letzte Aeußerung von Frank ist überaus wertvoll zur Klärung der Situation. (Lebhafte Zustimmung.) Frank hat jetzt selbst zum Ausdruck gebracht, daß diese Aeußerung des Parteivorstandes, die wir in einen Antrag umwandeln wollen, identisch ist mit dem von uns zurückgezogenen Antrag. Es steht also fest, und ist uns aus seinem eignen Munde bestätigt worden, daß die Antragsteller niemals einen Rückzug angetreten haben. (Sehr richtig!) Was die Antragsteller getan haben, war ein Akt des Entgegenkommens. Wir versteifen uns nicht auf eine bestimmte Form. Die von uns gewählte Form war durchaus korrekt. Da sie aber an einigen Stellen mißdeutet zu werden schien, haben wir uns als vernünftige Leute gesagt: uns kam es auf die Sache an, nicht auf die Form. Weshalb ist denn nun dieser Antrag von neuem notwendig geworden? Genosse Frank hat eben die entscheidende Stelle zur Verlesung gebracht. Er wurde in den letzten Tagen immer wieder von uns um eine klare Erklärung, ich möchte sagen, angefleht, und darauf kam nun in seinem Schlußwort, als man ihm sachlich nicht mehr antworten konnte, der Passus, was in der Budgetabstimmung im nächsten Jahre geschehen wird, ist

eine Frage der Verhältnisse.

Die Erklärung war allerdings in Friedensbeteurungen eingekleidet, aber in ihrer ganzen Kraßheit muß diese Erklärung als

Faustschlag ins Gesicht

der großen Parteitagsmehrheit empfunden werden. Daß unsre Parteigenossen erklärten, sie werden ihre Stellung zur Budgetabstimmung von den Verhältnissen abhängig machen und nicht von den Bestimmungen des Parteitags, mußte hier und im Lande große Erregung hervorbringen. Wir mußten deshalb Klarheit schaffen, damit nicht der Anschein entstände, als ob der Parteitag die Erklärung des Parteivorstandes lediglich zu den Akten genommen habe, und als ob ein verbindlicher Beschluß in dieser Richtung nicht vorliege. Jeder mußte wissen, daß der Parteitag sich

einen neuen Disziplinbruch nicht gefallen

lassen wolle, komme er von welcher Seite er wolle. (Beifall.)

Vogtherr (Wiesbaden, zur Geschäftsordnung)

beantragt namentliche Abstimmung, um festzustellen, welche Genossen es vorgezogen haben, den Verhandlungen fernzubleiben. (Bravo!)

Richard Fischer:

Der von Zubeil eingebrachte und von Haase begründete Antrag ist tief bedauerlich. (Lachen.) Es ist kein erfreuliches Schauspiel, daß die, über die Sie zu richten entschlossen sind, den Saal verlassen haben. (Lebhafte Unterbrechung.) Die Erklärung Franks mußte genügen. (Stürmischer Widerspruch.) Die Majorität wollte die Gewißheit, daß die süddeutschen Genossen sich den Beschlüssen des Parteitags fügen. Was hat Frank nun gesagt? (Zuruf: Das Gegenteil!) Wenn Frank das Gegenteil gesagt hätte, stände ich nicht hier. Frank hat offen erklärt, daß die Süddeutschen über die Abstimmung in den Einzellandtagen sich jetzt nicht äußern können. Das liegt in den Verhältnissen, bedeutet aber keinen Widerspruch zu dem Nürnberger Parteitagsbeschluß. Die Erklärung der 66 kann man damit nicht in Parallele stellen. (Widerspruch Ledebours.) Die war ein Protest, die Erklärung Franks aber nicht. Frank hat auch

nicht ein Wort des Vorbehaltes

gesagt. Er hat nur gesagt, er könne heute nicht sagen, wie sie die Abstimmung in den nächsten Jahren vornehmen werden. Das können Sie auch nicht sagen, und deswegen eben haben Sie in Lübeck und Nürnberg einen Ausnahmefall konstruiert. Es ist doch politische Kinderei, von jemand zu verlangen, er solle in seinem ganzen Leben nicht für das Budget stimmen.

Der Antrag ist auch sachlich unmöglich.

Er vindiziert dem Parteitag ein Urteil über alle künftigen Fälle. (Widerspruch Ledebours.) Ledebour, Sie können mich wirklich ungestört reden lassen und nicht so rumpappeln wie ein Pojaz. (Unruhe.) Wenn aber der Parteitag das beschließt, dann bindet er bereits alle Schiedsgerichte, die sich mit einer solchen Sache zu befassen haben, präjudiziell, denn er hat bereits ein Urteil gesprochen. Ich bitte Sie, lassen Sie den Antrag nicht zur Abstimmung kommen. Sie sprechen damit indirekt aus, wir glauben einander nicht mehr. (Widerspruch.) In dieser Situation können wir doch nicht verhandeln, das sollte Ihnen die Vernunft sagen. Sie haben den Genossen von der Minderheit, denen Sie jetzt den Stempel der Unterwerfung aufdrücken wollen, keine Gelegenheit gegeben, sich zu beraten. Das kann den Anschein erwecken, als ob

Sie Ihre Majorität mißbrauchen

wollen. Es sind doch bei Ihnen selbst Verhandlungen gepflogen worden. Wenn von seiten der Minderheit eine Erklärung vorliegt, die Sie befriedigt, dann wollten Sie auf den Antrag verzichten. War denn überhaupt die Möglichkeit, daß die Bayern, die Württemberger, die Badener zu einer vernünftigen Besprechung und zur Formulierung einer Erklärung zusammentreten konnten, die sie und uns befriedigte und deren Tragweite sie ermessen konnten? Das Solidaritätsgefühl und das Gefühl für das Ansehen des Parteitags auch nach außen sollte Sie dazu bringen,

jetzt von einer Beschlußfassung abzusehen

und der Minderheit Gelegenheit zur Aeußerung zu geben. Stimmen Sie nicht heute abend ab, wo die Genossen weggegangen sind und mit Recht, denn man wollte ihnen den Stempel der Unterwerfung aufdrücken. Nicht wie Genossen, mit denen man zusammen kämpft, sondern wie Feinde, die man besiegt hat, so wollen Sie die Genossen vom Parteitag weggehen lassen!! (Beifall und Zischen.)

Dittmann

erklärt zur Geschäftsordnung, daß die Antragsteller bereit seien, den Wortlaut der Erklärung von Frank in ihren Antrag aufzunehmen. Die Erklärung lautet: „Keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist die Erklärung, die ich hier abzugeben habe."

Katzenstein (Stralsund):

Frank hat noch hinzugefügt: „Wir sind überzeugt, daß unser Verhalten nicht im Gegensatz zur Nürnberger Resolution stehen wird." (Sehr richtig!) **Damit haben die Süddeutschen**

erklärt, daß sie sich an die Nürnberger Resolution zu binden gedenken. (Widerspruch.) Wenn Frank erklärt hat, daß das von den Verhältnissen abhängt, so liegt das an der Nürnberger Resolution selbst, wonach gewisse Verhältnisse eintreten können, die eine Ausnahme von dem allgemeinen Verbot der Budgetannahme gestatten. Um eine andre Fassung der badischen Erklärung zu ermöglichen, bitte ich Sie im Einverständnis mit Fischer, die Sache auf morgen früh zu vertagen. (Widerspruch.)

Vorsitzender Dietz:

Ich bitte nochmals, es mir zu überlassen, die Sache später auf die Tagesordnung zu setzen. Ich besitze zum Beispiel in diesem Moment nicht einmal das Manuskript des ersten Antrags Zubeil, geschweige denn die Zusätze. Man sollte doch eine so schwerwiegende Frage wenigstens im Drucke vor sich haben. Also überlassen Sie mir die Sache. (Lebhafte Zurufe: Nein nein!)

Dittmann (zur Geschäftsordnung):

Ich stelle fest, daß der Antrag Zubeil die ganze Zeit auf dem Bureau gewesen ist. (Dietz: Ich habe gesagt, im Augenblick habe ich ihn nicht!) Im übrigen warne ich Sie dringend vor einer Vertagung auf morgen. (Leinert: Ihr habt wohl Angst, daß noch etwas geschieht!) Die Genossen sind es satt, sich fortgesetzt einseifen zu lassen. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Dietz:

Das wären doch merkwürdige Delegierte, die sich einseifen lassen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Dazu schätze ich die Delegierten zu hoch ein. (Bravo!)

Lehmann (Mannheim, zur Geschäftsordnung):

Ich glaube, daß wir bei der gewissen Erregung, in die wir nach dem Exodus der Badener und Bayern gekommen sind, ferner da die Verhandlung über Gebühr ausgedehnt worden ist und der Vorsitzende erklärt, daß ihm die Uebersicht fehlt, daß wir uns vertagen. Unser Beschluß könnte sonst als trotz seiner Wichtigkeit in Eile gefaßt, im Lande draußen viel angefeindet werden. Wir haben Zeit (Oho!), denn die gleiche Mehrheit ist morgen auch noch da.

Hoch (Hanau)

polemisiert gegen Richard Fischer. Die Erklärung von Frank kann uns nicht genügen, weil wir die Erklärung verlangen mußten, daß auch die Badener die Beschlüsse des Parteitags auch für sich als maßgebend anerkennen. Die Genossen im ganzen Lande verlangen, daß der Parteitag feststellt, daß seine Beschlüsse nicht nur für gewöhnliche Arbeiter gelten, sondern für jeden Genossen. Daß die Badener Bedenken hatten,

auszusprechen, daß sie sich fügen,

ist das entscheidende. (Leinert: Den Kotau müssen sie machen!) Ist denn das Kotau, wenn ich sage, da ich der Partei angehöre, habe ich mich auch zu fügen? Gerade vor den Gegnern wollen wir dartun, daß es in der Partei wohl volle Meinungsfreiheit gibt, daß aber die Parteitagsbeschlüsse von jedem einzelnen hochgehalten und durchgeführt werden müssen. Wir erkennen für niemand Freiheit an, sich über den Parteitagsbeschluß hinwegzusetzen. Wenn Fischer auf das jederzeit mögliche Eingreifen des Parteivorstandes hinweist, so berufe ich mich darauf, daß Bebel uns geraten, in der Politik Mißtrauen zu haben. Wenn die Genossen die Erklärung, daß sie sich fügen, nicht geben können, dann haben sie ihre Mandate niederzulegen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vertagungsantrag Lehmann wird abgelehnt.

Vogtherr (Wiesbaden):

Wir stellen fest, daß nicht die Majorität die Minorität veranlaßt hat, sich zu entfernen. Es handelte sich für die Badener nur darum, ob sie sich noch im letzten Augenblick dazu verstehen wollten, eine runde Zustimmungserklärung zur Forderung des Parteitags zu geben. Die Erklärung Franks war verklausuliert. Wir sind von einer Nachgiebigkeit zur andern geschritten, bis uns die Geschichte zu dumm geworden ist.

Dr. Rosenfeld (Berlin) beantragt Schluß der Debatte, Katzenstein Aussetzung der Abstimmung auf morgen, es sei sehr wahrscheinlich, daß die Süddeutschen morgen eine befriedigendere Erklärung abgeben.

Schluß der Debatte wird angenommen.

Ein weiterer, auch vom Bureau gestellter Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Haase (Königsberg) zieht den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, Hoch (Hanau) nimmt ihn jedoch wieder auf.

Während der

namentlichen Abstimmung

wird eine Delegiertin ohnmächtig; sie wird aus dem Saale getragen. Die Abstimmung ergibt die Annahme des neuen Antrags Zubeil

mit 228 gegen 64 Stimmen.

Dagegen stimmen:

Bahrdt, Bartel, Bartels, Beims, Binias-kiewicz, Böhmer, Breh, Brückner, Bromme, Diener, Dietz, Diettrich, Dreckshage, Ernsting, Richard Fischer, Gustav Fischer, Fritsch, Göhre, Grunert, Grahn, Hasenzoll, Hauschildt, Heckel, Held, August Hoffmann, Karl Hoffmann, Paul Hoffmann, Jung, Katzenstein, Keil (Stuttgart), Klühs, Kiement, Knache, Leinert, Levi, Mücke, Joseph Meyer, Neukirch, Peus, Reese, Ritter, Rößler, Ruhl, Sailer, Seel, Severing, Schneider, Steinführ, Stolten, Schlicke, Schliestedt, Scholich, Schöne, Thiele (Halle), Tönebön, Ulrich (Offenbach), Walter (Höchst), Wasner, Weber, Wenzel, Wetzker, Wicklein, Witti, Wittich.

Vorsitzender Dietz:

Ich denke, daß wir jetzt vertagen. (Heiterkeit.) Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 11¾ Uhr! —

* * *

Vierter Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

Vorsitzender Klühs

eröffnet die Verhandlungen um 9¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die

parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

Berichterstatter ist

Abg. Noske:

Ich habe nur über eine kurze Tagung des Reichstags Bericht zu erstatten. Viel Gutes können wir Ihnen über die Verhandlungen des letzten Jahres nicht mitteilen. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten vor ihren Wählern in den letzten Monaten Bericht erstattet haben, dann werden sie ohne Ausnahme erklären müssen, daß sie aus dem Reichstag fast mit ganz leeren Händen wieder heimgekommen sind. In dieser Tagungsperiode vom 30. November bis zum 10. Mai stand fortgesetzt noch die Frage der sogenannten Reichsfinanzreform im Vordergrunde des Interesses. Der skandalöse Plünderungszug auf die Taschen des deutschen Volkes hat zur Folge gehabt, daß ein wahres Tohuwabohu zwischen den bürgerlichen Parteien eingerissen ist. Die Erbitterung der bürgerlichen Parteien aufeinander ist immer noch außerordentlich groß. Abgesehen von sonstigen Meinungsverschiedenheiten sind die Parteien des neuen

schwarzblauen Blocks

erbost darüber, daß von den Liberalen fortgesetzt die Steuerfragen bei der Agitation in den Vordergrund des Interesses gezogen werden. Die Liberalen sind empört und wütend darüber, daß ihre Bülowblockherrlichkeit ein Ende erreicht hat und daß sie im wahren Sinne des Wortes von den Konservativen mit Fußtritten aus dem Block herausgeworfen sind. Auch wir wollen dem schwarzblauen Block seinen Raubzug nicht vergessen. Aber wir werden uns natürlich auch daran erinnern, daß die Liberalen bereit waren, ebenfalls 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen. Auch Bülow ist mit seinem Block in den Abgrund gefallen. Neue Männer sind gekommen. Die Rückständigkeit der politischen Zustände ist daran sehr deutlich zu erkennen, daß es den neuen Männern möglich war, 5 Monate ohne jede Kontrolle der Volksvertretung die Geschäfte zu führen. Selbstverständlich hat die Fraktion bei der ersten Gelegenheit gegen diese unhaltbaren Zustände Protest erhoben.

In der bürgerlichen Presse stellt man den neuen Reichskanzler als einen weltfremden Mann hin. Aus der Entfernung sehen Weltfremdheit und Unfähigkeit einander außerordentlich ähnlich. (Zustimmung.) Wir wissen, daß es bei allen Maßnahmen des Reichskanzlers immer anders gekommen ist, als er selbst erwartet hat. Bethmann wollte abwarten, bis Beruhigung bei den bürgerlichen Parteien eingetreten sei. Deshalb hat er die Einberufung des Reichstags nach Möglichkeit verschoben. Die zur Verfügung stehende Zeit wurde dadurch aufs äußerste beschränkt. Wer einen andern an einer freiwilligen Arbeit hindert, sollte nach dem Willen des Kaisers zu Zuchthaus verurteilt werden. Die Regierung hätte daher unmittelbar nach Zusammentritt des Reichstags zum Teufel gejagt werden müssen. Den bürgerlichen Parteien war das nicht unangenehm, daß der Reichstag so spät zusammentrat, weil sie damit unangenehmen Erörterungen zunächst noch aus dem Wege gingen. Die Fortschrittler haben im Reichstag Unzufriedenheit gezeigt wegen des späten Zusammentritts. Sie gebärden sich jetzt nach dem Zerschellen des Bülowblocks radikaler als in den letzten Jahren. Daß dieser Radikalismus vorhält, daß er echt ist, daran ist schwer zu glauben, wenn man sich erinnert, wie würdelos vielfach die Haltung der Fortschrittler gerade während der Dauer der Blockherrlichkeit gewesen ist.

An Sensationen hat es während der diesmaligen Tagung des Reichstags nahezu vollständig gefehlt. Die Finanzreform sollte im Zeichen der Sparsamkeit stehen. Von Sparsamkeit ist denn auch fortgesetzt im Reichstage geredet worden, herausgekommen ist aber dabei verteufelt wenig. Lediglich einzelne Kasernenbauten, Exerzierplätze und andre Dinge sind vorübergehend zurückgestellt worden. Sie werden aber nachkommen, und werden dann den Etat schlimmer belasten, als wenn sie im regelmäßigen bisherigen Turnus beschlossen worden wären. Da wo Sparsamkeit geübt worden ist, ist es zum Teil zum direkten Schaden von Handel und Verkehr und nicht zuletzt auch der Arbeiter geschehen, wie zum Beispiel beim Postetat, wo große Beträge bei den einmaligen Ausgaben zur Ausdehnung des Telegraphen- und Telephonnetzes abgesetzt worden sind, worunter der Verkehr leidet und eine ganz erhebliche Anzahl von Arbeitern der Telegraphenverwaltung auf die Straße gesetzt worden ist.

Recht erheblich gesteigert sind von der bürgerlichen Mehrheit abermals die fortlaufenden Ausgaben für Heeres- und Marinezwecke. Es kann den bürgerlichen Parteien offenbar das Heer gar nicht teuer genug werden; sie haben es ganz besonders in das Herz geschlossen mit Rücksicht auf die Verwendung, die es im Lande selber gegen die arbeitende Bevölkerung finden kann. Ist doch während der Dauer des Reichstags notwendig gewesen, mit allem Nachdruck Stellung dagegen zu nehmen, daß ein Teil des Heeres dazu Verwendung fand, die

streikenden Mansfelder Arbeiter zu Paaren

zu treiben. (Hört, hört!) Die Idee der Verständigung zwischen den einzelnen Völkern über die Beschränkung der Rüstungen hat bei der Regierung nach wie vor keine Gegenliebe gefunden. Natürlich ist sie von der sozialdemokratischen Fraktion mit allem Nachdruck propagiert worden. Mit einer gewissen Genugtuung können wir darauf verweisen, daß allerdings bei den Verhandlungen über die Frage besonders einer Verständigung mit England wegen der Flottenrüstungen auch bürgerliche Redner der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß wie bisher das Tempo der Rüstungen nicht fortgesetzt werden könne, daß der Idee der Verständigung über die Beschränkung der Flottenrüstungen näher getreten werden müsse.

Bei der Steigerung der Flottenausgaben ist man zum Teil sogar über das Flottengesetz hinausgegangen durch größeres Deplacement, stärkere Armierung, als vorgesehen war. Selbstverständlich sind die

Schulden des Reiches

durch die bürgerlichen Parteien abermals gesteigert worden. Die fünfte Milliarde Schulden wird im Reich in gar nicht allzu langer Zeit voll gemacht werden. Gespart wurde bei Kulturausgaben und bei all den Ausgaben, bei denen es sich um die Interessen der Aermern, der Arbeiter handelte. So hatte man zum Beispiel bei Erhöhung der Besoldung der Offiziere in Aussicht gestellt, auch den

Sold für die Soldaten

um 8 Pfg. erhöhen zu wollen. Dann hatte man aber kein Geld dazu, und lediglich dem Drängen der sozialdemokratischen Fraktion ist es zu verdanken, daß in einem Nachtragsetat für 1909 3 Millionen gefordert wurden, für die in Zukunft den Soldaten Putzzeug geliefert wird. Welche Blamage ist das für das Reich, daß es noch immer

seine Kriegsveteranen hungern

läßt. Man hat aus Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr der Schlachten auf den französischen Feldern wieder in den höchsten Tönen die Kriegsveteranen gefeiert und hat erleben müssen, daß in diesen Festtagen hungernde Veteranen Selbstmord verübt haben. (Hört, hört!) Der neue Schatzkanzler Wermuth ist ein Gemütsmensch. Er hat die Veteranen dadurch getröstet, daß er in den letzten Tagen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" schreiben ließ, daß in andern Ländern die Veteranen noch mehr und noch zahlreicher hungern. (Hört, hört!) Ein geradezu unerhörter Skandal ist, wie die Reichstagsmehrheit und die Regierung mit den bedauernswerten Opfern ihrer Steuergesetzgebung, mit den

auf die Straße gesetzten Streichholzarbeitern

umspringen. Obgleich durch eine Resolution Unterstützung gefordert worden ist, zahlt die Regierung keinen Pfennig. Sie vertritt offenbar den Standpunkt, mögen sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind. Nach diesem Grundsatz handelt der Reichsschatzsekretär Wermuth auch in der Frage der Unterstützung der durch die Steuerreform des Schnapsblocks

auf die Straße geworfenen Tabakarbeiter.

Ihre Arbeitslosigkeit ist infolge der Steuererhöhungen viel größer geworden, als zuerst angenommen worden war. Es war trotz aller Mühe nur zu erreichen, daß mit einem ganz kleinen Betrag über die doch ohnehin so geringe gesetzliche Unterstützungssumme von 4 Millionen Mark hinausgegangen wurde. Wermuth steht auf dem Standpunkt, daß der arbeitslose Tabakarbeiter, wenn er unterstützt würde, die Lust zur Arbeit ganz verlieren würde, und er schlägt deshalb das kürzere Verfahren ein, die außerordentlich billige Radikalkur anzuwenden, daß man die Arbeiter einfach verhungern läßt.

In der Sozialreform sind wir fast gar nicht vorangekommen. Der neue Staatssekretär des Innern, Delbrück, ist noch mehr wie sein Vorgänger ein Staatssekretär

gegen die Sozialreform.

Es ist aus dem letzten Winter überhaupt nur auf einen einzigen nennenswerten Fortschritt der Sozialreformgesetzgebung hinzuweisen, nämlich auf das Stellenvermittlungsgesetz, dem wir zustimmen konnten, nachdem es durch die Arbeit unsrer Genossen in der Kommission einige Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustand bringt. Wo die bürgerlichen Parteien zur Sozialreform Stellung nehmen müssen, werden sie sich auch weiter bemühen, das Rezept der weißen Salbe anzuwenden. (Sehr richtig!) Wenn es gelingen sollte, bei den weitern sozialpolitischen Vorlagen, insbesondere bei der Reichsversicherungsordnung, Verbesserungen zu erreichen, so wird das nur der Furcht der bürgerlichen Parteien vor den nächsten Reichstagswahlen zu verdanken sein. Die mir zur Verfügung stehende Zeit gestattet nicht, daß ich hier darüber berichte, wie die Fraktion zu den einzelnen auftauchenden Fragen sich gestellt hat.

Ich glaube behaupten zu können, daß die Fraktion ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen getan, daß sie aus eigner Initiative eine ganze Reihe notwendiger Aktionen eingeleitet hat; aber die von uns eingebrachten Anträge und Gesetzentwürfe kommen fast gar nicht zur Verhandlung, da von den Schwerinstagen beinahe gar nicht mehr Gebrauch gemacht wird. In einer

ganzen Reihe von Interpellationen

haben wir die Regierung vor dem Forum des Reichstags und damit des Volkes zur Rechenschaft gezogen. Wir haben insbesondere nichts unversucht gelassen, auch im Reichstag den Wahlrechtskampf unsrer preußischen Genossen zu unterstützen. Daß wir fleißig gearbeitet, erkennen selbst unsre Gegner an. Ich habe auch in der Parteipresse eine Kritik der Tätigkeit der Fraktion nicht gefunden. Wenn so wenig für das arbeitende Volk erreicht wurde, dann sind nicht wir daran schuld, sondern die Verantwortung tragen restlos die bürgerlichen Parteien. Selbst Wermuth mußte aussprechen, daß die Arbeiter verstanden haben, sich innerhalb und außerhalb des Reichstags eine starke wirkungsvolle Vertretung zu verschaffen. Es liegt an den Arbeitern, diese Vertretung so stark zu machen, daß sie unwiderstehlich wird.

Es dürfte vielleicht

zum letztenmal vor den Neuwahlen

diesmal der Fraktionsbericht erstattet werden, wenn auch die Mandatsdauer des Reichstags erst im Januar 1912 endet. Die Regierung betrachtet den Reichstag als eine Art lästiges Uebel; seine Aufgabe soll in der Hauptsache sein, Geld zu bewilligen, denn Geld beschaffen, das können die gekrönten Instrumente des Himmels nicht. (Sehr gut!) Die Männer von Gottes Gnaden verstehen Geld zu nehmen, selbst in den Zeiten, in denen die Massen des Volkes allen Schäden der Unterernährung ausgesetzt sind, die durch die

ungeheuern Preise des Fleisches und aller Lebensmittel

in Deutschland verursacht wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Reichstag seine Lebenszeit auslebt, sondern es ist viel wahrscheinlicher, daß schon vorher zwar nicht der Leutnant mit zehn Mann, wie uns Herr von Oldenburg ankündigte, sondern der Major v. Bethmann-Hollweg dem Reichstag ein Ende machen wird.

Bethmann-Hollweg läßt einen Sammelruf um den andern an die bürgerlichen Parteien ergehen, und auch der Kaiser stimmte in seiner Marienburger Rede ein.

Man sucht nach einer Wahlparole.

Wie ein Blinder mit dem Krückstock sucht Bethmann-Hollweg zu erkunden, wie die Stimmung im Lande und wie die Absichten der bürgerlichen Parteien sind. Aber wir müssen gestehen, man zeigt da viel Sinn für das, was dem deutschen Volke not tut, denn in den Tagen, wo wie jetzt wütende Empörung über den Mangel an Nahrung die Massen erfüllt, läßt der Reichskanzler seine Presse diskutieren, ob die Frage der Aufrechterhaltung und womöglich noch Steigerung der Hochschutzzölle zur Wahlparole gemacht werden könnte. (Hört, hört!) Das könnte uns gewiß recht sein, wenn der Großgrundbesitzer von Hohenfinow versuchen würde, unter dieser Parole das Bürgertum gegen uns zusammenzufassen. Aber er wird gar nicht nötig haben, sich zu strapazieren, wir selbst werden dann die Schutzzollfrage zur Wahlparole machen, aber wir werden rufen: Nieder mit den Wucherzöllen (Bravo!), die dem Volke den kümmerlichen Ertrag seiner Arbeit zugunsten der Junker und Großkapitalisten rauben und das ganze Volk in die schweren gesundheitlichen Folgen der Unterernährung stürzt. (Lebhafter Beifall.) Mit dieser Wahlparole, das glaube ich wohl, werden wir ein lautes Echo finden.

Bethmann-Hollweg überlegt zweifellos und mit ihm die bürgerlichen Parteien, wie man mit einer hurrapatriotischen Wahlparole bei den nächsten Wahlen Geschäfte machen könnte. Herr v. Bethmann-Hollweg hat allerdings einmal gesagt, daß er kein Freund der hurrapatriotischen Phrase sei, aber schließlich gibt nur ein Schelm mehr als er hat. Eine

neue Militärvorlage

wird zurechtgebraut oder ist fertiggestellt und wird zweifellos dem Reichstag bei seinem Zusammentritt zugehen. Wie die höheren Militärausgaben bezahlt werden sollen, ist absolut unerfindlich. Bringen doch die neuen Steuern bei weitem nicht so viel Ertrag, wie man in Aussicht genommen hat. Zwar wird erklärt, daß die sogenannte Reichsfinanzreform nicht ein vollständiges Fehlergebnis ergeben habe, aber immerhin sei doch damit zu rechnen, daß der Ertrag um 120 Millionen geringer ausfällt. Der Staatssekretär hat während des letzten Winters kein Hehl daraus gemacht, daß er damals noch völlig unklar war, wie der Etat für 1911 zu balancieren sei. Auch 1910 ist der Etat nur dadurch mit Ach und Krach zur Balancierung gebracht, daß man abermals zu großen Anleihen seine Zuflucht nahm. Wir sind uns darüber klar, daß wir angesichts der Geschäftigkeit unsrer Gegner und der Bestrebungen der Regierung und des Kaisers, die bürgerlichen Parteien zusammenzuführen, allen Anlaß haben auf der Hut zu sein, und darauf zu achten, daß nicht wieder wie 1906 ein Handstreich gegen uns versucht wird. Allerdings bin ich überzeugt, daß wir uns nicht nur nicht übe · rumpeln lassen werden, sondern daß ganz allgemein in der Partei der Wunsch rege ist, daß der

Tag der Abrechnung

mit den bürgerlichen Parteien so früh als möglich kommen möge. Ganz gleich, welcher Art die Parole ist, wir vertrauen auf die wachsende Einsicht der Volksmassen. Das deutsche Volk ist seit 1907 zu sehr gebüttelt und betrogen worden. Den Wählern, die auf den Hottentottenschwindel hineingefallen sind, sind als Lohn Prügel auf den Magen versetzt worden wie noch nie. Man kann daher wohl annehmen, daß das Volk von jeder Besinnung verlassen sein müßte, wenn es abermals auf einen Wahlschwindel hereinfallen würde. Durch Schaden muß doch sogar der deutsche Spießbürger klug werden. Gibt es doch außer den Agrariern und Panzerplattenfabrikanten keine Bevölkerungsschicht, deren Erwartungen nicht auf das schmählichste getäuscht worden sind. Keins der letzten Wahlversprechungen ist gehalten worden. Auch in der letzten Tagung des Reichstags ist nichts geschehen, was geeignet wäre, den Unwillen der Massen über die Taten der Mehrheit zu verringern. Was ist aus den Versprechungen in bezug auf die Sozialreform, hinsichtlich der Privatbeamten, die unter der Teurung und unter der Unsicherheit ihrer Existenz schwer zu leiden haben, geworden? Als 1907 bekannt wurde, daß die sozialdemokratischen Mandate fast auf die Hälfte zusammengedrückt, sei da erklärte man: Nun erst recht Sozialreform, um den Arbeitern zu zeigen, daß auch ohne eine starke sozialdemokratische Fraktion im Reichstag etwas für die Arbeiter getan wird. 1907 und 1908 ist aber nichts für die Arbeiter geschehen, weil man wie in einem Taumel Geld mit vollen Händen herauswarf, das noch dazu gepumpt war. Man hat 1909 keine Zeit gehabt, an die Arbeiter zu denken, weil man die Kassen des Reiches durch den großen Steuerraub füllen mußte, unter dem auch die bürgerlichen Parteien zu leiden haben. 1909 wurde eingeleitet dadurch, daß man beschloß, die

Witwen- und Waisenversicherung nicht

in Kraft treten zu lassen. Besonders das Zentrum betrog dabei die Arbeiter. Für alles andre war Geld zu haben, bloß nicht für die Witwen und Waisen. Mit den hungernden Witwen und Waisen darben die Massen des Volkes infolge jener unheilvollen Zollgesetzgebung, und kommt die Witwen- und Waisenversicherung zustande, dann werden die Arbeiter zu der Schädigung durch die Teurung auch noch höhere Beiträge für die Sozialgesetze zu zahlen haben. Und da stellt sich der Staatssekretär gegen Sozialreform, Delbrück, im Reichstag hin und stöhnt darüber, daß es leider durch die soziale Gesetzgebung noch immer nicht gelungen sei, die Arbeiter mit der bestehenden Gesellschaftsordnung auszusöhnen! Eine sonderbare Art der Versöhnungspolitik ist es auch, daß die Regierung jetzt keinen Finger rührt, um dafür zu sorgen, daß die Fleischteurung gemildert wird, weil die Agrarier es ihr verbieten. (Sehr wahr!) Auf unsre Interpellationen hat die Regierung immer erklären lassen,

die Teurung

sei eine vorübergehende Erscheinung, und mit derselben faulen Redensart begründet man auch jetzt, daß Abhilfemaßregeln nicht geschaffen werden sollen. Es ist ein verteufelt schlechter Trost für die Hungernden, daß sie die Aussicht haben, in absehbarer Zeit wieder zu erträglichen Preisen Nahrungsmittel kaufen zu können, aber lebendig werden dadurch die Kinder nicht gemacht, die infolge der mangelnden Ernährung zugrunde gehen. (Sehr gut!) Wieder gutgemacht werden kann nicht das Unrecht, das an denen begangen wird, die infolge der Teurung zu Eigentumsvergehen gedrängt werden und die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen. (Sehr gut!) Wenn der Regierung daran läge, daß dem Volke geholfen wird, dann würde jetzt der Reichstag tagen, um Maßregeln zu beraten, wie es der armen, besitzlosen Masse leichter gemacht werden kann, sich satt zu essen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Reichstag müßte in dieser Zeit auch deswegen tagen, um erneut Stellung zu nehmen gegen das

persönliche Regiment.

Parteigenossen, der Kaiser redet wieder. Erneut rief Wilhelm 2. Beunruhigung dadurch hervor, im Inland sowohl wie im Ausland, daß er entgegen der Zusicherung, die Reichskanzler Bülow im Dezember 1908 gegeben hat, abermals einwirkt auf die politischen Ereignisse durch seine Reden, daß er dadurch, wenn auch ungewollt, Erregung und Unsicherheit hineinträgt in die deutsche Politik. Durch seine Königsberger Gottesgnadenrede hat der Kaiser erneut das Bekenntnis zum Absolutismus abgelegt. Unbeirrt um die Meinung des Volkes, um die Tagesansichten will Wilhelm 2. seine Wege gehen. Wir werden den Rat, den er uns vor Jahren gegeben hat, niemals befolgen, den Staub von den deutschen Pantoffeln zu schütteln. (Bravo!) Wir werden allerdings nichts unversucht lassen, um dafür Sorge zu tragen, daß den Vertretern der Gottesgnadenideen die Luft drückend wird im deutschen Vaterlande. (Lebh. Bravo!) Vor zwanzig Jahren hat Wilhelm 2. dem deutschen Volke zugerufen: Herrlichen Tagen führe ich Euch entgegen. Wir haben endlich genug von dieser Sorte von Herrlichkeit, die uns beschert worden ist (Bravo!), und die darin besteht, daß breite Bevölkerungskreise hungern, daß die Ausgaben für Heer und Flotte ständig wachsen, die Schuldenlast des Reiches sich ungeheuerlich vermehrt, das Reich nahezu an den Abgrund des Bankrotts getrieben ist. Zu den schweren Verschuldungen der bürgerlichen Parteien gehört nicht zuletzt, daß sie

in jenen Novembertagen

aus Anlaß der Kaiserdebatte nur r e d e t e n, anstatt hinterher auch zu handeln. Sie haben es versäumt, damals dem persönlichen Regiment in Deutschland ein für allemal ein Ende zu bereiten. (Sehr wahr!) Die sozialdemokratische Fraktion hat es damals wie im letzen Winter nicht an der Forderung fehlen lassen, durch Aenderung der Verfassung endlich aus dem Deutschen Reich ein modernes freiheitliches Land zu machen. Das Bürgertum hat dabei versagt, trotzdem die Regierung damals in ihrer Finanznot vollständig abhängig war von der Volksvertretung und alles hätte zugestehen müssen. Wir sind uns darüber klar, daß auch, wenn es zu neuen Kaiserdebatten im Reichstag kommen wird, sobald der Reichstag zusammentritt, wir auf nennenswerte Unterstützung durch die bürgerlichen Parteien kaum zu rechnen haben werden. Es wird der Arbeiterklasse vorbehalten bleiben, Deutschland zu einem freiheitlichen, einem demokratischen Lande zu machen. Dem Bekenntnis des Kaisers zum Gottesgnadentum und Absolutismus setzen wir bei den kommenden Wahlen entgegen die Forderung nach der Republik. (Lebh. Beifall.) Wir werden bei den kommenden Wahlen das Volk dazu aufrufen, daß es nicht länger seine Geschicke den gekrönten Instrumenten des Himmels anvertraut. (Bravo!) Das deutsche Volk ist mündig geworden und muß das bei den nächsten Wahlen zum Ausdruck bringen. Das deutsche Volk kann sich das absolutistische Regierungssystem nicht länger gefallen lassen. Die nächsten Wahlen werden wir unter der Parole führen, daß

endlich in Deutschland der Wille des Volkes

höchstes Gesetz werde. (Lebhafter Beifall.) Und wir sind sicher, daß bei diesem Kampfe, bei diesem Streben auch in Zukunft die deutsche Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterklasse e i n i g u n d g e s c h l o s s e n w i e e i n M a n n den Kampf führen wird. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte.

Mit zur Debatte stehen die Anträge 38, 39, 40 und 84, die sämtlich unterstützt werden.*)

Bromme (Lübeck):

Mit dem Antrag 84 soll durchaus nicht gesagt sein, daß unsre Fraktion nicht zu jeder Zeit ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätte. Seit Jahren betrachten die Schergen des Blutzaren auch das Land innerhalb der schwarzweißroten Grenzpfähle als ihre Domäne und häufen dort Verbrechen auf Verbrechen, sie sind aber niemals von der Regierung angehalten worden, den an Leib und Leben Verletzten genügende Entschädigung oder Genugtuung zu leisten; sie sind es eben gewohnt, ihre Hausknechte und Spitzelbuben mit Fußtritten zu regalieren. Es wird endlich Zeit, daß bei der nächsten Grenzverletzung der Regierung das Rückgrat gesteift und sie aufgefordert wird, ihre Reichsangehörigen zu schützen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Fraktion zu überweisen.

Dittmann (Solingen)

begründet den Antrag 40. Der Antrag spricht ja eigentlich etwas Selbstverständliches aus, und jeder von uns wird wohl annehmen, daß die Fraktion eine eingehende und gründliche Kritik an der Wahlrechtsjustiz und der Streikjustiz üben wird, auch ohne daß sie dazu aufgefordert wird. Wenn trotzdem der Antrag gestellt ist, so vor allem, damit hier vor dem Parteitag aufgefordert werden kann, daß alle Parteiorte, in denen während des letzten Jahres in bezug auf S t r e i k- u n d W a h l r e c h t s p r o z e s s e besonders Hahnebüchenes geleistet ist, das nötige Material an die Fraktion einsenden, um sie in den Stand zu setzen, auch wirklich gründliche Abrechnung mit der Klassenjustiz zu halten.

Ich glaube, es mir ersparen zu können, im einzelnen noch viel Sachliches zur Begründung zu sagen, denn die Strafprozesse, die seit Beginn dieses Jahres aus Anlaß unsrer imposanten Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen, Braunschweig und andern Bundesstaaten auf unsre Genossen geradezu herabgeprasselt sind, sind Ihnen allen bekannt. Mit Gefängnis und mit Geldstrafen hat man versucht, unsre Wahlrechtsbewegung zu ersticken und uns die Lust zu neuen Vorstößen zu nehmen. Sie kennen ja die

Urteile gegen Wahlrechtsdemonstranten,

gegen Versammlungs- oder Organisationsleiter und gegen Redakteure. Sie werden jedenfalls auch gelesen haben, in welch flagrantem Widerspruch in diesen Prozessen meist die eidlichen Aussagen der Polizeibeamten zu den eidlichen Aussagen der Zivilzeugen gestanden haben und wie anderseits von den Gerichten in fast allen Fällen direkt oder indirekt die eidlichen Aussagen der Zivilzeugen für unglaubwürdig und die der Polizeizeugen ohne weiteres für absolut glaubwürdig erklärt sind. Kein Wunder, daß da die Polizisten gegen die Wahlrechtsdemonstranten vielfach gehaust haben wie in Rußland. Ein krasses Beispiel aus der Streikjustiz will ich erwähnen. Mir ist bekannt, daß der oberste Leiter der Polizeibehörde, der Polizeiinspektor, an die Leiter des betreffenden Verbandes, in deren Hand die Leitung des Streikes lag, einen Brief schrieb, in dem es hieß: Ich werde nicht dulden, daß hundert Schritt auf- und abwärts der Fabrik Streikposten stehen. Das Recht auf Streikpostenstehen ist also direkt außer Kraft gesetzt worden. Vor Gericht erklärte der Herr unter seinem Eid, er hätte keinen Befehl gegeben, Streikposten nicht zu dulden. Trotzdem erklärte das Gericht in seiner Urteilsbegründung: Zwischen dem Schreiben des Polizeiinspektors und seiner eidlichen Aussage besteht keinerlei Widerspruch. Solche Beispiele könnten zu Hunderten aus dem Lande angeführt werden. Ich bitte Sie, derartiges Material zu sammeln und der Reichstagsfraktion zu überweisen. (Beifall.)

Klara Zetkin:

Es liegt ein Antrag vor, der Reichstagsfraktion nahezulegen, nach dem Muster Italiens einen Gesetzentwurf einzubringen gegen die mißbräuchliche Zuführung von A l k o h o l a n K i n d e r. Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich weise nur auf die Berge von statistischem Material und Zahlen, auf die unanfechtbaren wissenschaftlichen Tatsachen hin, die beweisen, daß der Alkoholgenuß durch Kinder zum körperlichen Ruin führen muß. Mit der körperlichen Gesundheit wird aber auch die geistige und sittliche Gesundheit der Jugend vernichtet. Jede Gesellschaft, die ein gesundes Geschlecht heranziehen will, muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln g e g e n d e n A l k o h o l g e n u ß d e r J u g e n d auftreten. Die kapitalistische Gesellschaft tut das ja nicht, weil sie den Profit einiger weniger, die an der Produktion und an dem Verkauf von Alkohol interessiert sind, nicht hindern will. Die Arbeiterklasse aber, die eine Klasse der Zukunft ist, kann diesen Dingen nicht ruhig zusehen. Die körperliche, geistige und sittliche Gesundheit der Jugend gehört zu den wichtigsten Faktoren, die den Sieg des Proletariats für die Zukunft verbürgen. (Lebhafter Beifall.)

Hackelbusch (Berlin):

Auch ich bitte den Antrag als Material zu überweisen. In einem Artikel der „Pädagogischen Zeitung" wird die schädliche Wirkung des Schnapses auf Kinder in krasser Weise geschildert. Danach erhielten im Kreise Rummelsburg in Pommern die Kinder, die bei einem Gutsbesitzer arbeiteten, zum Frühstück, zum Mittag und zur Vesper Schnaps. Jedesmal erhielt ein Kind ein kleines Maß. Das ging so 4 bis 6 Wochen lang. So wird das Fundament zum späteren Säufer gelegt. Der Schnaps gilt dabei als ein Teil der Entlohnung und wird auf den Lohn angerechnet. (Hört, hört!) Solchen Mißständen muß entgegengetreten werden. (Beifall.)

Engler (Freiburg)

In der Schweiz ist vor 2 Jahren ein A b s i n t h v e r b o t erlassen worden. Das war notwendig wegen einiger grausamer Verbrechen, die nach starkem Absinthgenuß begangen wurden. Nun haben die Absinthfabriken ein großes Absatzgebiet verloren. Daher versuchen sie nun, in Süddeutschland ihr Gift abzusetzen. (Hört, hört!) Dagegen müssen wir einschreiten, ehe dieses Gift seine stetige Wirkung ausübt. (Sehr richtig!) Es ist auch unsre verdammte Pflicht, die Genossen darauf hinzuweisen, daß Sonntag nachmittags, wenn sie im Biergarten sitzen, die lieben Kinder nicht von jedem Glase Bier oder Schnaps etwas abhaben müssen. (Beifall.)

Olion (Aachen):

Nehmen sie Antrag 38 einstimmig an. Speziell in Aachen herrschen noch Mißstände. Unsre Jugendorganisationen werden vom Zentrum, der Klerisei und den „Christlichen" aufs schärfste bekämpft. Vor 3 Wochen hat sich etwas ganz Unglaubliches ereignet. Im k a t h o l i s c h e n V e r e i n wurde eine V e r l o s u n g v o n — s e c h s L i t e r n S c h n a p s veranstaltet (Lebhaftes Hört, hört!) Und die Mitglieder des christlichen Jünglingsvereins gingen in die Fabriken und Häuser, um die Lose an den Mann zu bringen. Es waren 200 Lose zu 10 Pfg. Wir kamen dahinter und ließen in der „Rheinischen Zeitung" einen Artikel los, der natürlich erzieherisch wirkte insofern, als die Jünglinge nicht weiter mit den Losen herumgeschickt wurden, sondern daß die Verlosung in einem katholischen Vereine stattfand. Das geschah in Aachen am Tage St. Peter. (Stürm. Hört, hört!) So wird die katholische Jugend mißbraucht, um Lose für eine Schnapslotterie zu verkaufen. Ich möchte auch deshalb ersuchen, den § 38 bestimmt anzunehmen. (Beifall.)

Wurm (Berlin):

Im engen Zusammenhang mit unsern Bestrebungen, die Jugend gegen die alkoholische Vergiftung zu schützen, stehen die Bestrebungen, die g a n z e Bevölkerung überhaupt vor der Alkoholvergiftung zu bewahren. Wir wissen ja nicht genau oder können nicht zahlenmäßig feststellen, wie der Aufruf der Partei an die A r b e i t e r, sich des

Schnapskonsums unbedingt zu enthalten,

sowohl aus gesundheitlichen Gründen als auch um den Junkern nicht die Tasche zu füllen, Wirkung getan hat. Aber wenn auch die Statistik des Branntweinverbrauchs mit Hilfe der Spirituszentrale verschleiert wird, so ist doch zweifellos der Schnapskonsum bedeutend zurückgegangen, und daß dieser Rückgang nicht unbeträchtlich sein muß, wird dadurch bewiesen, daß sich die Junker und ihre Regierung beraten, einen heimtückischen Streich gegen die Schnapsboykottbewegung zu führen. (Hört, hört!) Sie wissen, der Profit der Junker entsteht dadurch, daß die Menge des trinkbaren Branntweins gesetzlich beschränkt, kontingiert wird. Dieses Kontingent, das mit einem niedrigeren Steuersatz belegt ist, wird stets so festgesetzt, daß es den Verbrauch nicht deckt. Nun wirkt natürlich der ü b e r das Kontingent hinausgehende Verbrauch p r e i s b i l d e n d auf den g e s a m t e n Spiritusbedarf. In dem Augenblick, wo der Konsum herabsinkt auf das gesetzlich festgestellte Kontingent mit dem niedrigen Steuersatz, verschwindet der Extraprofit der Junker, die L i e b e s g a b e. Durch unsern Aufruf an die Arbeiter ist der Schnapsverbrauch soweit zurückgegangen, daß er dieser Grenze sich offenbar nähert, so daß es möglich erscheint, das Volk vor der aufreizenden Liebesgabe, von der Sondergabe an die Junker zu befreien. In dem Augenblick, wo nun das Volk Anstalten macht, sich diese Befreiung durch die Enthaltung vom Schnaps zu verschaffen, beschäftigt sich der Bundesrat mit dem Plane, die Liebesgabe herabzusetzen. (Stürmisches hört, hört!) Damit der Rückgang des Konsums den Profit nicht schädige, und

das Volk auch weiter so ausgebeutet

werden kann. Das wurde ausgeplaudert von einem jener Brenner, die mit der geplanten Herabsetzung des Kontingents unzufrieden sind. Die S p i r i t u s z e n t r a l e, diese Riesenmacht von Junkern, Bankenkapitalisten, hat längst großen Einfluß auf die Regierung und den Bundesrat. Voraussichtlich wird schon in der nächsten Reichstagssession ein solches Vorgehen des Bundesrats zu erwarten sein. Dabei ist noch zu betonen, daß jene agrarischen Volksvergifter und Volksausräuber den Konsum im Inlande dadurch künstlich verteuern, daß sie fast mit Schaden und u n t e r dem Preise n a c h d e m A u s l a n d e v e r k a u f e n. Dieselben Herren, die sich nicht genug tun können in Beteurungen ihres Patriotismus, sorgen so mit Unterstützung der für die Volksgesundheit verantwortlichen Regierung für ihre Tasche, indem sie den Markt von dem Schnaps befreien, den die Arbeiter nicht mehr trinken, um den Preis noch weiter hinauftreiben zu können. In dreifacher Weise plündern sie die Elendesten und Aermsten und wir protestieren hier auf das energischste dagegen, daß dieser Wucher, diese Ausbeutung mit Zustimmung aller einzelstaatlichen Regierungen in Nord und Süd fortgeführt wird (lebhafter Beifall), und wir ersuchen die Fraktion, diese Angelegenheit im Auge zu behalten. (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Adolf Geck:

Der Reichstag hat sich bereits mit der Frage der Gefahr des erhöhten A b s i n t h g e n u s s e s beschäftigt, allerdings nur in der Petitionskommission. Ich kann im Augenblick nicht bestimmt sagen, welches das Resultat der Beratungen war. Ich weiß nur, daß es uns nicht gelungen ist, die Angelegenheit vor das Plenum zu bringen. So viel ich weiß, ist die Kommission über die Petition zur Tagesordnung übergegangen, weil eine Mehrheit der bürgerlichen Abgeordneten gegen die Absinthindustrie nicht Stellung nehmen wollte, und, wenn ich mich recht erinnere, auch die Regierungsvertreter erklärt haben, daß die Gefahren noch nicht hinreichend festgestellt seien. Was die Vergiftung durch Alkohol betrifft, so bekommen in bäuerlichen Gegenden bereits K i n d e r zu ihrer angeblichen Beruhigung Schnaps. Ich weiß auch, daß Kirschwasser in sogenannten Schnullern von Hebammen zu diesem Zwecke verordnet wird. (Hört, hört!) Es muß also dahin gewirkt werden, daß in den Lehrkursen der Hebammen die Gefahr geschildert und ein Verbot der Verabreichung von Schnaps an Kinder herbeigeführt wird. (Bravo!)

Katzenstein (Berlin):

Die Bekämpfung des Alkoholgenusses der Jugend muß durch verschiedene Mittel geschehen. Die Jugend muß planmäßig durch die Schule aufgeklärt werden und im übrigen werden Maßnahmen zu treffen sein, die im Rahmen der Gewerbeordnung liegen. Daß hier eine besondere Notwendigkeit besteht, das beweist das reiche Material über die u n g e h e u r e A u s d e h n u n g d e s A l k o h o l g e n u s s e s i n d e r J u g e n d. Es sind darüber in einer ganzen Reihe von Schulen Erhebungen veranstaltet worden. In dem Buch von Hirsch über Verbrechen und Prostitution finden Sie derartiges Material aus Braunschweig und einer Reihe andrer Städte. Daraus ersehen wir, daß in g e r a d e z u u n g e a h n t e m U m f a n g den Kindern bis herab zum jüngsten Bier, Wein, sogar Branntwein zu trinken gegeben wird, und daß das in körperlicher und geistiger Hinsicht auf die Kinder von allerschlimmstem Einfluß ist. In einer Reihe von Städten, wie zum Beispiel in Wien, ist der Zusammenhang zwischen Alkoholismus und Betragen der Kinder untersucht, und es hat sich gezeigt, daß in demselben Maße, wie den Kindern Alkohol gegeben wird, ihre Leistungen herabgesetzt werden und ihr Betragen sich verschlechtert. Es handelt sich also um eine ganz besonders wichtige Frage und ich möchte die Aufforderung von Engler unterstreichen. Es ist eine wichtige Pflicht jedes Parteigenossen und jeder parteigenössischen Mutter, nicht selbst zur Vergiftung der Kinder beizutragen. (Sehr richtig!)

Was nun die Frage des A b s i n t h v e r b o t s anbetrifft, so liegen so schlagende Erfahrungen aus dem Ausland, aus Frankreich und der Schweiz vor, daß wir nicht nötig haben, erst noch die gleichen schlimmen Erfahrungen zu sammeln. Wir warten ja auch nicht ab, bis die Cholera Hunderttausende von Opfern bei uns gefordert hat, sondern treffen vorher unsre Vorkehrungen. (Sehr gut!) Gerade in den politisch freien Ländern, der Schweiz und den skandinavischen Ländern, hat man sich mit Bewußtsein bindende Beschränkungen gegen die Veralkoholisierung des Volkes geschaffen, während in den absolutistisch regierten Staaten, Rußland und Preußen, der Alkoholismus verheerend wirkt.

Nun noch ein Wort zum B r a n n t w e i n b o y k o t t. Auf dem vorigen Parteitag ist er einstimmig mit großer Begeisterung beschlossen worden. Er hat auch gewisse Wirkungen ausgeübt, aber diese Wirkungen sind weit hinter dem zurückgeblieben, was geschehen kann, wenn der ernste Wille vorhanden ist, und das hängt wesentlich von dem Verhalten der maßgebenden Parteiorgane ab. In Breslau ist durch Erhebungen festgestellt, daß in den Arbeiterkneipen der Branntweingenuß außerordentlich zurückgegangen ist, in den Wirtschaften, wo andre Kreise verkehren nicht. (Hört, hört!) Die Breslauer „Volkswacht" hat auch ihre volle Schuldigkeit bei der Propagierung des Branntweinboykotts getan, ebenso wie die Dortmunder „Arbeiterzeitung" und andre Parteiblätter. Es gibt aber auch Parteiorgane, die g e n a u e n t g e g e n g e s e t z t gehandelt haben. Ich erinnere an den Artikel Mehrings in der „Neuen Zeit" und an die „Bremer Bürgerzeitung", die den Beschluß nicht durchzuführen, sondern abzuschwächen versucht haben. In Bremen soll denn auch von den Wirkungen des Boykotts so gut wie nichts zu spüren sein. Wir haben gestern mit großer Mehrheit beschlossen, daß es kein schlimmeres Vergehen gibt, als b e w u ß t e A u f l e h n u n g g e g e n e i n e n P a r t e i t a g s b e s c h l u ß. (Sehr gut!) Das gilt auch für den Schnapsboykott. Ich bitte Sie, dahin zu wirken, daß auch in den Inseratenspalten der Parteiblätter die Konsequenzen aus diesem Parteitagsbeschluß gezogen werden, damit der Beschluß so durchgeführt wird, wie es den segensreichen Absichten, von denen er ausgegangen ist, entspricht. (Lebh. Beifall.)

Henke (Bremen):

Daß von den Wirkungen des Branntweinboykotts in Bremen nichts zu spüren sein soll, ist eine Unwahrheit. Die Behauptung des Genossen Katzenstein in bezug auf die Stellung der „Bremer Bürgerzeitung" stimmt insofern, als diese Zeitung dem Artikel des Genossen Mehring, wonach der Schnapsboykott nicht in der Lage sei, die Wirkungen zu zeitigen, die man sich von ihm versprochen habe, zugestimmt hat. Es ist selbstverständlich erlaubt, an einem Parteitagsbeschluß Kritik zu üben. Der Inhalt des Artikels war, daß, wenn es richtig ist, daß die Trinksitten, „Volkskrankheiten wie Alkoholismus eine Wirkung der jeweiligen ökonomischen Zustände einer Zeit seien, wie das die materialistische Geschichtsauffassung behauptet, selbstverständlich nicht von oben herab durch einen Beschluß des Parteitags die Wirkungen erzielt werden können, die man sich vielfach in Abstinentenkreisen davon versprochen hat. Ich gebe durchaus zu, daß der Trinkbranntwein infolge des Boykotts zurückgegangen ist und ich kann Ihnen als Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung" versprechen, daß dies Organ, wie bisher dem Beschluß des Parteitags die größtmögliche Wirkung zu verschaffen suchen wird. Es ist nicht wahr, daß die „Bremer Bürgerzeitung" sich um diesen Beschluß nicht gekümmert hat. Wenn sie auch ihre gegensätzliche Meinung zum Ausdruck gebracht hat, so hat sie doch, genau wie andre Parteiblätter, die Aufforderung zur Befolgung dieses Beschlusses verschiedene Male bei passenden Gelegenheiten, Gewerkschaftsfesten, Maifeier ꝛc. gebracht. Seien Sie überzeugt, daß die „Bremer Bürgerzeitung" und die Bremer Parteigenossen Parteitagsbeschlüsse achten und ausführen. Wir dachten nicht daran, die Wirkung des Schnapsboykotts abzuschwächen.

Vorsitzender Klühs:

Ich schlage jetzt Vertagung vor. Es ist noch ein Antrag Baumann und Genossen eingegangen, der sich ebenfalls gegen die Steuer- und Zollpolitik und die dadurch hervorgerufene künstliche Teurung der Lebensmittel wendet.

Persönliche Bemerkungen.

K a t z e n s t e i n (Berlin): Ich habe erklärt, daß die „Bremer Bürgerzeitung" die Wirkung des Schnapsboykotts abgeschwächt hat. Das ist eine Tatsache. Gewiß, sie hat nachher die Aufforderung gebracht, den Boykott zu befolgen. Wie kann das aber wirksam sein, wenn vorher die Unwirksamkeit des Boykotts dargelegt wird, und zwar auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung, die zu allem herhalten muß.

V o r s i t z e n d e r K l ü h s: Die Geschichtsauffassung ist nicht persönlich.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

---

*) **38.** B e r l i n 4. K r e i s, Genosse Kalzinski: Da es ein Verbrechen ist, K i n d e r n S c h n a p s, Wein oder Bier zu geben, beschließt der Parteitag, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, entsprechend dem neuen italienischen Gesetzentwurf, um die Jugend gegen den Alkoholismus zu schützen.

39. B e r l i n 3. K r e i s, Genosse Hallbauer: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, einen Antrag einzubringen, in dem der S o n n t a g a l s W a h l t a g f ü r d e n R e i c h s t a g u n d d i e L a n d t a g e gefordert wird. Im Falle der Ablehnung des Antrags beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, mit der Generalkommission die Frage der Arbeitsruhe an den Wahltagen zu erörtern und eventuell die Arbeitsruhe zu beschließen.

40. S o l i n g e n: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, bei der Beratung des Justizetats die W a h l r e c h t s j u s t i z u n d d i e S t r e i k j u s t i z einer eingehenden und gründlichen Kritik zu unterziehen.

84. L ü b e c k: Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, die Regierung wegen der immer häufiger vorkommenden r u s s i s c h e n G r e n z ü b e r g r i f f e zu interpellieren, was sie zu tun gedenkt, um für die Zukunft die Mißgriffe der zarischen Soldateska zu verhindern.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 223. Magdeburg, Freitag den 23. September 1910. 21. Jahrgang.

Fortsetzung des Parteitagsberichts.

Persönliche Bemerkungen.

Henke (Bremen): Ich muß ganz entschieden bestreiten, daß durch uns die Wirkung des Boykotts verringert worden ist. Kritik hat die „Bürgerzeitung“ geübt und das wird sie auch weiter tun.

Fleißner (Dresden) erhält das Wort zu einer berichtigenden Erklärung: Der Parteitagsdelegierte Heilmann aus Chemnitz, Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme“, hat in diesem Blatt einen Artikel über die Budgetdebatte des Parteitags gebracht. Er hat in diesem Artikel meine Ausführungen in folgendem Satze besprochen: „Nur auf eine Bemerkung in der Debatte möchten wir besonders hinweisen. Es ist die satte Selbstzufriedenheit, mit der Genosse Fleißner (Dresden) rühmte, daß die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion auch im sächsischen Landtag wesentlich besser geworden sei.“ — Ich möchte sachlich richtigstellen, daß ich weder von Errungenschaften unserseits im sächsischen Landtag gesprochen habe, noch viel weniger davon, daß es sich um rühmliche Errungenschaften handeln könne. Ich verwahre mich gegen diese ganz willkürliche und völlig unmotivierte Unterstellung. Ueber die durchaus verletzende Form des Angriffs verliere ich kein Wort. (Beifall.)

Darauf werden kurz vor 11 Uhr die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Am Nachmittag unternimmt der Parteitag einen Ausflug nach Thale. —

* * *

Der Nachmittag des Mittwoch.

Nur wenige Redner kamen am Nachmittag noch zu Worte, dann wurde ein Schlußantrag angenommen und Bebel erhielt zunächst das Schlußwort. Er führte aus, daß er von Franks Ausführungen über die parlamentarischen Eroberungen enttäuscht gewesen sei; damit wolle er nicht sagen, daß er die kleinen Errungenschaften geringschätze, aber sie waren kein Grund für die Budgetbewilligung. Durch das Zusammengehen mit den Nationalliberalen komme die Partei in die Gefahr der Versumpfung, weil sich die Gegensätze abschleifen. Er wende sich auch nicht gegen die kleinen Konzessionen, sondern gegen ihre Ueberschätzung.

Mit goldigem Humor geht der Redner auf seine Erklärung in bezug auf den Prinzen Ludwig von Bayern ein. Dagegen wird er wieder mehr als ernst, als er die Badener auf ihre widerspruchsvolle Haltung in der Budgetfrage verweist. Schon darum sei eine Ablehnung der kleinstaatlichen Budgets geboten, weil sie mitschuldig sind an der unheilvollen Wirtschaft im Reiche. In etwas veränderter Form wiederholt der Redner seine frühere Aeußerung über die gehobene Lebenslage der Führer, die sie die Notlage des arbeitenden Volkes vergessen läßt. Niemand denke an eine Spaltung, und er zuallerletzt. Es werde auch keine Spaltung kommen, denn die Massen machen nicht mit. Er habe auch keinerlei Furcht, daß unsre Partei korrumpiert werden könnte, die Sorge raube ihm keine Stunde seines Schlafes. Die Frage der Gemeindebudgets scheide aus, weil die Gemeinden und Provinzialbehörden keine gesetzgebenden Körperschaften seien. Auch in der Steuererhebung sind sie beschränkt. Mit liebenswürdigem Spotte meint Bebel zu David gewendet, daß er nur die Budgetfragen in den einzelnen Ländern studieren solle, denn dann könne er nichts „andres“ tun. Mit Ernst wurde wieder Zubeil von ihm desavouiert, der die Bayern an den Berliner Geldsack erinnert hatte. Unabhängig vom Parteivorstand sei auch die Presse. Nie habe der Parteivorstand bei Unterstützungen nach der Richtung gefragt.

Interessant war Bebels Geständnis, daß er nie ein Marx-Engels- oder Lassalle-Anbeter gewesen sei. Er erkenne keinen himmlischen Gott an, folglich auch keinen irdischen.

Dann wandte sich Bebel gegen den Zusatzantrag Zubeil und Genossen. Das sei ein Staatsstreich, der den Genossen die Möglichkeit nimmt, sich zu verteidigen. Wir würden den bürgerlichen Gerichten die Entscheidung über die Parteizugehörigkeit übertragen und das führe zu unhaltbaren Zuständen.

Mit versöhnenden Worten schloß Bebel seine Ausführungen. Dann zog Genosse Haase den Zusatz Zubeil zurück und Frank betrat die Tribüne. Mit Geschick betont er das Verbindende, das Einigende und sein Humor ist nicht minder liebenswürdig, als der seines berühmten Gegners. Dieses Duell wird allen, die es mit erleben durften, in unauslöschlicher Erinnerung bleiben, ganz gleich, welche Stellung man zu den beiden Richtungen einnimmt. Auf Franks Referat folgte eine Anzahl persönlicher Bemerkungen. —

* * *

Die Abstimmungen.

In drei Gängen wurde der Entscheidungskampf geliefert. Für den ersten Absatz der Resolution, der die Budgetfrage wieder zu einer prinzipiellen stempelt, stimmen 266, dagegen 106. Für die letzten Absätze, die den Disziplinbruch verurteilen, 301, dagegen 71. Für die ganze Resolution 289, dagegen 80 Teilnehmer.

Vor der Verkündigung des Resultats der letzten Abstimmungen bilden sich links und rechts erregte Gruppen, die die Situation besprechen. Das Endresultat wird von den Budgetbewilligungsgegnern mit Beifall aufgenommen. Ebenso die Ablehnung des Antrags auf Einsetzung einer Studienkommission.

Gegen die sofortige Beratung eines Antrags Zubeil, der eine Aeußerung Bebels oder richtiger des Parteivorstandes, daß bei einem nochmaligen Verstoß gegen die Parteitagsbeschlüsse Grund zum Ausschluß gegeben sei, zum offiziellen Parteitagsbeschluß erheben will, wendete sich der Vorsitzende. Er wies darauf hin, daß man sich damit Zeit lassen könne, der Antrag läge nicht gedruckt vor. Auch wandte sich Frank gegen die Beratung. Er verlas seine Erklärung noch einmal, aus der hervorgeht — wenn auch in etwas verklausulierter Form —, daß der Nürnberger Beschluß für sie maßgebend sein soll. Die Badener seien zum Frieden bereit.

Als unter großer Erregung trotzdem die sofortige Beratung des Antrags Zubeil beschlossen wird, verlassen die Badener und andre Delegierte den Saal. In bewegten Worten bittet Richard Fischer (Berlin) um Zurückziehung des Antrags, der den Anschein erwecken könne, daß die Majorität ihre Macht mißbraucht. Auch Katzenstein, Dietz und Lehmann (Mannheim) versuchen die Verschiebung zu erreichen. Umsonst! Die sofortige Abstimmung wird beschlossen und in namentlicher Abstimmung wird der Antrag Zubeil mit 228 gegen 64 Stimmen angenommen.

Und einige Minuten später trägt schon der Telegraph die Kunde in alle Welt, wie er eine Stunde vorher den Auszug der Badener als Freudenbotschaft für alle bürgerlichen Parteien verkündet hat.

Es ist inzwischen kurz vor Mitternacht geworden, als die Sitzung geschlossen wird. In strömendem Regen treten die Delegierten den Heimweg an.

wr.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 22. September 1910.

Moderne Sozialistentötung.

Die Angst der herrschenden Schichten vor der roten Flut wird von zahllosen politischen Projektenmachern zur Förderung ihres Geschäfts ausgenutzt. Jeder Tag gebiert einen neuen Plan und für jeden dieser Pläne leistet sein Erfinder die Garantie des unfehlbaren Erfolges. Sind erst ein paar hochgestellte Personen für die Idee gewonnen und gelingt es, das nötige Kleingeld aufzubringen, so wird prompt jedes gewünschte Maß von Sozialistenvernichtung ins Haus geliefert.

Nicht alle diese Projekte haben das Glück, über den Keimzustand hinauszukommen. Die meisten scheitern schon an der Geldfrage. Zwei davon sind in der letzten Zeit reif geworden und werden, wenn kein unvorhergesehener Zwischenfall eintritt, binnen kurzem in die Oeffentlichkeit treten.

Zunächst soll ein großes staatserhaltendes Berliner Montagsblatt begründet werden, das dazu berufen ist, den Beweis zu erbringen, daß man „modern sein kann, ohne radikal zu sein“. Das Blatt soll unter Führung eines Generals a. D., der nach links gerichteten Massenströmung energisch entgegenarbeiten, zugleich aber in allen unpolitischen Dingen das Modernste vom Modernen sein. Man beabsichtigt, zahlreiche moderne Dichter und Schriftsteller von Ruf, wie z. B. Gerhart Hauptmann, Hermann Bahr, Ludwig Fulda usw. zur Mitarbeit einzuladen und durch das Angebot kolossaler Honorare — für die ersten paar Wochen hat man es ja — zu ködern. Einige dieser Herren sollen sogar schon zugesagt haben. Natürlich werden diese „Intellektuellen“ in die Politik nichts dreinzureden haben; die wird vom Herrn General und seinem Stabe besorgt werden, während die „Intellektuellen“ durch ihre Namen für die Reklame sorgen und dem Unternehmen die nötige Zugkraft verleihen sollen.

Ein andres Projekt, das gleichfalls der Losung folgt, „modern“, aber nicht „radikal“ zu sein, trägt nicht minder heiteren Charakter. Den Berliner Freien Volksbühnen, denen man auf dem Wege der Polizeischikane trotz aller Mühe, die man sich gibt, denn doch nicht beikommen kann, soll jetzt ein Konkurrenzunternehmen in Gestalt einer Deutschen Bühne entgegengestellt werden. Diese nationale Bühne will für billiges Geld klassische und moderne Stücke, dazwischen aber auch „nationale Festspiele“ zur Veranschaulichung und Belebung der vaterländischen Geschichte zur Aufführung bringen. Bis zur Eröffnung des eignen Theaters, das als „Nationaltheater“ von einer Aktiengesellschaft begründet werden soll, wird im Neuen königlichen Opern-Theater und im Theatersaal des Kriegervereinshauses gespielt werden. Das Publikum soll sich aus allen Ständen rekrutieren, vor allem den Mitgliedern der Kriegervereine, den Angehörigen des aktiven Heeres, Beamten, Lehrern, Schülern und Schülerinnen. Mit andern Worten, die Militär- und Schulverwaltung sollen die Protektoren des neuen „Kunstinstituts“ spielen, dessen offensichtliche Aufgabe die Pflege klobigster Tendenzkunst ist.

Nüchtern veranlagte Beobachter müssen freilich über die Naivität der Leute lächeln, die mit „modernen“ Reichsverbandspapieren und dramatisierten Siegesalleen einen „Damm gegen die rote Flut“ aufrichten wollen. Aber bei dieser Gelegenheit werden Redakteur-, Generalsekretär-, Direktor-, Regisseur- und andre Posten und Pöstchen geschaffen, und so hat die Sache doch schließlich auch einen gewissen Zweck.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 22. September 1910.

Der Arbeitsmarkt im August.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Monat August hielt sich im allgemeinen auf gleicher Höhe wie im Juli. Noch immer wirkte die Wiederaufnahme der Arbeit im Baugewerbe auf eine Reihe von Industrien belebend ein.

Auf dem Ruhrkohlenmarkt gingen nur ungenügende Aufträge ein, so daß sich die Werkbesitzer genötigt sahen, die regelmäßige Arbeitszeit zu kürzen. Im oberschlesischen Kohlengebiet und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau lagen dagegen die Verhältnisse infolge des vermehrten Absatzes von Hausbrandkohle etwas günstiger als im Vormonat. Die Metall- und Maschinenindustrie war ausreichend beschäftigt. Das gleiche gilt in verstärktem Maße von der elektrischen Industrie. Ueber den Geschäftsgang in der Textilindustrie klagten die Spinnereien erheblich, die Webereien dagegen sprechen sich befriedigend aus.

Nach den Berichten der Krankenkassen ergab sich im August für die versicherungspflichtigen Mitglieder eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 13 152 Mitglieder, die sich aus einer Abnahme der männlichen Mitglieder von 1848 und einer Zunahme der weiblichen Mitglieder von 15 000 zusammensetzt. Im Vorjahr war die Zunahme (+ 9719) erheblich geringer; sie zeigten im einzelnen eine Zunahme für die männlichen Mitglieder um 1901, für die weiblichen um 7818. Danach war für die Männer der August 1910 ungünstiger, für die Frauen günstiger.

Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise, von denen vergleichbare Zahlen vorlagen, kommen im August 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 154 Arbeitsuchende gegen 181 im August 1909 und 162 im Juli 1910. Bei den weiblichen Personen kommen im ganzen auf 100 offene Stellen 87 Gesuche gegen 94 im August 1909 und 93 im Vormonat.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkte hielt die steigende Richtung im Beschäftigungsgrad weiter an. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine erhebliche Besserung zu beobachten. Nicht ganz so günstig wurde die Marktlage in Schleswig-Holstein beurteilt. In Hamburg wurde die Tätigkeit im Vergleich zum August des Vorjahrs um mehr als das Doppelte übertroffen. In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck ist in den bedeutenderen Industriezweigen gleichfalls eine Wendung zum Besseren eingetreten. Die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte war, wenn auch der Vormonat nicht ganz erreicht wurde, immer noch sehr günstig. Auch aus Bayern und Württemberg und Baden ergaben die Berichte ein nicht ungünstiges Bild.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrugen im August 149 818 195 Mark, d. h. 14 493 143 Mark mehr als im gleichen Monate des Vorjahrs; das bedeutet eine Mehreinnahme von 243 Mark oder 9,16 v. H. auf 1 Kilometer. —

(Reichsarbeitsblatt.)

— **Bevorstehende Stromunterbrechung.** Zur Ausführung dringender Anschlußarbeiten am Hochspannungskabelnetz ist das Elektrizitätswerk genötigt, die Stromlieferung für Buckau und das Sterngelände am Sonntag den 25. September, von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, zu unterbrechen. —

— **Die Gewerkschaftsfiliale als geschlossener Verein.** Bekanntlich operieren die Polizei- und Verwaltungsbehörden sowie auch die Gerichte oft mit dem Begriff des nicht geschlossenen Vereins, um gewisse Vereinsveranstaltungen als öffentliche zu behandeln. Unter jenem Begriff verstehen die Behörden gewöhnlich „Vereine, die so groß sind, deren Organisation eine so lose, bei denen der Erwerb und der Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen gebunden und so wechselnd ist, daß von ihnen nicht gesagt werden könne, ihre Mitglieder bildeten einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen“. Diese Definition mußte wieder einmal herhalten, als am Bußtag vorigen Jahres an Stelle einer verbotenen öffentlichen Versammlung in Königsberg eine Mitgliederversammlung der dortigen Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter abgehalten wurde. Die Versammlung wurde als öffentliche betrachtet und aufgelöst. Der Regierungspräsident und der Oberpräsident verwarfen die vom Arbeiter Selger erhobenen Beschwerden. Es wurde ausgeführt: Die Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage verbiete am Bußtag die Abhaltung öffentlicher Versammlungen. Die an Stelle der erst projektierten, aber verbotenen öffentlichen Versammlung abgehaltene Mitgliederversammlung sei ebenfalls als öffentliche anzusehen. Die geübte Kontrolle sei nicht geeignet gewesen, davon zu überzeugen, daß die Versammlung eine geschlossene gewesen sei. Der Verband erstrecke sich über ganz Deutschland und habe viele tausend Mitglieder. Auf ihn treffe der oben angeführte Begriff des nichtgeschlossenen Vereins zu. Er sei keine geschlossene Gesellschaft. Seine Versammlungen müßten demzufolge als öffentliche angesehen werden. Die Auflösung sei berechtigt. Selger klagte nun beim Oberverwaltungsgericht. Nachdem dieses Beweis erhoben hatte, stand jetzt ein neuer Termin vor dem ersten Senat an. Der Senat gab der Klage statt, soweit sie sich gegen die Auflösung der Mitglieder-Versammlung der Verbandsfiliale richtet, und erklärte die Auflösung für unberechtigt. Begründend wurde ausgeführt: Es sei festgestellt, daß es sich hier um eine Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter handelte. Die Merkmale des geschlossenen Vereins seien bei ihr vollkommen vorhanden. Ferner habe die Beweiserhebung ergeben, daß nur Mitglieder an der Versammlung teilnahmen. Unter diesen Umständen habe sie nicht als öffentliche angesehen werden können. Die Auflösung sei darum unberechtigt. Dagegen sei das Verbot der vorher geplanten öffentlichen Versammlung berechtigt, weil nach der gültigen Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage am Bußtag öffentliche Versammlungen nicht stattfinden dürften. —

— **Die Dampfmühle Buckau,** Firma Hildebrandt, zahlte bis zur Arbeitseinstellung im Juli Löhne welche in gar keinem Verhältnis standen zu den am Orte üblichen für Tischler. Sie gingen bis 46 Pfg. herunter und für diese „horrenden“ Löhne mußten die Tischler der Firma auch das Werkzeug noch halten. Ueberstunden bis in die Nacht hinein waren an der Tagesordnung und für sie wurde kein Pfennig Aufschlag gezahlt. Das Arbeitsverhältnis ließ also gegenüber andern Tischlereien so gut wie alles zu wünschen übrig. Die gestellten Forderungen, welche sich in den hier üblichen (?) Grenzen hielten, lehnte die Firma brüsk ab und glaubte, durch Entlassungen der Leute sei die Sache erledigt. Streikbrecher haben sich trotz eifrigsten Suchens nicht gefunden. Nur Meister Machemehl hat das Glück gehabt, zwei Mühlen aus Gernrode am Harz zu ergattern, und zwar Robert Bauer und Rudolf Klemann. Beide sind nun aber nicht in der Lage, die Arbeit schaffen zu können, und so wird heute aller Wahrscheinlichkeit nach unter Chiffre im „Central-Anzeiger“ für Mühlenbau Ersatz gesucht. Die Firma kommt jetzt in die Hochsaison und muß Tischler haben. Organisierte Holzarbeiter meiden natürlich den Betrieb von Hildebrandt, Dampfmühle Buckau, und tragen nicht zur Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses bei. Auskunft erteilt jederzeit die Verwaltungsstelle Magdeburg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Bureau Große Storchstraße 7. —

× **Eigentümer gesucht.** Bei zwei Fahrraddieben sind zwei Fahrrad-Azetylenlaternen vorgefunden worden, die sie geständigerweise am ersten Juli in der Waldschenke bei Biederitz von zwei Fahrrädern gestohlen haben. Die Eigentümer können die Laternen bei der hiesigen Kriminalpolizei in Empfang nehmen. —

— **Die Dreher und Maschinenarbeiter der Firma Schäffer u. Budenberg** wandten sich vor etwa einem Vierteljahr an ihre Direktion, um eine Aufbesserung der schlechtesten Akkordpreise herbeizuführen. Es fanden deshalb auch Verhandlungen statt, die als Ergebnis eine die Arbeiter zufriedenstellende Zusage zeitigten. Die Firma hat ungewöhnlich viel Aufträge und ist an Lieferungstermine gebunden. Die Arbeiter verpflichteten sich deshalb aus diesem Grunde und wegen der gemachten Zugeständnisse, auf die Dauer von 6 Wochen 4 Ueberstunden wöchentlich zu leisten. Trotz dieses Entgegenkommens hatte die Direktion die Zeit nicht gefunden, um während der verstrichenen 6 Wochen die neue Preiskalkulation vorzunehmen oder gar zu verwirklichen. Sie tröstete die Arbeiter damit, daß sie ja mit der Akkordpreisregulierung beschäftigt sei. So vergingen wieder 3 Wochen, und als in dem Betrieb des Meisters Brunk wöchentlich sogar zehn Ueberstunden verlangt und Wahrnehmungen bezüglich der gemachten Zugeständnisse immer noch nicht gemacht wurden, da beschlossen die beteiligten Dreher und Revolverdreher der Betriebsleitung mitzuteilen, daß sie nach Ablauf von 8 Tagen jede Ueberstunde verweigern werden, sofern ihnen eine bündige Erklärung, ob und wann die gemachten Zugeständnisse in Kraft treten, nicht gegeben wird. Andernfalls waren die Arbeiter bereit, über die Zahl der bisher geleisteten Ueberstunden hinauszugehen. Die Betriebsleitung besserte daraufhin bei drei Artikeln von vielen vorgesehenen die Preise auf. Sie machte außerdem Zulagen auf Artikel, die sich zurzeit gar nicht in Arbeit befinden, und teilte ferner mit, daß die Akkordpreisregulierung noch nicht beendet sei. Man hoffe aber, vielleicht nach 8 Tagen, die Zusagen zu verwirklichen. Jeder Unparteiische muß zugeben, daß die Geduld der Arbeiter durch diese Hinzieherei auf eine sehr harte Probe gestellt worden ist. Wenn trotzdem die Arbeiter auch noch während der 8 Tage, nach welcher Zeit vielleicht die Zugeständnisse verwirklicht werden, sich zur Fortsetzung der bisher geleisteten Ueberstunden bereit erklärten, dann ist das ein Beweis für ihre friedlichen Absichten. Der Meister Brunk wie auch die Betriebsleitung gaben jedoch keine Erklärung darüber, wann das Versprechen und damit die notwendige bessere Bezahlung der Arbeit eintreten soll. Im Gegenteil, durch die Ankündigung der Nachtarbeit und Einstellung neuer Kräfte, versuchten sie die Arbeiter zu zwingen, ohne Gegenleistung die Arbeit bis in die späten Abendstunden auszudehnen. Wenn auch die Betriebsdirektion diese Maßnahmen gutheißt, dann geht daraus hervor, daß ernstlich an die Aufbesserung der unzulänglichen Akkordpreise überhaupt nicht gedacht worden ist. Damit hätte dann der gute Glaube an die Versprechungen der Direktion wieder einmal eine arge Enttäuschung erfahren. Dieser Zustand kann aber nur eine Verschärfung der vorhandenen Gegensätze hervorrufen, und die Arbeiter fragen sich nicht ohne Grund, ob das nicht etwa beabsichtigt ist. Denjenigen aber, die in den Schäffer u. Budenbergschen Betrieben Arbeit nehmen sollen, empfehlen wir, sich genauere Informationen im Bureau des Metallarbeiterverbandes einzuholen. —

— **Zum Dachdeckerstreik.** Die Verhandlungen sind so weit vorgeschritten, daß der Tarif in der Form wie die Streikenden es wollen, anerkannt worden ist bis auf einen Punkt. Es handelt sich nur um den Zeitpunkt, von wo an die Löhne der Hilfsarbeiter gezahlt werden sollen. Die Unternehmer wollen den Aufschlag erst vom 1. Juni 1911 in Kraft treten lassen. Die Streikleitung ist jedoch der Meinung, den Lohn der Hilfsarbeiter vom 1. Januar 1911 zu zahlen. Die Unternehmer erklären, daß sie überrumpelt seien. Diesen Vorwurf weisen die Streikenden zurück, da die Forderungen, abgesehen vom Nachtrag, schon im Frühjahr 1910 gestellt worden sind. Die Ausständigen sind noch bei guter Stimmung. —

— **Blühender Herbst.** Wie Greise, die am Abend ihres Lebens die leuchtenden Erinnerungen der Jugend auskramen und in der Ekstase des Erinnerns deinem Blick im Dämmerlicht der Stube runzelfrei erscheinen, fast so von Gesicht, als wären sie noch einmal jung geworden für den Augenblick, also kannst du [illegible] lution des Parteivorstandes [illegible] zur Abstimmung zu stellen [illegible] jetzt [illegible] die junges Laub und neue Blüten treiben. Es ist kein ganz ungewöhnliches Phänomen, dieses späte Blühen. Knospen, die zur Zeit der Frühlingsblüte zuwenig Wasser bekamen und allzusehr unterm Lichte der Sonne litten, blieben im Keimen zurück und entfalten erst dann ihre Pracht, bis eine eine milde Sonne sie wach küßt aus dem Dornröschenschlaf des Sommers. Nun blühen sie und erfreuen dich in diesen Tagen, da der Herbst seine schweren Farben auf das Bild der müden Landschaft wirft, mit ihren zarten Aquarelltönen. Du glaubst dich an so manchem Morgen dieses gottvollen Herbstes in das Frühjahr versetzt, greifst beim ersten Sonnenstrahl nach dem Hute und eilst hinaus. Die Hauptallee ist in duftiges Licht getaucht, über dir blaut der Himmel in träumerisch reinen Tönen, eine düftereiche Luft weitet dir die Brust, daß dir der Spaziergang zum stärkenden Nervenbad wird. Aber höre einen Rat für den Spaziergang am Morgen in der Hauptallee: Gehe zeitig hinaus, so gegen 6 Uhr, damit dir die nachher erschallenden Kommandos die Ruhe des Morgens nicht trüben und der Staub der Reitallee die Luft dir nicht verpeste, sonst kommst du um den Nutzen, welchen dir am frühen Morgen Himmel, Luft und Bäume in segensreicher Fülle spenden.

— **Steigende Kohlenpreise.** Die diesjährigen andauernd günstigen Wasserverhältnisse der Elbe brachten uns das Gute, daß sich die Preise der böhmischen Braunkohlen im Vergleich zu den Vorjahren durchweg sehr niedrig hielten. Allem Anschein nach ist jedoch schon in nächster Zeit eine Wendung zu erwarten, da das Wasser schnell fällt und mit dem 1. Oktober allgemein ein höherer Preis einsetzt. Es dürfte sich daher sehr empfehlen, alsbald den Winterbedarf an Kohlen, soweit dies noch nicht geschehen ist, zu decken. —

× **Verhaftet** ist der Schmied Paul E. von hier, der einem Händler in der Tischlerkrugstraße zwei Bettstellen mit Matratzen gestohlen hat.

— **Der Sozialismus in Deutschland und Amerika.** Ueber dieses Thema sprach am Mittwoch abend in einer gut besuchten Versammlung im „Weißen Hirsch" der alte Parteiveteran Julius Vahlteich aus Chikago (Amerika). In einfacher, schlichter Weise schilderte der Redner, einer von den wenigen noch Lebenden, die an der Wiege der Partei standen, wie sich in Deutschland der Sozialismus langsam, aber stetig entwickelt hat. Ausgehend von dem Auftreten Weitlings, aus dessen Büchern und Schriften der Referent die erste Anregung schöpfte, zeigte Vahlteich, wie überaus schwierig es vor 40 und 50 Jahren war, ein Sozialist zu sein und sich als solcher öffentlich zu bekennen. Eingehend erörtert wurde die Entstehung der Partei in Leipzig, das Eingreifen Lassalles, dessen offenes Antwortschreiben den Anstoß gab, daß die Gründung der Partei im Jahre 1863 beschlossen wurde. Auf die Bedeutung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts übergehend, wies der Redner auf die Macht und Bedeutung hin, die die Arbeiterschaft durch dieses Wahlrecht erlangt habe. Ihren Einfluß immer mehr zu erweitern, müsse die Sozialdemokratie alles aufbieten. Noch sind wir nicht am Ziele, meinte der Redner, noch bedarf es harter Kämpfe, aber vollendet muß das angefangene Werk werden, koste es was es wolle. Anschließend an die Ausführungen über die Entwicklung auf politischem Gebiet schilderte der Referent dann noch die Bedeutung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, um zum Schlusse die außerordentlichen Schwierigkeiten zu erörtern, die dem Eindringen des Sozialismus in den Vereinigten Staaten in Nordamerika bei den Arbeitern entgegenstehen. Mit einer Betrachtung über den Begriff Sozialismus, dessen Einführung von allen verständigen Menschen im Interesse der gesamten Menschheit zu erstreben sei, schloß Genosse Vahlteich seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden Genossen Fresino, der zur unablässigen Agitation im Sinne der Ausführungen des Referenten aufforderte, wurde die interessante Versammlung geschlossen. —

— **Der Weltsprachvortrag,** den Genosse Peus wegen der Parteitagsverhandlungen gestern abend im „Sachsenhof" nicht halten konnte, findet Freitag abend 8½ Uhr im „Luisenpark" statt. — Am Sonnabend findet derselbe Vortrag in Burg statt. —

— **Stiftung eines Wanderpreises** von 300 Mark für den Schwimmsportklub Hellas. Der Schwimmsportklub Hellas hier hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihm zu seinem am 1. und 2. Oktober d. J. zu veranstaltenden Schwimmfest einen Ehrenpreis zu stiften. Der Magistrat, der „die idealen Zwecke und Ziele des Klubs anerkennt", ist bereit, ihn durch Stiftung eines Preises in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Der Magistrat hat beschlossen, wie bereits im Jahre 1907 einen Wanderpreis in Höhe von 300 Mark, der nach dreimaligem Gewinn in den Besitz des Siegers übergeht, zu geben. Die Stadtverordneten werden ersucht, diesem Beschluß beizutreten. —

— **Unfälle.** Am Mittwoch nachmittag fiel der Bäckerlehrling Ernst Brüggemann in der Olvenstedter Straße als Radfahrer beim Vorbeifahren eines Rollwagens vom Rade, so daß ihm die Räder des Wagens über die Brust gingen. Der Schwerverletzte, welcher innere Verletzungen erlitt, fand Aufnahme in der Krankenanstalt Altstadt. — Der Arbeiter Georg Pfeiffer, wohnhaft Jakobikirchstraße 2, zog sich am Donnerstag vormittag im Dampfsägewerk von C. Jesau eine schwere Handverletzung zu. Die Kreissäge schlitzte dem Bedauernswerten zwischen dem Daumen und Zeigefinger die Hand auf. Pfeiffer fand Aufnahme in der Krankenanstalt Altstadt. —

— **Fehlgeschlagene Versöhnungsversuche.** Der Schneidermeister Heinrich K. hier hatte seine Ehefrau verlassen. Er wünschte sich aber wieder mit ihr zu vereinigen und suchte sie bei den Leuten auf, bei denen sie Zuflucht gefunden hatte, bekam aber eine arge Tracht Prügel. Am nächsten Tage, dem 20. Juli d. J., wollte er trotzdem auf der Straße seiner Frau die Hand zur Versöhnung reichen, wurde aber abgewiesen. Wütend darüber schlug K. seine Frau zweimal mit dem Stock über den Kopf, so daß sie zusammenbrach. K., früher ein starker Trinker, gehört seit 4 Jahren dem Blauen Kreuz an und hat sich in der Zeit nichts zuschulden kommen lassen. An dem fraglichen Tage hatte er aus Aerger einen Rückfall bekommen, für 30 Pfennig Schnaps auf einmal getrunken und die Tat begangen, für die ihn am Mittwoch das Schöffengericht in eine Geldstrafe von 30 Mark nahm. [illegible]

— **Ein Schwindler.** Der Kaufmann Ernst Krüger aus Berlin, geboren 1886, hat zwar nur die Volksschule besucht, meint aber, er habe sich durch seine gute Auffassungsgabe derartige medizinische Kenntnisse angeeignet, daß er es jedem Arzt mindestens gleichtun könne. Bis jetzt hat er es aber nur dahin gebracht, daß er von der Staatsanwaltschaft eifrig gesucht wurde. Um nicht gefaßt zu werden, ließ er sich Karten drucken mit der Aufschrift stud. med. Reese. Er kam auf seinen Abenteuerfahrten auch nach hier, wo er sich bei kleinen Bürgersleuten einmietete. Er erklärte sich bereit, die ganze Familie medizinisch zu behandeln. Die Medizin wollte er aus Berlin kommen lassen und ließ sich dazu 8 Mark zahlen. Mit der 19 Jahre alten Tochter fing er ein Liebesverhältnis an und versprach, er werde sie in Französisch und Englisch unterrichten lassen und sie dann heiraten. Einstweilen brauche er aber 150 Mark, um sich selbständig machen zu können. Der zukünftige Schwiegervater besaß aber nur 80 Mark, die er dem „Herrn Doktor" lieh. An Bezahlen von Kost und Logis dachte Krüger ebenfalls nicht. Bei der demnächstigen Festnahme wurden dem Angeklagten noch etwas über 30 Mark abgenommen, die der Betrogene zurückerhielt, auch durch Einbehalten von Kleidungsstücken verringerte sich der Schaden in etwas. Das Schöffengericht verurteilte ihn am Mittwoch wegen Betrugs zu 2 Wochen Gefängnis. —

× **Gestohlen** sind hier in der Zeit vom 18. bis 21. d. M. in einer Wohnung der Lüdeckerstraße aus einem unverschlossenen Kästchen eine silberne Damen-Remontoiruhr (im Deckel „L. Schulze" eingraviert) nebst langer goldener Kette mit Schieber mit blauem Stein, ein goldener Damenring mit zwei Brillanten und eine goldene Halskette mit farbigen Steinen, von denen zwei fehlen; am 20. vor dem Hause Moltkestraße Nr. 12a ein Fahrrad „Brennabor" (Fabriknummer 347588) mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und nach oben gebogener Lenkstange, und in der Nacht zum 21. aus einer verschlossenen Laube einer Gartenparzelle an der Olvenstedter Chaussee mittels Einbruchs drei Kaninchen (belgische Rasse) und zwei Meerschweine. —

— **Verkehrsstörung.** Durch den Sturz eines vor einen Rollwagen gespannten Pferdes entstand am Mittwoch nachmittag an der Ecke Ulrichstraße-Breiteweg eine an jener Stelle besonders empfindlich wirkende Verkehrsstörung. Bevor das gestürzte Pferd aufgerichtet und weggeführt werden konnte, hatten sich nicht weniger als 18 Wagen der Straßenbahn auf beiden Seiten angesammelt. —

Konzerte, Theater, Sport ꝛc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* **Stadttheater.** Eine Reihe wichtiger Vorbereitungen sowohl im Schauspiel wie in der Oper sind für die nächste Zeit in Angriff genommen worden. Kienzls Oper „Evangelimann", die seinerzeit zu den meistgegebenen gehörte, wird vom Kapellmeister Göllrich neu einstudiert. Im Schauspiel wird die Wallenstein-Trilogie („Wallensteins Lager", „Die Pikkolomini", „Wallensteins Tod") vorbereitet; auch das mit dem doppelten Schillerpreis gekrönte Hardtsche Drama „Tantris der Narr" soll einem vielseitigen Wunsche entsprechend schon in nächster Woche ins Repertoire aufgenommen werden. Auf die nächste Aufführung der Lustspiel-Novität „Das Konzert" am Sonnabend und die Sonntag-Abendvorstellung „Don Juan" sei noch einmal hingewiesen.

* **Walhalla-Theater.** Aus dem Bureau des Walhalla-Theaters wird uns geschrieben: „Auf zur großen Revue" ist jetzt die Parole Tausender, wie die täglich ausverkauften Häuser zeigen. Eine ungeheuer große Nachfrage nach Billetten, deren Vorverkauf für die nächsten acht Vorstellungen im Theaterbureau ständig stattfindet, beweist das große Interesse, welches „Halloh! die große Revue" in unsrer Stadt findet. Am kommenden Sonntag, nachmittags ¼4 Uhr, gelangt das prächtige Ausstattungsstück ebenfalls zur Wiederaufführung und sind zu dieser Vorstellung die Preise um ein Erhebliches ermäßigt.

Letzte Nachrichten.

Hd. Frankfurt a. M., 22. September. In einer Besprechung über den Reichstag und den Etat kommt der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" zu der Ansicht, daß es ohne neue Steuern nicht abgehen wird, nachdem die im Vorjahre beschlossenen Steuern die gehegten Erwartungen nicht erfüllt haben.

Wb. Nürnberg, 22. September. In der vergangenen Nacht brach in der Wölfernstraße ein Zimmerbrand aus, bei dem eine 21jährige Arbeiterin lebensgefährliche und ihr 9 Monate altes Kind schwere Brandwunden erlitten. Ihre Mutter wurde bei dem Versuch, das Feuer zu löschen, an den Armen verbrannt. Der Geliebte der Arbeiterin, ein 21jähriger Kaufmann, der ein mit brennendem Spiritus gefülltes Glas ins Bett geworfen haben soll, ist verhaftet worden. —

* Kassel, 22. September. Bei der Ankunft des Leipziger D-Zuges in Kassel wurde gestern auf dem Hauptbahnhof dort ein Passagier aus dem Speisewagen heraus verhaftet, der sich Kaufmann Katz aus Leipzig nannte und angab, Juwelenhändler zu sein. Er hatte sich dadurch verdächtig gemacht, daß er im Speisewagen mehrere wertvolle Brillantnadeln und -ringe zu Schleuderpreisen an die Oberkellner verkaufte und den Erlös sofort in Sekt umsetzte. Man fand bei ihm keinen Pfennig Bargeld, wohl aber für fünfzigtausend Mark Juwelen und zwei Fahrkarten 1. Klasse. Ein Komplice von ihm wurde nicht entdeckt. —

* München, 22. September. Hier war gestern ein Gewitter von so heftigem Schneefall begleitet, daß die Straßen vorübergehend vereist waren und der Fuhrwerksverkehr stockte. —

* Breslau, 22. September. An der schlesisch-russischen Grenze wurde gestern ein berüchtigter Mädchenhändler Lewkowitz aus Bendzin verhaftet, in dessen Gesellschaft sich [illegible] drei Mädchen befanden. Aus der bei dem Verhafteten beschlagnahmten Korrespondenz geht hervor, daß eine Organisation von russischen Mädchenhändlern besteht, die sich auch nach Oberschlesien verzweigt. —

Wb. Paris, 22. September. Die Direktion der Westbahn hat entsprechend dem Beschluß des Disziplinarausschusses den Syndikatssekretär Renault aus dem Dienst entlassen. Renault hat Einspruch erhoben und verweigert die Annahme des angebotenen Gehaltsrestes. Das Eisenbahner-Syndikat plant für die nächsten Tage große Protestversammlungen. —

Wb. Paris, 21. September. Der internationale Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschloß einstimmig die Gründung einer internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zum Präsidenten wurde Léon Bourgeois, zum Vizepräsidenten Dr. Freund (Berlin) gewählt. —

Hd. Wien, 22. September. Seit gestern hat sich die Wetterlage in Oesterreich wieder kritisch gestaltet. Bei nordöstlichem sturmartigen Winde geht strömender Regen nieder. Im Alpengebiet herrscht Frostwetter. —

Hd. Budapest, 22. September. Auf dem Ostbahnhof sind gestern abend ein Wächter und drei aus Ungarn zugereiste Arbeiter unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Der Bahnhof wurde sofort desinfiziert. —

Hd. Belgrad, 22. September. Ein aus Ungarn kommender Reisender wurde gestern unter choleraverdächtigen Symptomen ins Spital eingeliefert. Die Regierung hat sofort die erforderlichen Maßnahmen zur schleunigen Errichtung von Cholerabaracken getroffen. —

Wb. Madrid, 22. September. Während eines Stierkampfes in Mejorada del Campo bei Madrid stürzte eine Tribüne ein. 20 Personen wurden verletzt, davon eine sehr schwer. —

Hd. Indianapolis, 22. September. Die am Sonnabend gemeldete Abfahrt von neun sphärischen Ballons und das Ausscheidungsrennen für den Gordon-Benett-Preis der Lüfte hat folgendes Resultat ergeben: Sieger ist der Ballon Amerika II, der in Warranton (Virginia) gelandet ist. Ueber das Schicksal von drei Ballons war man in den letzten Tagen sehr besorgt; man hat sie in den entlegensten Winkeln des Staates Virginia wiedergefunden. —

Wb. Neuyork, 22. September. Wie die Associated Preß aus Tokio meldet, veröffentlicht die Zeitung „Hochishimbun" Einzelheiten über eine Verschwörung zur Ermordung des Kaisers von Japan. Die Verschwörer seien verhaftet. —

Wb. Petersburg, 22. September. Während der letzten 24 Stunden sind in Petersburg 45 Personen an Cholera erkrankt und 14 gestorben. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt 569. —

Wb. London, 22. September. Der Beschluß, den der Gerichtshof, nachdem er sich nach der Rede des Verteidigers zur Beratung zurückgezogen hatte, in der Anklagesache gegen Leutnant Helm verkündete, lautet dahin, daß ein Vergehen, aber kein Verbrechen vorliege. —

Wb. Rom, 22. September. Während der letzten 24 Stunden sind in Apulien zehn Erkrankungen an Cholera und acht Todesfälle vorgekommen. —

Stadt-Theater.

Magdeburg, 21. September.

Nathan der Weise. Dramatisches Gedicht von Lessing.

Lessings „Nathan der Weise" ist für Pfaffen und Zeloten schon immer ein Stein des Anstoßes gewesen. Die Parabel von den drei Ringen ist für sie ein Greuel, das zu bekämpfen die Religion alle Ursache habe. Infolgedessen hört und sieht man von dem weisen Juden nicht viel und sollte er sich je mal auf den Spielplan eines Theaters verlaufen, so gibt der [illegible] ein kirchlich beglaubigtes Siegel von falscher Toleranz, falscher Humanität und [illegible] im Stück, das seiner Tendenz halber abzulehnen ist. Warum soll das Magdeburger Stadttheater hierin eine Ausnahme machen? Die guten bürgerlichen Kreise unserer lieben Kongreß-Stadt mieden den [illegible] und andern von Staat und Gesetz erlaubten [illegible] und hinter den Abonnementsplätzen herrschte gähnende Leere. Sogar die Oberbürgermeisterloge, die jeden Abend in der letzten Zeit vom Bürgermeister Reimarus besetzt wurde, war leer.

Und es wurde doch fast mit Ueberzeugung gespielt! Der Nathan, der von Heinrich Vogeler dargestellt wurde, war ein Jude nach dem Herzen Lessings, bescheiden, ohne theatralische Pose, ohne Wucht in der Deklamation. [illegible] spielte die Rolle anders, [illegible]. Er hielt sich damit neben den [illegible] Patriarchen und verband [illegible] die Gegensätze dieser beiden Figuren. Zweifellos steht Vogeler mit seiner Auffassung der Tendenz des Stückes näher. Aus der kleinen Reihe der Personen, welche vorzugsweise der Idee des Stückes dienen sollen, [illegible] Gustav Roos seinen Derwisch mit großer [illegible]. Auch Rosa Lansner-Hagedorn gab die Daja mit Ueberzeugung von der Wahrheit ihrer [illegible] Type. [illegible] Häberlein als Tempelherrn. Seinen Armbewegungen muß er jedoch mehr Studium zuwenden. Temperamentvoll war der Derwisch Emil Herlitz. Gleich Gutes boten Hans Kühlhofer als Saladin, Gisela Hamelta als Sittah und Ilse Berte als Recha.

Im ganzen war die Aufführung gut vorbereitet. Die Szenerie im Gemach Saladins versagte allerdings vollständig. — E.

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 21. September 1910.

„Fürstenhof"-Konzert. Das heutige Programm war gut zusammengestellt. Prompt nach dem Kalender begann es mit Griegs Konzertouverture „Im Herbst", die von Krug-Waldsee mit aller Sorgfalt herausgebracht wurde. Der Harmonien buntschillernder Ueberschwang hinderte die Präzision nicht. Dann kam Tschaikowskys Konzert Nr. 1 in B-Moll für Klavier mit Orchester. Mit Orchester-„Begleitung", wie im Programm steht, kann man füglich nicht sprechen; denn das Orchester redet in allen Sätzen eine ziemlich selbständige Sprache und übernimmt sehr häufig die Prokura für das Ganze. [illegible] hat der Solist im Tschaikowskyschen Drange alle Hände voll zu tun. Doch fehlt es nicht an einfachen musikalischen Szenen. Im allgemeinen erschöpfte Hermann Gruß das Konzert. Seine [illegible] waren technisch gut ausgearbeitet. Krug-Waldsee hielt die Tempi sorgfältig. Das Allegro con fuoco konnte noch Steigerung vertragen. Die Chopin-Soli von Hermann Gruß waren auch gut studiert. Aber Gruß ist für Chopin scheinbar zu derb und gesund. Das Schwärmerisch-Sentimentale, das fortwährend Sehnsüchtige bei Chopin liegt natürlich nicht jedem, und es gehört viel Technik und viel Vor[illegible] dazu, Chopin zu [illegible]. Meines Wissens haben wir in Magdeburg keinen Chopinspieler, der sich als solchen bezeichnen kann. [illegible] Hermann Gruß erntete reichen und wohlverdienten Beifall.

Als neu war im Programm Sibelius' Pan und Echo, ein Tanz-Intermezzo, bezeichnet. Das Intermezzo ist allerdings schon hier gespielt in der letzten Saison. Aber für die Besucher des städtischen Orchesters mag es als neu gelten. Sibelius gibt seinem Intermezzo einen Stil, der an ältere Musik erinnert. Das Ganze ist gefällig und zierlich, mit einem Stich ins Moderne. Es wurde sorgfältig präpariert vorgetragen.

Vom übrigen Programm, das eine gewisse Internationalität aufwies, fanden die Tannhäuser-Ouvertüre und die Ouvertüre zu den „Lustigen Weibern" das dankbare Publikum. —

Grote.

Wettervorhersage.

Freitag den 23. September: Meist wolkig, vorwiegend trocken, mäßig warm. —

Die heutige Nummer umfaßt 14 Seiten.

E. Loewenthal & Co.

Breiteweg 51 **Breiteweg 51**

Größte Auswahl in Lederwaren und Geschenk-Artikeln

Damentaschen
in schwarz und farbig, **ganz Leder,** in den neusten Formen, in 20 cm Bügellänge
von **3.00** an

3031

Portemonnaies
für Damen und Herren in nur Prima Qualitäten **zu den billigsten Preisen**

Zigarrentaschen mit und ohne Stickerei . . . . . von **1.00** an

Briefpapier in Kartons mit 25 Bogen und Umschlägen . . . . von **0.40** an

---

Sudenburg
Otto Kaphengst
Bettfedern 2747
Aussteuer-Artikel
Inlette
Fertige Betten
Metall-Bettstellen

Burg. Kücheneinrichtung bill. zu verkaufen Franzosenstr. 17.

Hugo Hildebrandt
Magdeburg-Buckau 2961
Schönebecker Str. 108
— Fernsprecher 1967 —
Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte
Umzugsartikel
Eis. Oefen, Waschkessel
Tür- und Fensterbeschläge.

Pa. Schelbenhonig
ff. Molkereibutter à 1,35 Mk.
ff. Hausschlachtewurst
ff. Landkäse
frische Landeier
neue gutkochende Hülsenfrüchte
die feinsten marinierten Heringe
mit Sahnen-Sauce 868
Fr. Busse
Nur 6 Schuhbrücke 6.

Buckau
Ecke Gärtnerstrasse.
Aeltestes Schuhlager
am Platze. 2859
— Gegründet 1847. —
Diesen Monat **Ausnahmepreise**
10 Proz. Rabatt!

Gr. Reklame-Möbelverkauf
zu ganz enorm billigen Ausnahmepreisen.
Anerkannt beste Ausführung.
Größtes Lager einfachster **Wohnungs-Einrichtungen**
sowie vornehmster **Wohnungs-Einrichtungen**
von **250 300 400 500** bis **3000** Mk.
Einzelne Möbelstücke ganz besonders billig, nur um meine gut gearbeiteten Fabrikate überall einzuführen.
Langjährige Garantie. — Besichtigung erbeten.
Vorzeiger dieser Annonce erhält Extrarabatt
W. Schottstedt
Möbelfabrik u. -magazin. 2769 Große Münzstraße 2.

F. Pützkuhl
Lübeckerstr. 120.
Hüte, Mützen, Schirme, Handsch. Wäsche, Cravatt., Hosenträger, Stöcke etc.

2599 **Gutes sauberes Bett** sof. zu verk. Fürstenufer 20, vorn 4 Tr. links (Nähe Hasselbachplatz).

Photographiealbums empfiehlt Buchhandlung Volksstimme.

Maschinenstopferinnen
sofort gesucht 2992
Sacklagerschuppen Güterbahnhof Neue Neustadt

Gebraucht! Neu!
Neu! Gebraucht!
Laden- Kontor- Restaurant- Wohnungs- Einrichtungen
in 2545
bekannt größter Auswahl bei konkurrenzlosen ::: Preisen ::: finden Sie nur bei
Heinrich Giesecke
Werftstraße 3
Fernsprecher Nr. 1202.

Neu! Vineta 8 b mit Goldmundstück

Réunion

Vineta 30

hergestellt genau nach Cairo-Art
garantiert feinste Handarbeit
mit, ohne **rund dick** und **Gold**mundstück
2712 Vorzügliche Qualitäts-
Cigarette

Strümpfe selbstgestrickte, erhält man billigst bei **F. March,** Breiteweg 93, I.

Kleiderschrank und **Zweirad** billig zu verkaufen **Kurfürstenstraße 6,** Hinterhaus, rechts part.

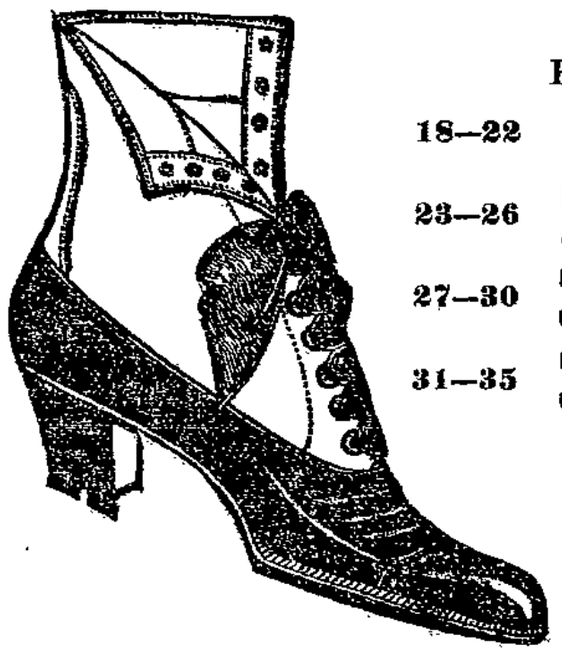
Burg 2904 **Burg**
Nähmaschinen-Reparaturen!
Reparatur. an Nähmaschinen aller Systeme, auch Spezialmaschinen werden sofort und fachgemäß in unsrer Werkstatt ausgeführt. **Ersatzteile und Nadeln** zu unsern Maschinen sowie **Garne, Seide und Maschinenöl** halten stets zu mäßigen Preisen auf Lager.
Singer Co. Nähmaschinen-Akt.-Gesellsch.
Schartauer Straße 37.

Burg!
Leder-Ausschnitte, Schäfte, Werkzeuge, Artikel für Schuhmacher und alle Arten **Einlegesohlen** empfiehlt 2918
Gustav Götze.

Burg Heute Freitag: **Frische Wurst,** Sonnabend und Sonntag: **Knoblauchwurst F. Brettschneider**

Tamm's Stiefel

werden wegen ihrer unerreichten Qualitäten und größten Preiswürdigkeit von allen Gesellschaftsklassen bevorzugt!

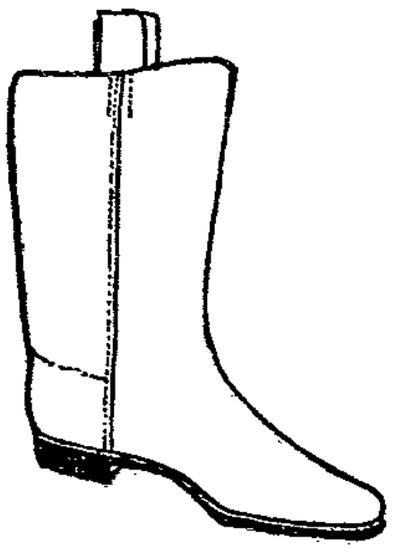


Hauptpreislagen:

	Kinder	Mädchen	Damen	Herren
18—22	1.35	3.00	6.50	5.50
23—26	2.30	4.50	7.50	6.50
27—30	3.40	5.90	8.50	7.50
31—35	3.90	7.00	9.10	8.50
			10.50	9.50
				10.50

Filzpantoffel
in selten schöner Auswahl
45 50 60 70 75 85 98 1.00 1.10 1.25
1.40 1.50 1.60 1.70 1.80 1.90 2.00

Schaftstiefel



kräftiges, starkes Oberleder
kernige Sohlen, wasserdicht
7.90 8.90 10.00

Freitag, Sonnabend, Sonntag u. Montag
schenke ich jedem Kunden bei einem Einkauf von 5 Mk. an
1 Paar elegante Pantoffel

Außerdem: 3012
5 Prozent Rabatt

Eugen Tamm, Schuhwarenhaus

Verkaufsstellen:
Sudenburg Halberstädter Straße Nr. 114/115 **Jakobstr. 40** **Neue Neustadt** Nr. 25 Lübecker Straße Nr. 25
Burg, Franzosenstraße Nr. 72, Ecke Schartauer Straße.

Putz!

Täglich Eingang letzter Neuheiten der **Herbst- und Winter-Saison 1910-1911!**

Damen-Hüte • Kinder-Hüte

garniert und ungarniert, in reicher Auswahl. 3018

Die große Mode: Toques, Glocken in Tuch, Filz Samt und Seide in allen Preislagen.
Reiche Auswahl in Straussfedern, Phantasies, Flügeln, Federbandeaus usw. usw.

Bazar-Magdeburg

Jakobs- und Peterstrassen-Ecke

Sudenburg — Buckau — Neustadt
Wilhelmstadt — Groß-Ottersleben

Leder-Ausschnitt

Schäfte, Werkzeuge sowie sämtliche Artikel für Schuh- und Pantoffelmacher, Holzpantinen und Pantinenhölzer
En gros empfiehlt zu billigsten Preisen die En detail

Lederhandlung Gustav Arnold
Halberstädter Straße 110b. 2959

Putzin

bester flüssiger Metallputz

Alleiniger Fabrikant Fritz Schulz jun. Akt.-Ges. Leipzig

Sanella

Der Namenszug des Erfinders Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Oscar Liebreich in blauer Schrift ist das Kennzeichen jeder Originalpackung der einzig dastehenden Mandelmilch-Pflanzen-Margarine „SANELLA“ welche unter dem Schutze des D.R.-P. Nr. 100 922 allein von uns hergestellt wird

Liebreich

In einschlägigen Geschäften erhältlich.

SANA-Gesellschaft m.b.H., Cleve.

ZENTRAL-THEATER

Lachstürme erzielen allabendlich **Paul Sandor** mit seinem Burlesk-Zirkus u. a.: Der sprechende Löwe als Kunstreiter.

3 Lottos mit ihrem Fußballkampf per Rad.

Schneider-Duncker mit seinen glänzenden Chansons.

Aufsehenerregend sind die Illusionen **Chevalier Thorns**

Möbel für Brautpaare

liefert billig und gut die
Möbeltischlerei von
G. Meinicke
Großer Laden Wallstraße 7. Große Auswahl
direkt hinter Wallstraße 7. direkt Neuenhof.

Putzin

bester flüssiger Metallputz

Alleiniger Fabrikant Fritz Schulz jun. Akt.-Ges. Leipzig

Trotz hoher Viehpreise

jeden Mittwoch, Freitag und Sonnabend 2808

ff. Kalbfleisch	Pfund von	50	bis 65	Pf.
ff. Schweinefleisch	Pfd. von	55	bis 80	Pf.
Prima Rindfleisch	Pfd. von	60	bis 75	Pf.

Rehblatt, Rehhals, Rehbrust
Wildfleisch zum Braten Pfund 50 bis 70 Pf.

Richard Rosse, Gr. Marktstr. 20

Messe 1910 2992
Gegenüber Ohrs Kinematograph
Sibirien - Kayenne - Das Bagno
Kriminalhistorische Darstellung der Galeere
Interessanteste Schaustellung der Gegenwart.

Stadt-Theater.
Freitag den 23. September 1910
Anfang 7½ Uhr. 4. Abend (grüne Karten). Ende 10½ Uhr.
Tannhäuser.
Sonnabend den 24. September
Das Konzert.
Lustspiel-Novität von Herm. Bahr.

Sie werden reell bedient

Lebenswecker nach Baumscheidt **4.50** **Oel** dazu (das richtige) **2.25**
Mutterspritzen aus Zinn **3.00** **aus Gummi** komplett **3.50**
Metall-Leibwärmer 2.25 **Irrigator** komplett **1.75**
Damenbinden brauchbare **75** Pf. **Bettstoff** doppelt Gummi **2.50**

Bade-, Fieber-, Zimmer- u. Fensterthermometer, Eisbeutel, Luft- und Wasserkissen, Wundwatte, Binden und Verbandstoffe, Leibbinden, Bruchbänder usw., sämtliche **Bade- und Frottierartikel**, bestes fettdichtes **Butterbrotpapier, Odol** sowie alle **Zahnpflege-Artikel**, überhaupt alle zur

Kranken- und Gesundheitspflege zu brauchenden Sachen
2955 kaufen Sie am billigsten bei

Rudolf Brüning, Buckau
Schönebecker Str. 21, schrägüber der Kirche.
(Auf Wunsch Herren- oder Damen-Bedienung.)

Ia. Salon- und Halbstein-Briketts
Höchste Heizkraft, langanhaltende Glut, sparsamster Verbrauch.
Zu haben bei **Karl Franke, Kleiner Stadtmarsch**
2816 **Heinrich Canning, Morgenstraße 22.**

Olvenstedt.
Männer-Turnverein Freiheit
Sonntag den 25. September 1910
Rekruten-Abschiedsball
Neu! Abends 9½ Uhr: Marmorgruppen „Auf der Wanderschaft“, 9 Gruppen mit Musikbegleitung. Neu!
— Entree 10 Pfg. — — Tanzgeld 50 Pfg. —
Es ladet freundlichst ein 3013 Der Vorstand.

Walhalla-Theater
Halloh!
Die große Revue
Glänzender Erfolg!
Anfang präzise 8 Uhr.
Parterresaal
Täglich abends 8 Uhr
Konzert und Varieté-Vorstellung
2 Ensembles 2

Buckauer Bierhalle.
Täglich
Konzert d. Oberbayrischen Schrammelkapelle.
11 Uhr: Matinee.
912 **W. Homann.**

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Große Marktstraße 12.
Freitag: Schweinebraten mit Kartoffelbrei.
Sonnabend: Graupensuppe mit Rindfleisch.
Frauen-Speisesaal parterre.

Zur güldenen Rose
Breiteweg 57.
Täglich:
Gr. Freikonzert.
Von 11 Uhr an:
Matinee.
Bitte um fleissigen Besuch 2671
Wilh. Lüdge.

Wilhelm-Theater
Freitag den 23. September
Zum 12. Male
Der Graf von Luxemburg
Sonntag, nachmittags, bei kleinen Preisen
Wiener Blut.

Gute Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Kau- und Schnupftabak
H. Dachenhausen
Magdeburg, Peterstrasse 22
Fernruf 2869 2790 Fernruf 2869

Suche eine
Wickelmacherin
dieselbe muß auch rollen können bei gutem Lohn und dauernder Arbeit. 3005
Adolf Zierau Nachf.
Olvenstedt, Ebendorfer Str.

Waschfässer Waschgefäße 2769
in allen Größen und Holzarten
Wallstraße 21
Wilh. Fischer, Böttchermstr.
— Reparaturen prompt. —

Kaufe heute bis Sonnabend 24. September jeden Posten alte und junge **Kanarienweibchen** u. alte Hähne. 913
F. H. Gehlert, Endestraße 1.

Pickel,
Mitesser, Pusteln usw., das bekannte, auf ärztliche Verordnung hergestellte Mittel ist das Urteil des Dr. med. E. über Zucker's Patent-Medizinal-Seife, à Stück 50 Pf. (15½ig u. 150 M. 35½ig, kürzere Form). Zucker's Zucker-Creme 75 Pf. u. 2 M., Zucker-Seife mild 50 Pf. u. 150 M. Zu haben: Linden-, Engel- u. Viktoria-Apotheke, bei E. Hebert, Jakobstr. 16, Hessenberg & Co., Wilhelmstr. 19, Hans Eger, Sudenburg 158, J. F. Baum, Sudenburg 19, R. Wirth Nachf., Sudenburg 187, A. Läschhart, Sudenburg 255, Kaesbier & Ulrich, Gr. Klosterstraße 19, Gebr. Palack Nachf., Sudenburg 257, Hugo Starkloff, Halberstädter Str. 113 und Friedrichstadt Str. 25, Adolf Hassler Nachf., Buckau, sowie in sämtlichen Apoth., Drog. u. Parf. erhältl. Nichtgef. erspr. Preis. Es gibt besser feinen Seife! 2752

Aschersleben.
Empfehle meine Lokalitäten zur gefälligen Benutzung 2906
ff. gepflegte Biere
kalte u. warme Speisen
Karl Weinreich Froser Strasse
Restaur. Zur Eintracht.

Imbiß-Halle
Alte Ulrichstr. 10
Bringe meine ff. Küche sowie gut gepflegte hiesige und fremde Biere in empfehlende Erinnerung.
Hermann Bensing.
Kalte und warme Speisen bis nachts 2 Uhr zu haben. 279

Messe 1910
Neues Programm!
Täglich 5 große Vorstellungen
Anf. 3, 4½, 6, 7½ u. 9 Uhr.

Eldorado 2685
Große Junkerstraße Nr. 12
Jeden Abend 8 Uhr
Varieté und Kabarett
Damen-Ringkampf.
Vormittags 11 Uhr: Matinee.

Stephanshallen
— Dir. Rich. Froherz. —
Abends 8 Uhr 2682
Varieté-Vorstellung.
Streng gezeltes Programm für Familien-Publikum.

Buckau
Restaurant zur Bleibe.
Heute Freitag
Großes Preis-Billardspiel.
Es ladet ein 911
O. Bruchmüller.

Fürstenhof-Theater
Dir. Müller-Lipart
Eing. Prälatenstr.

Die Tochter des Brandstifters übern großen Teich zurück.
und der reichhalt. Spezial.-Spielpl.
Alle Vorzugskarten gelten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.
Am Montag den 19. September verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege
Wilh. Friese
im Alter von 55 Jahren.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Verwaltung.

Konsumverein Neuhaldensleben

Am Sonnabend den 24. September 1910, abends 8½ Uhr
Generalversammlung bei Burchardi

Pri la mondo-lingno Ido

Ueber die Weltsprache
wird Genosse **Peus** sprechen
Freitag, 23. September, abends 8½ Uhr
Magdeburg, Luisenpark.
Sonnabend, 24. September, abds. 8½ Uhr
Burg, Grand Salon. 3015

3. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 223. **Magdeburg, Freitag den 23. September 1910.** **21. Jahrgang.**

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Von den zum Mittwoch den 21. September einberufenen öffentlichen politischen Versammlungen konnten einige nicht stattfinden, weil es den Referenten nicht möglich war, den Parteitag zur rechten Zeit verlassen zu können. In diesen Orten haben die leitenden Genossen nun Versammlungen zum Sonntag den 25. September in Aussicht genommen. Damit nun die Versammlungen nicht wieder ergebnislos auseinandergehen müssen, weise ich hiermit die in Betracht kommenden leitenden Parteigenossen darauf hin, daß sie sich die Referenten selbst besorgen müssen. Auf Parteitagsdelegierte von außerhalb ist aber schwerlich noch zu rechnen. Auf die am Freitag den 23. September in Salbke und Westerhüsen stattfindenden Versammlungen weise ich nochmals hin. Referenten sind die Landtagsabgeordneten Hoffmann und Leinert, die auch, da eine Abstimmung am Freitag nicht zu erwarten ist bestimmt, erscheinen werden.

Am Sonntag den 25. September finden dann noch in Altenweddingen und Welsleben Versammlungen unter freiem Himmel statt. Die polizeiliche Genehmigung ist schon erteilt worden. In Altenweddingen referiert der Stadtverordnete Hermann Beims, in Welsleben der Reichstagskandidat Hermann Silberschmidt.

Für die sozialdemokratische Parteileitung: Jul. Koch.

Biederitz, 21. September. (Die letzte Zeitungsagitation) gab einer Genossin Anlaß, folgendes zu schreiben: Notwendig ist es, sich in der Werbearbeit besonders an die Frauen zu wenden, weil gerade sie meistens nichts von der „Volksstimme" wissen wollen. Schwer ist es, die Proletarierfrauen zu der Einsicht zu bringen, daß sie durch das Lesen bürgerlicher Zeitungen ihre eignen rücksichtslosen Gegner unterstützen. Und müssen nicht gerade die Frauen als Hausfrau, als Mutter am härtesten leiden unter den unerschwinglich hohen Lebensmittelpreisen? Die Lebensmittel werden nur durch die unsinnige Agrarpolitik, die der ausbeutenden Gesellschaft der Junker allein nützt, verteuert. Die bürgerliche Presse fördert direkt und indirekt diese Politik der Volksauswucherung. Das müßten doch die Proletarierinnen endlich einsehen. Unmöglich ist es jetzt, den Kindern, der Familie ausreichende, gute Nahrung zu geben. Es ist unmöglich, trotzdem es „hienieden Brot genug gibt für alle Menschenkinder". Die Zukunft unsrer Kinder, die Sorge um ihr leibliches und geistiges Gedeihen muß uns Arbeiterfrauen anspornen, mit aller Energie für eine bessere Zukunft mitzukämpfen. Dazu brauchen wir Klarheit und Wissen. Das können wir aus der „Volksstimme" schöpfen, das können wir uns auch im regen Gedankenaustausch bei Zusammenkünften im Parteiverein aneignen. Darum laßt uns für die „Volksstimme" und für die Parteiorganisation werben.

Olvenstedt, 22. September. (Volksversammlung.) Genosse Antrick (Braunschweig) hielt ein mit großem Beifall ausgezeichnetes Referat. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Der schwache Besuch der Versammlung wurde bedauert. Wie es scheint, hat eine, gerade in jetziger Zeit unangebrachte Gleichgültigkeit Platz gegriffen. Parteigenossen und -genossinnen, das muß anders werden. Eine scharfe Kritik wurde an der jedem Menschlichkeitsgefühl hohnsprechenden Behandlung geübt, die den hier zur Einquartierung gekommenen, im bunten Rock steckenden Volksgenossen durch eine Anzahl „patriotischer" Bürger und Agrarier zuteil wurde. Die alte Wahrheit, daß der Patriotismus stets vor dem Geldbeutel Halt macht, fand wieder einmal ihre Bestätigung. Eine Anzahl Vaterlandsverteidiger wurde einfach von „vaterlandslosen" Sozialdemokraten ohne behördliche Genehmigung ins Quartier genommen; die jungen Leute sind dabei sehr gut gefahren. Genosse Stodtmeister gab noch bekannt, daß in nächster Woche die Vereinsversammlung stattfindet. Am Sonnabend abend treten die Funktionäre zusammen, um in die Agitation für unser Parteiblatt einzutreten. —

Aken, 22. September. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Anfrage des Landratsamts über den Bau einer Turnhalle. Die Halle soll bei dem Neubau einer Schule, der schon in kurzer Zeit notwendig wird, mit geschaffen werden. Vom Provinzialrat ist der Stadt diktiert worden, für den Religionsunterricht der katholischen Schule jährlich 200 Mark auszugeben. Dem Magistrat erscheint diese Summe zu hoch, er beantragt, 120 Mark jährlich dafür auszuwerfen und den Unterricht pro Woche auf 2 Stunden zu beschränken. Stadtv. Kirchhof referiert über die Reglung der Fleischbeschau. Die Versammlung wurde sich einig, von der Begründung einer Freibank vorläufig Abstand zu nehmen, da das zurzeit geübte Verfahren noch zu keiner Beschwerde Anlaß gegeben hat. Dem Polizeisergeanten Heinemann soll die in der Mädchenvolksschule vorhandene Wohnung gegen ein Entgelt von 100 Mark als Dienstwohnung abgegeben werden. Der Kanal in der Bahnhofstraße muß weitergeführt werden, da von der Bahnverwaltung die Abwässer von der Bahnhofstraße nicht mehr aufgenommen werden. Der Antrag des Rentiers Bischhoff, die Kanalisation von seinen Grundstücken bis zur Weberstraße zu legen, lag nochmals vor. Dem Antragsteller wird aufgegeben, den Kanal nach Vorschrift der Bauverwaltung auf seine Kosten zu erbauen. Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt. —

Burg, 22. September. (Eine Massenversammlung) fand am Mittwoch abend im „Grand Salon" statt. Weit über 2000 Personen füllten den Saal. Weil Saal und Galerie die Massen nicht fassen konnten, waren der anliegende Nebensaal, die Turnhalle und die Bühne von den Besuchern dicht besetzt. Genosse Dr. Liebknecht sprach über „Die politische Lage in Deutschland und Preußen". Der Redner wurde beim Betreten des Saales mit stürmischem Beifall begrüßt. Seine Ausführungen begannen mit einem Ausblick auf die nächsten Reichstagswahlen und einer Betrachtung über das Zustandekommen und Arbeiten des jeweiligen Reichstags. Die Reichstagswahl naht heran, fast steht sie vor der Tür. Wollen wir ernten, dann ist jetzt noch gerade der letzte Termin, an dem gesät werden muß. Was hat der mit Hilfe eines Silvesterbriefs an den Reichsverband und mit einem nationalen Taumel zustande gebrachte Reichstag uns gebracht? Sind die Versprechungen, die vor der Hottentottenwahl den Beamten, den Arbeitern usw. gemacht worden sind, gehalten worden? Nicht im entferntesten. Und hätten die 43 Sozialdemokraten nicht alles aufgeboten, so wäre noch nicht einmal das zu verzeichnen, womit auch bei künftigen Wahlen die Regierung sich bemühen wird, ihre Untertanenfreundlichkeit zu beweisen. Der Reichstag ist gewählt worden mit der Versicherung, daß neue Steuern nicht notwendig seien. Und wie die Sozialdemokratie vorausgesagt hat — ungeheure und ungerechte Lasten sind den Aermsten der Armen aufgepackt worden. Dem Geldsack ließ man größtmögliche Schonung angedeihen. In sozialpolitischer Hinsicht ist von einer positiven Arbeit des jetzigen Reichstags nicht allzuviel zu sagen. Die Reichsversicherungsordnung wird neben einigen Verbesserungen auch erhebliche Verschlechterungen dem werktätigen Volke bringen. Und wenn sie wirklich nur Verbesserungen brächte, sie wären mit 5000 Millionen neuer Steuern wahrlich teuer genug bezahlt. Was von dem Bülowblock angefangen, wird von dem Schnapsblock unter Hinzufügung noch einiger reaktionärer Pillen fertiggebraut. Der Schnapsblock wird sich voraussichtlich noch verstärken. Die Nationalliberalen stehen vor der Tür der Blockbehausung und begehren gleich Bettlern Einlaß. Sie werden ihn erhalten. Ist der Platz vor der Tür frei, so wird er vielleicht von den Fortschrittlern eingenommen, wenigstens ist auf sie nicht der mindeste Verlaß. Alle bürgerlichen Parteien werden gemeinsam gegen uns vorgehen. Desto besser. Für Agitationsstoff haben die Regierung und die bürgerlichen Parteien in ausreichendem Maße gesorgt. Kaisergehaltserhöhungen und Kaiserreden haben ein übriges getan. Dem Volke sind die Augen aufgegangen, es ist mündig, es ist bereit, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Die Nachwahlen sind der Ausdruck des Volkszorns über schnöden Verrat der bürgerlichen Parteien und reaktionäres Walten der Regierung Deutschlands und Preußens. Das Volk will aber auch ein Wahlrecht. Kein Wahlrecht, das unfähige Minister einbringen und wieder zurückziehen, wenn ihnen selbst von bürgerlicher Seite die Fähigkeit, Wahlrechte zu entwerfen, aberkannt wird. Kein Zweifel, daß nicht aufgehört wird mit dem Kampf um ein gleiches, allgemeines, geheimes, direktes Wahlrecht zum preußischen Landtag. Die Sozialdemokratie allein hat die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gewahrt. Ihr muß dafür die Treue des Volkes entgegengebracht werden. Sie ist des Volkes Glück und Freiheit. Minutenlanger Beifallssturm brach nach Schluß der Ausführungen los. Genosse Haupt fordert noch in einigen anfeuernden Worten auf, dem Ersuchen des Genossen Liebknecht nachzukommen, der Partei beizutreten, die „Volksstimme" zu abonnieren und aktiv tätig zu sein. Ein brausendes Hoch auf die Sozialdemokratie bildete den Schluß dieser imposanten Versammlung.

Gommern, 22. September. (Volksversammlung.) Am 23. September, abends pünktlich 8 Uhr, spricht Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil in einer öffentlichen Versammlung über „Die letzten Kaiserreden und das Volk". —

Schönebeck, 22. September. (In einer Volksversammlung) am Sonntag im „Stadtpark" spricht der Reichstagsabgeordnete Adolf Albrecht über „Die politische Situation". Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, für guten Besuch rege zu agitieren. (Siehe Inserat in der Sonntagnummer.) —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 21. September 1910.

Urkundenfälschung. Der mehrfach vorbestrafte Schlosser Emil Herzberg aus Breitau wurde am 12. August auf Grund eines Steckbriefs, der von der Staatsanwaltschaft in Bonn gegen ihn erlassen war, verhaftet. Bei seiner Verhaftung gab er dem Polizeibeamten gegenüber einen falschen Namen an, der auch bei seiner Einlieferung in das Gefängnis in das Gefangenbuch eingetragen wurde. Dadurch hat sich der Angeklagte der Urkundenfälschung schuldig gemacht. Herzberg ersucht um Zubilligung mildernder Umstände, da seine Verhaftung in Aschersleben zu Unrecht erfolgt ist, weil er den Diebstahl nicht ausgeführt hat. Als Beweis überreicht er den Beschluß der Anklagebehörde in Bonn, wonach das Verfahren wegen Diebstahls gegen ihn eingestellt worden ist. Das Urteil lautet wegen intellektueller Urkundenfälschung und Beilegung eines falschen Namens auf 6 Wochen Gefängnis.

Das Wirken des Alkoholteufels. Die polnischen Arbeiter Anton und Stanislaus Schuwarzyk haben am 14. August ihren Landsmann, den Arbeiter Tschechalsky, mit dem sie auf einem Gut in Heimburg arbeiteten, körperlich mißhandelt. Anton Schuwarzyk geriet im betrunkenen Zustand mit dem ebenfalls nicht nüchternen Tschechalsky in Streit, in dessen Verlauf die beiden Brüder den T. mit Flaschen auf den Kopf schlugen, so daß er mehrere nicht ungefährliche Wunden davontrug. Wegen gefährlicher Körperverletzung erhält Anton Schuwarzyk 6 Monate und sein Bruder 9 Monate Gefängnis. —

Diebstahl und Hehlerei. Der Arbeiter Emil Hellweg aus Warnstedt hat in der Nacht zum 15. Juli in Osterwieck bei dem Gärtnereibesitzer Oswald vier Blumentöpfe gestohlen, die er der Ehefrau Berta Knicke gab. Die letztere hat sich wegen Hehlerei zu verantworten. Hellweg wird wegen einfachen Diebstahls unter Hinzurechnung einer bereits erkannten Zuchthausstrafe zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagte Knicke erhielt wegen Hehlerei 1 Woche Gefängnis. —

Ein Rückfälliger. Der Arbeiter Stanislaus Chrusin aus Quedlinburg hat im Dezember v. J. und im Januar d. J. zwei Landwirte in Badersleben und Westerhausen um 10 bzw. 8 Mark beschwindelt, indem er den ihm bekannten Landwirten erzählte, er m[illegible] zu entf[illegible]ufte Schweine wieder zurückkaufen, weil sie als krank [illegible]funden worden wären. Da ihm jedoch an dem Gelde der angegebene Betrag fehlte, müsse er ihre Hilfe in Anspruch nehmen. Es stellte sich dann heraus, daß der Angeklagten nie Schweine besessen hatte. Das Geld wurde von seiner Frau zurückgezahlt. Den Angeklagten trafen wegen Rückfallbetrugs 9 Monate Gefängnis. —

Schulkinder in das Gefängnis. Die beiden Schulknaben F. H. und F. H. aus Gatersleben haben verschiedene Diebstähle ausgeführt, wobei sie sich in dem einen Falle 4 Mark und in einem andern Falle 10 Mark aneigneten. Der erste Angeklagte, der als jüngerer den andern Knaben verleitet hat, wird wegen zweier schwerer Diebstähle zu 4 Wochen Gefängnis, der zweite Angeklagte wegen eines schweren Diebstahls zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Naulakha.

(Das Staatsglück.) (Nachdruck verboten.)

Roman von Rudyard Kipling.

(3. Fortsetzung.)

Das Widerliche, das die Pflegerin mitansehen muß, stieß Käte nicht ab, im Gegenteil lernte sie den Dienst lieben, sobald sie recht in Zug gekommen war, und als sie nach Ablauf des ersten Lehrjahrs eine Abteilung in einem Frauenspital unter Leitung einer Oberschwester ganz übernehmen durfte, fühlte sie sich ihrem Ziele näher gerückt, sah es wieder in greifbarer Deutlichkeit vor sich und glühte von einem Interesse, das ihr selbst die chirurgischen Operationen lieb machte, weil sie Hilfe bringen und weil sie ihr gestatteten, hilfreich zu sein.

Von nun an war sie mit voller Seele und mit Erfolg bei ihrer Arbeit. Sie wollte ja viel lernen, Erfahrungen sammeln, sachkundig und durchaus tauglich werden. Wenn die Zeit da war, wo hilflose, von der Welt abgesperrte indische Frauen nirgends Trost und nirgends Belehrung finden würden als bei ihr, sollte diese Stütze zuverlässig, ihre Urteilskraft ausgebildet sein. Manche Prüfungen hatte sie noch zu bestehen, aber sie fühlte sich gehoben von der Gewißheit, daß ihre Kranken sie gern hatten, daß ihr Kommen und Gehen ihnen Licht und Schatten bedeutete. Die Hingebung an ihre Aufgabe sicherte den Erfolg. Bald ruhte die ganze Verantwortlichkeit auf ihr und in dem langen, kahlen Krankensaal, wo sie mit dem Tod umging und lebte, wo sie, mit leisen Schritten wandelnd, unaussprechlichen Schmerz linderte, den Schrei der Todesangst kennen lernte, und das Aufatmen der Erleichterung, wo kein Laut der Außenwelt an ihr Ohr drang, da durchforschte sie in nächtlicher Stille die Tiefen des eignen Gemüts und erhielt von einer innern Stimme die Bestätigung ihres Berufenseins. Jetzt weihte sie sich zum zweitenmal dem erkornen Dienst, und zwar mit einer Freudigkeit, die weit über die der ersten, dämmernden Erkenntnis hinausging.

Für den Augenblick aber war sie daheim in Topaz, und jeden Abend von halb acht Uhr an hing Tarvins Hut am Kleiderrechen im Flur! Nach elf Uhr stülpte er diesen Hut mit trübseliger Miene wieder auf und in der Zwischenzeit hatte er Tag für Tag flehend, überredend, befehlend, demütig und entrüstet ihren Entschluß bekämpft. Die Entrüstung galt ihrem Plane; mitunter dehnte sie sich aber auch unwillkürlich auf Käte selbst aus. Diese war imstande, ihren Plan und sich selbst zu verteidigen, ohne je heftig zu werden; da diese Selbstbeherrschung aber nicht nach Nicks Sinn war, wurde die Erörterung öfter jählings und lange vor elf Uhr abgebrochen. Am Abend darauf kam er aber dann doch wieder, saß lammfromm wie ein bußfertiger Sünder vor ihr und bat sie, die Ellbogen auf die Knie, den Kopf schwermütig in die Hand gestützt, beinahe demütig, doch Vernunft anzunehmen. Diese Stimmung hielt indessen nie lange vor, und Abende dieser Art endeten in der Regel damit, daß er durch gewaltsame Bearbeitung der Armlehnen seines Stuhles mit überzeugter Faust die Vernunft in ihr armes Gehirn einzuhämmern versuchte.

Tarvin konnte niemand gern haben ohne den Drang, ihm seine Anschauungen, seinen Glauben beizubringen; dieser Drang entsprang aber einem guten Herzen und war Käte nicht unangenehm. Ja es war ihr so vieles angenehm an ihm, daß sie manchmal, wenn sie sich Aug in Auge gegenübersaßen, ihre Gedanken zurückschweifen ließ zu den Träumen ihrer Schulmädchenzeit, die ihr oft genug die Möglichkeit einer Zukunft an seiner Seite vorgegaukelt hatten, aber diese Gedanken wurden immer mit heftigem Zügelruck zurückgerissen. Sie hatte ja jetzt ganz andres zu bedenken, aber das stand fest, zwischen ihr und Tarvin war eine Beziehung vorhanden und mußte bestehen bleiben, die ihr bei keinem andern Manne denkbar gewesen wäre. In derselben Bauhütte am Abschluß der Teilstrecke mitten in der Prärie hatten sie gewohnt, und Tag für Tag waren sie beide zum selben einsamen, einförmigen Leben erwacht. Die Sonne brachte ihnen den grauen Morgen in die düstere, endlose graue Ebene, und wenn sie abends sank, ließ sie die beiden allein zurück mitten in dem furchtbaren Schweigen des unendlichen Raumes. In dem schmutzigen Bache, nahe bei der Bauhütte, brachen sie im Winter miteinander Eis aus und Tarvin trug Kätes Bütte neben der seinigen heim. Es lebte ja noch ein Dutzend junger Leute unter ihrem Dach, aber Tarvin war vor allen gütig. Die andern waren auch voll Diensteifer und taten alles, was sie haben wollte, aber Tarvin brauchte kein Geheiß, ja er besorgte manches für sie, während sie schlief. Arbeit gab es ja genug. Die Mutter hatte eine Familie von fünfundzwanzig Köpfen zu versorgen, zwanzig davon Pensionäre, die in der oder jener Art unter Sheriffs Leitung arbeiteten. Die eigentlichen Tagelöhner wohnten in großen Baracken, mitunter auch in flüchtig aufgebauten Hütten oder Zelten. Die Sheriffs allein hatten ein Haus, das heißt ein richtiges Dach mit vorspringenden Wasserspeiern über dem Kopfe, Fenster, die man öffnen und schließen konnte und eine Altane, die ringsum lief. Damit war aber auch das Maß der ihnen zu Gebote stehenden Bequemlichkeiten voll; Mutter und Tochter hatten alle Hausarbeit zu verrichten mit Hilfe von zwei Schwedinnen, die zwar stählerne Muskeln, aber höchst unklare Begriffe von Kochkunst hatten.

Tarvin half Käte in allen Stücken und sie lernte sich ganz auf ihn verlassen; daß sie sich helfen ließ, dafür liebte er sie. Gemeinsame Arbeit, gegenseitige Abhängigkeit, Abgeschlossenheit von der Welt band sie aneinander, und als Käte in die Schule abging, bestand ein stillschweigendes Einverständnis zwischen ihnen. Die Tragweite eines solchen Einverständnisses hängt von der Auffassung des Mädchens ab, von ihrer Willigkeit, es anzuerkennen. Als Käte zum erstenmal in den Ferien nach Hause kam, verleugnete ihr Betragen dieses Einverständnis nicht, aber es diente ihm auch nicht zur Bestätigung, und Tarvin, so zäh und zugreifend er in andern Dingen war, mochte seine Rechte nicht geltend machen. Es war kein Rechtsanspruch, den er einem Gerichtshof hätte beweisen können!

Solange er des Glaubens war, Käte immer in erreichbarer Nähe zu haben, solange er sich ihre künftigen Jahre wie die Jugendzeit aller Mädchen vorstellte, war diese Langmut ja ganz am Platz. Als sie ihm aber sagte, daß sie nach Indien gehen wolle, bekam die Sache ein andres Gesicht. Er dachte nicht an Rücksichten der Schicklichkeit oder gelassenes Zuwarten, nicht an die Notwendigkeit einer geduldigen Werbung, als er mit ihr im Mondschein auf der Brücke saß und an all den Abenden, die darauf folgten; sein Verlangen nach ihr, die Notwendigkeit, sie festzuhalten, erfüllten und bedrückten sein Herz.

Aber es sah ganz danach aus, als ob sie gehen würde, fortgehen trotz allem, was er dagegen sagte, trotz seiner großen Liebe. An diese Liebe zu glauben, hatte er sie wenigstens gelehrt, wenn man das einen Trost nennen will. Ja sie hatte diese Liebe so deutlich erkannt, daß ihr das Herz weh tat um ihn, und das war ein Trost.

(Fortsetzung folgt.)

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 21. September 1910.

Aus einer Krankenkassenverwaltung. Der Weißgerber Friedrich Haberer zu Wolmirstedt, geboren 1861, war seit 1882 Kassierer der dortigen Zentral-Kranken- und Sterbekasse der in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter Deutschlands mit dem Sitze zu Altenburg. Neben ihm war ein Obmann bestellt, der sich von der Krankheit des sich meldenden Mitglieds überzeugen sollte und auf Grund des vorgezeigten Krankenscheins der Ortskrankenkasse eine Zahlungsanweisung zu geben hatte, wonach Haberer dann die Unterstützung zahlen mußte. Der Obmann war aber so vertrauensselig, daß er den Kassierer schalten und walten ließ wie er wollte. Haberer stellte sich selbst die Anweisungen aus, unterschrieb diese mit dem Namen des Obmanns und zahlte danach. Es sollte auch vierteljährlich eine Kassenrevision stattfinden. Haberer nahm nun die Revisionen selbst vor und unterschrieb die darüber aufgenommenen Protokolle mit den Namen der beauftragten Revisoren. Er soll nun in der Weise unredlich gewirtschaftet haben, daß er bis zum März d. J. in einer großen Anzahl von Fällen die Unterstützungsanweisung schrieb, die Beträge in seine Tasche steckte und die Quittungen darüber fälschte. Die im Januar und Februar d. J. erhobenen Mitgliedsbeiträge soll Haberer überhaupt nicht zur Kasse abgeführt und für sich verbraucht haben. Insgesamt soll die Kasse um etwa 2800 Mark geschädigt worden sein. Der Angeklagte stellt jede Schuld in Abrede. In der Generalversammlung im März dieses Jahres habe er gebeten, keine Anzeige gegen ihn zu erstatten, und sich bereit erklärt, der Kasse 1000 Mark oder noch mehr zu erstatten, da ihm die Angelegenheit peinlich gewesen sei und er sich unschuldig gefühlt habe. Am folgenden Tage habe er auf Drängen seines Sohnes, der ihm Darlehen gegeben hatte, seinen Grundbesitz an diesen verkauft und eine Entschädigung an die Kasse nicht gezahlt. Die Unterstützungen seien oft von den Frauen und Kindern der Mitglieder abgeholt, die bestellt hätten, Haberer solle nur die Quittungen selbst schreiben, die Revisoren hätten sich nie um die Kasse gekümmert. Das Kassengeld habe er in einer offnen Zigarrenkiste verwahrt, und es sei möglich, daß er öfter bestohlen worden sei; Geld habe er nicht unterschlagen. Die in den Monaten Januar und Februar d. J. einkassierten Beiträge habe er auf früher schuldig gebliebene Beträge verrechnet. Der Staatsanwaltschaftsrat Meisch hielt nur eine fortgesetzte Fälschung einer Anzahl Krankenscheine und die Unterschlagung der dadurch verausgabten Gelder auf Grund der Verhandlung für erwiesen, er ließ die übrigen Anklagepunkte fallen und beantragte 9 Monate Gefängnis. Die Kammer erkannte wegen schwerer Urkundenfälschung hinsichtlich der vorliegenden zwölf Quittungen unter Krankenscheinen und wegen Unterschlagung von etwa 200 Mark im einheitlichen Zusammentreffen auf **vier Monate Gefängnis**, rechnete darauf aber 1 Monat Untersuchungshaft als verbüßt an. —

Kleine Chronik.

Der Pfarrer als Armenpfleger.

Die Strafkammer des Landgerichts **Landshut** verurteilte den katholischen Pfarrer Michael **Stöger** von Hebertsfelden wegen fahrlässiger Tötung zu 14 Tagen Gefängnis. Der Pfarrer hatte als Vorstand der dortigen Armenpflege den Tod einer Armenhäuslerin dadurch verursacht, daß er die geistesschwache Person zu wenig überwachte. Die Frau ist **buchstäblich verhungert**. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen Gefängnis beantragt. —

Die Cholera.

Von Dienstag zu Mittwoch sind in **Petersburg** 45 Personen an Cholera erkrankt und 14 gestorben. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt 569. — In Apulien sind zehn neue Erkrankungen an Cholera und acht Todesfälle vorgekommen. — Das ungarische Ministerium des Innern hat bekanntlich Mohacs als Choleraherd erklärt, da dort in der abgelaufenen Woche 29 choleraverdächtige Erkrankungen, davon 14 tödlichem Ausgang, vorgekommen sind. Auf Donaufrachtschiffen, in Budapest eingetroffen sind, sind drei Erkrankungen [illegible] festgestellt worden. — Die Cholerageefahr ist, wie es scheint, auch in Groß-Berlin noch immer nicht ganz erloschen. Am Mittwoch erkrankte der 35 Jahre alte Arbeiter Karl Schütze und seine Frau Charlotte unter choleraverdächtigen Erscheinungen. Der Zustand der Patienten gibt zu Besorgnissen Anlaß. —

Das männliche „Dienstmädchen".

Eine Dame mit auffallender blonder Haarfrisur und großem Hute wurde auf ihrem Spaziergange auf dem Markte von **Gent** von Straßenjungen angerempelt. Der Zusammenstoß war so plötzlich und so heftig, daß der blonden Dame der große Hut mitsamt der Perücke vom Kopfe fiel. Die Straßenjungen, überrascht durch das Erscheinen eines Männerkopfes auf dem gewaltigen Busen benachrichtigten die Polizei. Auf dem Polizeikommissariat wurde festgestellt, daß man es tatsächlich mit einem Manne zu tun hatte. Dieser erklärte, sein Name sei Heinrich Kote, sei 1883 geboren und habe früher als Unteroffizier in der deutschen Armee gedient. Er habe Frauenkleider angelegt, um eine Stelle als Dienstmädchen zu finden. Vorher sei er in Antwerpen gewesen, wo es ihm jedoch nicht gelungen sei, eine Stelle zu finden. Der junge Mann wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der ihn wegen Führung eines falschen Namens und Verbergens seiner Identität gerichtlich verfolgen wird. —

Opfer der Schundliteratur.

Ein Kellner- und ein Schreiberlehrling hatten bei Trechtinghausen in der Rheinprovinz auf einen Personenzug geschossen, später auch auf einen Polizeisergeanten. Als sie ergriffen wurden, fand man bei ihnen einen Revolver, Patronen und Dolchmesser. Sie standen jetzt vor der Koblenzer Strafkammer und erklärten, daß sie viel Romane gelesen und nach Italien auf Abenteuer hätten ausgehen wollen. Das Gericht verurteilte den einen zu 2½ Jahren, den andern zu ¼ Jahr Gefängnis und zu je 30 Mark Geldstrafe. —

Unwetter in München.

Am Dienstag abend ist über München nach wiederholten Hagelschauern ein Gewitter mit so heftigem Schneefall niedergegangen, daß die Straßen vorübergehend vereist waren und der Fahrwerkverkehr stockte.

Straßenbahnunglück.

Eine schwere Straßenbahnkatastrophe hat sich am Mittwoch in Fort **Wayne** (Indiana) ereignet. Dort wurden bei einem Straßenbahnzusammenstoß 30 **Personen getötet**. —

Vereins-Kalender.

Gewerbegerichtsbeisitzer. Dienstag den 27. d. M. Sitzung bei Böhme, Kl. Klosterstraße. 262

Deutscher Metallarbeiterverband, Bezirk Buckau. Die **Zeitungsträger** müssen bereits heute Donnerstag abend mit dem Bezirkskassierer abrechnen. 258

Groß-Ottersleben. **Arb.-Radfahrerverein Kreis Wanzleben, Abt. Groß-Ottersleben.** Sonnabend den 24. d. M., abends 8½ Uhr, Versammlung bei der Wwe. Strumpf. —

Lemsdorf. **Arbeiter-Radfahrerverein.** Sonnabend den 24. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung bei Cäsar. —

Burg. **Freie Sängerschaft.** Die Uebungsstunde für Damenchor findet nicht Donnerstag, sondern **Freitag** statt. 417

Neuhaldensleben. **Konsumverein Neuhaldensleben.** Am Sonnabend den 24. September Generalversammlung. —

Schönebeck. **Freie Turnerschaft.** Sonntag den 25. d. M., nachmittags 3 Uhr, Vorstands-, Komitee- und Vorturnersitzung. 416

Schönebeck. **Zentralverband der Zimmerer.** Am Sonnabend den 24. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung bei Haack.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	19. Sept.	+ 0,10	20. Sept.	+ 0,14	—	0,04
Laun	„	— 0,21	„	— 0,22	0,01	—
Budweis	„	+ 0,15	„	+ 0,15	—	—
Prag	„	—	„	—	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	20. Sept.	+ 1,15	21. Sept.	+ 1,35	—	0,20
Weißenfels Untp.	„	+ 0,30	„	+ 0,22	0,08	—
Trotha	„	+ 1,82	„	+ 1,80	0,02	—
Alsleben	„	+ 1,44	„	+ 1,38	0,06	—
Bernburg	„	+ 1,04	„	+ 1,00	0,04	—
Kalbe Oberpegel	„	+ 1,55	„	+ 1 51	0,04	—
Kalbe Unterpegel	„	+ 0,74	„	+ 0,60	0,14	—
Grizehne	„	+ 0,85	„	+ 0,74	0,11	—
Mulde.						
Dessau, Muldenbr.	20. Sept.	+ 0,37	21. Sept.	+ 0,27	0,10	—
Elbe.						
Pardubitz	19. Sept.	+ 0,33	20. Sept.	+ 0,18	0 15	—
Brandeis	„	+ 1,56	„	+ 1,30	0,26	—
Melnik	„	+ 1,24	„	+ 0,96	0,28	—
Leitmeritz	„	+ 0,53	„	+ 0,66	—	0,13
Aussig	20. „	+ 1,24	21. „	+ 0,90	0,34	—
Dresden	„	+ 0,10	„	— 0,32	0,42	—
Tetschen	„	2,40	„	+ 2,16	0,24	—
Wittenberg	„	+ 3,44	„	+ 3,09	0,35	—
Roßlau	„	+ 2,95	„	+ 2,68	0,27	—
Barby	„	+ 3,01	„	+ 2,75	0,26	—
Schönebeck	„	—	„	+ 2,61	—	—
Magdeburg	21. „	+ 2,31	22. „	+ 2,20	0,11	—
Tangermünde	20. „	+ 3,68	21. „	+ 3,53	0.15	—
Wittenberge	„	+ 3,23	„	+ 3,21	0,02	—
Dömitz	„	+ 2,53	„	+ 2,60	—	0,07
Boizenburg	„	+ 2,24	„	+ 2,31	—	0,07
Hohnstorf	„	+ 2,48	„	+ 2,55	—	0,07
Lauenburg	„	+ 2,50	„	+ 2,57	—	0,07

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt, 21. September.

Aufgebote: Oberleutnant zur See Erich Niemöller in Wilhelmshaven mit Annita Schwarzlose hier. Eisenbahn-Rangierer Gustav Würjel mit Ida Henze. Sattler Otto Karl Müller mit Marie Lina Töpfer. Maschinen-Schlosser Otto Friedrich Wilhelm Henze hier mit Ida Becker in Bleckendorf. Ingenieur Gerhard Kaatz hier mit Ida Ella Marie Haacke in Apolda. Arbeiter Sylvester Roguszka hier Emmi Elise Stietzel in Eggerdorf. Schriftsetzer Otto Maikath hier m Meta Lamm in Köthen. Kutscher Friedrich Busse mit Martha Sto Geschäftsreisender Theodor Lenz mit Hulda Claren geb. Walther.

Geburten: Gerda, T. des Zeughauptmanns a. D. Max Pulwe Margot, T. des Kaufmanns Reinh. Puch. Willi, S. des Seilers Herman Golze. Gertrud, T. des Schlossers Otto Dalbogk. Karl, S. des Arbeite Karl Ohrdorf. Irmgard, T. des Eisenbahn-Arbeiters Heinrich Besec

Todesfälle: Auguste, geb. Gutsmuths, Ehefrau des ordent Lehrers Rich. Preßler, 58 J. 8 M. 9 T. Alma, T. des Arbeite Friedrich Titsch, 1 J. 14 T. Sohn des Monteurs Otto Zeidler, 1 St

Buckau, 21. September.

Geburten: Gerhard, S. des Arbeiters Hermann Schlitz Günter, S. des Töpfers Karl Becker.

Todesfall: Frida, T. des Eisenputzers Karl Kullik, 11 M. 24 T

Neustadt, 21. September.

Eheschließung: Maurer Albert Thiel mit Anna Melze geb. Freitag.

Geburten: Albrecht, S. des Arb. Albrecht Kobert. Charlotte T. des Arbeiters Max Wagner. Charlotte, T. des appr. Apotheker Max Rübmann. Lotti, T. des Droschkenbesitzers August Böttge Herta, T. des Schmieds Hermann Helmig. Paul, S. des Maurer Paul Kohl.

Todesfall: Irma, T. des Formers Herm. Driemel, 4 M. 26 T

M.-Rothensee.

Todesfälle: Frida, T. des Arbeiters Karl Hasenkrug, 2 11 M. 2 T. Elise, T. des Arbeiters Wilhelm Naue, 3 J. 7 M. 1 T

Halberstadt, vom 16. bis 19. September.

Aufgebote: Former Paul Voth und Emma Schrader. Bäcker Heinrich Andreas Friedrich Grothe hier und Emma Minna Hoffmeister zu Langenstein. Kaufmann Paul Pigorsch zu Quedlinburg und Frida Brink hier. Dachdecker Albert Hartmann und Else Kotte. Fleischer Wilhelm Köhler hier und Albertine Anna Schulze zu Harsleben.

Eheschließungen: Kutscher Karl Lehmann und Anna Kremling. Kaufmann und Dekorateur Fritz Maschutw und Ell Beume. Hüttenarbeiter Karl Severon und Martha Spielmann.

Geburten: S. des Schmieds Walter Kühle. S. des Bahnarbeiters Johannes Marx. S. des Tischlers Wilhelm Voges. S. des Stellmachers Johann Ogorzelski.

Sterbefälle: Witwe Wolff, Marie geb. Haase, 70 J. Berta Hinze, 2 T. Frl. Luise Buensch, 39 J. Witwe Peck, Karoline geb. Kruse, 83 J. Hospitalit Theodor Franke, 78 J. Hermann Erich Tympel, S. des Backofenbauers Richard Tympel, 2 M. Witwe Tülff, Luise geb. Harborth, 86 J.

Staßfurt.

Aufgebote: Schachtarbeiter Wilhelm Karl Richard Münch mit Marie Wolf in Hainrode. Dachdeckergeselle Karl Stein hier mit Ella Berta Dumke in Winningen. Fabrikschmied Paul Schmeller in Leopoldshall und Marie Grabowski hier. Fleischermeister Karl Becke in Leopoldshall mit Wilhelmine Münch hier.

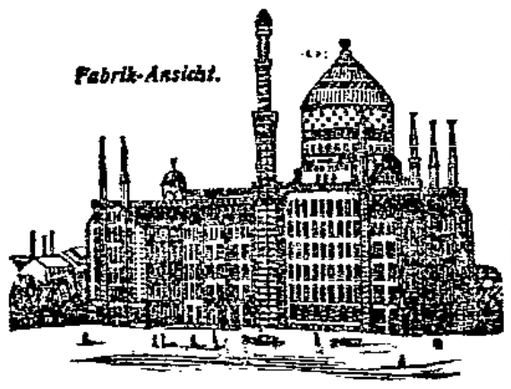
Geburten: T. des Maurers Franz Beckmann. T. des Arbeiters Otto Wesemann. S. des Zimmermanns Joseph Wolko. S. des Geschäftsführers Otto Brandt.

Todesfälle: Margarete Langenhagen, 2 M. Auguste Göhre geb. Benecke, 53 J. Karl Lamprecht, 13 T.

Sind Sie Cigarettenkenner?

Dann sind die Nachahmungen der **Salem Aleikum** für Sie wertlos.

Einen wirklichen Genuss haben Sie nur von der echten. Lassen Sie sich nicht durch ähnliche Stempel täuschen und überzeugen Sie sich, dass der Druck auf der Hülse lautet: M 134



Salem Aleikum Nr.

Orient. Tab.- & Cigart.-Fabr. Yenidze, Inh. Hugo Zietz, Dresden.

Preise:

Nr. 3½ 4 5 6 8 10

3½ 4 5 6 8 10 Pfg.

Nur für Herren!

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem

Kaufhaus für Monats-Garderobe

Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 3 2840

mit wirklich gutsitzender, moderner Kleidung zu versehen. — Wir verkaufen:

Abteilung I **Getragene Garderobe.**

Anzüge 10 Mk. 14 Mk. 20 Mk. usw.

Paletots 8 Mk. 12 Mk. 18 Mk. usw.

Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Abteilung II **Elegante, neue fesche Garderoben.**

Abteilung III

Anfertigung nach Mass unter Garantie tadellosen Sitzes.

Schont Eure Wäsche!

Gebraucht

Ächte Perleberger Elfenbeinseife und Elfenbeinseifenpulver

mit den beiden Negern gesetzlich geschützt unter Nr. 6340

Alleinige Fabrikanten: **Gebr. Schultz, Perleberg.**

6 Fenster Gardinen ganz neu, sportbillig 895 **Breitsweg 255, III,** bei Ziemer.

50 bis 100 Mark pro Woche und mehr können fleißige, wenn auch einfache Leute verdienen durch den **Verkauf eines großartigen Massenartikels** an Viehbesitzer und Landleute. Meldungen Sonnabend, vormittags 9 bis 11 Uhr, Magdeburg, Werftstraße 38, III. 909

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung

Bis auf weiteres liefern wir nach **amtlichem Gewicht** unsre bewährten, heizkräftigen 2823

Pa. Brüxer Stückkohlen mit 77 Pf. pro Zentner frei Keller

Ferner empfehlen wir **Prima Braunkohlen-Briketts** zu demselben Preise. Bestellungen nehmen entgegen die Herren **Zerbe**, Neustädter Straße 32; **Wahrenburg**, Bismarckstraße 34; **Weber**, Kaiserstraße 58; **Willing**, Schuhbrücke 25; **Alpermann**, Kleine Schulstraße 4; **Schmidt**, Lüneburger Straße 3 (Restaurant Gutenberg); **Hahn**, Morgenstraße 26; **Scholze**, Schäfferstraße 2; **Buchlow**, Lutherstraße 24; **Brehmer**, Halberstädter Straße 52 (Porzellangeschäft); **Rusche**, Dorotheenstraße 1; **Manger**, Vorsitzender, Annastraße 22.